

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 1. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inflation-Gebühr

Besteht für die sechsgehaltene Kolon-
zeile oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Berichts-
und Beräumungs-Anzeigen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
Nur das erste Wort frei. Insetze für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
vierteljährlich 3 M., halbjährlich 5 M.,
jährlich 10 M. Sonntags-
nummer mit Multipliziert Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Neuer Zuckerverweh.

Heute, am 1. September, tritt die Brüsseler Konvention in Kraft, jene internationale Vereinbarung zur Beseitigung der Zuckerpriemien. Bisher bestand zwischen den zuckerproduzierenden Staaten ein immer unläuterer gewordenen Wettbewerb um den Weltmarkt. Zuerst war es Deutschland gewesen, das durch Gewährung von Ausfuhrprämien auf Staatskosten die Zuckerproduzenten in die Lage brachte, ihr Produkt billiger auf dem Weltmarkt als im Erzeugungslande abzusetzen. Oesterreich, Frankreich, Rußland ahmten dieses Beispiel nach und die Folge davon war: eine wilde Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Anfänglich ließen sich dies die Vereinigten Staaten von Amerika und England, nach denen sich hauptsächlich der kontinental-europäische Export wandte, sehr gern gefallen; erhielten sie doch dadurch den Zucker billiger als die Länder, in denen er produziert wurde, und zwar nicht nur billiger um den Betrag der in jenen Erzeugungsländern erhobenen Inlandssteuer, sondern auch noch billiger um den Betrag der Ausfuhrprämie. So kam es, daß in England der deutsche Zucker etwa um 11 Pfennig pro Pfund weniger kostete als in Deutschland. Die Folge davon war nicht allein, daß die Bevölkerung Englands sich einen größeren Zuckerkonsum angewöhnte, sondern daß sich dort auch mit Hilfe des deutschen Zuckers eine Weltindustrie in Frucht-, Konfekt-, Marmeladen und Säften entwickelte, die in Deutschland fast gar nicht zur Entfaltung gelangte.

Trotz dieser Vorteile mochte aber England in den letzten Jahren doch Front gegen die Zuckerpriemien, weil durch diese die Interessen Indiens empfindlich geschädigt wurden. Dort wird seit uralten Zeiten der ursprüngliche Zuckererzeuger angebaut, der Zuckerrohr, dem erst zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts der europäische Konkurrenz erwidert: die Zuckerrübe. Schipfel hat in seinem von uns hier bereits ausführlich gewürdigten Buche diesen Kampf zwischen Zuckerrohr und Zuckerrübe ausführlich geschildert, der sich weit über den Rahmen eines technisch-industriellen Wettstreits hinaus zu einem finanzpolitischen, ja kulturgeschichtlichen ausweitete. Die Zuckerrübe blieb Siegerin; während die Rohrzuckerproduktion sich nur wenig ausbreitete und technisch wie landwirtschaftlich fast primitiv betrieben wurde, entfaltete sich die Rübenzucker-Industrie riesenhaft. Freilich steht mit Hilfe von Staatszuschüssen, die ihr in Form von direkten und indirekten Prämien auf Kosten der Steuerzahler zugeschanzt wurden.

Die deutsche Bevölkerung hat gar gewaltige Opfer zu Gunsten dieser Industrie bringen müssen. Die Prämien verursachten eine solche Steigerung der Ausfuhr, daß sie im Jahre 1888 an neunzig Prozent der Steuereinnahmen verschlangen. Das Reich, das den Zucker zu einer Finanzquelle für den Militärismus brauchte, ermäßigte damals die Ausfuhrprämie, aber erst Graf Caprivi schlug vor, sie ganz zu beseitigen, und setzte deren allmähliche Abschaffung durch. Ehe diese aber noch eintrat, war er selber — unter gütiger Mitwirkung der Zuckerindustriellen und Zuckergroßhändler — abgestorben; während Hohenzollern auf dem Reichskanzlerstuhl saß, wurden die Prämien wieder erhöht und als eine dauernde Staatsentrichtung erklärt, bis jetzt kurz vor den Wahlen endlich durch den Druck des Auslandes das deutsche Volk von jener Last befreit wird — wie das dem deutschen Volke im Verlauf seiner Leidensgeschichte schon oft passiert ist, daß ihm das Ausland helfen muß, seine einheimischen Sumpfe loszuwerden. Nachdem Amerika bereits seit einigen Jahren Zuschlagssätze auf den deutschen Zucker erhoben und so die Prämien wirkungslos gemacht hatte, drohte England daselbst zu thun — es will Indien und andere seiner Kolonien die Möglichkeit schaffen, ihren Zuckerohranbau bezugnehmend, ja noch zu erweitern.

Die deutschen Konsumenten können diesem Ringkampf der kapitalistischen Interessen vergnügt zusehen, denn für sie kommt auf jeden Fall ein Vorteil heraus. Freilich so groß, als er von der Regierung bei Beratung der Brüsseler Konvention im Reichstage gepriesen wurde, ist er nicht geworden und die socialdemokratische Kritik, die damals im Reichstage wie in unserer Presse dagegen opponierte, hat wieder einmal recht behalten. Wohl wird der deutsche Zucker billiger, weil die einheimische Zuckersteuer vom 1. September d. J. ab um 6 M. pro Doppelcentner ermäßigt wird; sie beträgt jetzt nur noch 14 M. anstatt der bisherigen 20 M. Nebenbei bemerkt: in der Kommission des Reichstages war sie auf 12 M. ermäßigt worden, als plötzlich bei der Besung im Plenum die Freisinnige Volkspartei beantragte, die Steuer auf 14 M. zu erhöhen — mit der Motivierung, es müsse sonst, um den Ausfall der Reichseinnahmen zu decken, die Bier- und Tabaksteuer erhöht werden — was trotz dieser durch den Freisinn veranlaßten Erhöhung der Zuckersteuer jetzt doch eintreten wird!

Eine weitere Ermäßigung des deutschen Zuckerpreises sollte aber auch durch die Erniedrigung des Schutzzolls eintreten, der bisher 40 M. pro Doppelcentner betrug, also 20 M. höher als die Inlandssteuer war. Diese Spannung von 20 M. zwischen Inlandssteuer und Schutz Zoll hatten die deutschen Zuckerindustriellen benützt, um mit Hilfe eines Kartells den Inlandspreis noch zu steigern. War ihnen doch jede ausländische Konkurrenz aus dem Wege geräumt, wenn sie ihren Kartellprofit nicht höher als bis zur Schutz Zollhöhe festsetzten.

So mußte denn das deutsche Volk im Jahre 1901/02 für seinen Zucker bezahlen: 144 1/2 Mill. Mark Inlandssteuer, von der 40 1/2 Mill. Mark in die Tasche der Zuckerfabrikanten als Ausfuhrprämie flossen, und an 80 Mill. Mark Kartellprofit, zusammen

also an 224 Mill. Mark, um die der deutsche Zucker unverteuert wurde. Seit 1876 sind für Prämienzuschüsse an 1200 Millionen Mark den deutschen Zuckerkonsumenten abgenommen worden! Vom heutigen 1. September ab ist nun der Schutz Zoll von 40 M. bedeutend erniedrigt worden; er darf laut Brüsseler Konvention nicht mehr um 20 M. höher als die Inlandssteuer sein, sondern nur um 6 Pfennig — 4,80 M., so daß er, da die Inlandssteuer 14 M. erfordert, nun 18,80 M. beträgt. Diese 4,80 M. werden als Surtage (Uebersoll) bezeichnet.

Bei den Beratungen der Brüsseler Konvention im Reichstage hieß es, eine solche niedrige Surtage mache jedes Kartell unmöglich. Von unserer Seite wurde dies bestritten und vorgeschlagen, die Surtage noch niedriger zu setzen. Die Zuckerindustriellen dagegen erklärten, mit 4,80 M. sei die deutsche Zuckerindustrie wehrlos der Konkurrenz des Auslandes preisgegeben, das uns mit indischem Rohrzucker überfluten würde. Mindestens 15 M. Surtage seien nötig — später war man mit 8 M. Surtage zufrieden — und jetzt? Jetzt stellt sich heraus, daß die 4,80 M. Surtage so hoch sind, daß dabei noch ein Kartellprofit von mindestens 3 Mark herauspringt! In diesen Tagen hat sich denn auch, da mit Ablauf des alten Steuergesetzes das bisherige Zuckerkartell sich auflösen mußte, ein neues Zuckerkartell gebildet, oder richtiger gesagt: zwei Kartelle, die sich vorläufig noch untereinander beschließen. Innerhalb der Zuckerindustrie hat sich nämlich schon seit Jahrzehnten eine Teilung der Arbeit und somit auch ein Gegenpart kapitalistischer Interessen herausgebildet. Neben den 895 Zuckerfabriken, welche Rüben verarbeiten, giebt es gegenwärtig noch 46 Zuckerraffinerien, die den von den ersteren gelieferten nicht konsumfähigen Rohrzucker reinigen. Die Raffinerien sind die kapitalstärkeren, meist großen Banken oder Gruppen von Großkapitalisten gehörig; die Rohrzuckerfabriken dagegen meist im finanziellen Zusammenhang mit den Landwirten, die ihnen die Rüben liefern. Zwischen Rohrzuckerfabriken und Raffinerien tobt jetzt der Streit, wer den Profit bei der Surtage einstecken soll. Wahrscheinlich werden sie sich in die Beute teilen — auf jeden Fall jedoch muß das Publikum zahlen.

Bei all solchen Streitereien zwischen seinen Ausbeutern hat aber das Publikum wenigstens das eine Vergnügen, daß es erfährt, um wie viel es geprellt wird. So auch hier! Am vergangenen Montag hielten die Rohrzuckerfabriken eine Versammlung ab, in der sie beschloßen, daß die Rüben — also die Raffinerien — für jeden Doppelcentner Rohrzucker 3,60 M. an das deutsche Zuckerkartell in Berlin zu zahlen haben. Dieser Kartellprofit soll dazu dienen, um eine Ausfuhrprämie von 4 M. pro Doppelcentner für raffinierten Zucker zu gewährleisten, der Ueberschuß der Einnahmen aber soll unter die Rohrzuckerfabriken verteilt werden.

Hier lämen also die durch die Brüsseler Konvention verbotenen Staatsprämien auf indirektem Wege zur Geltung!

Die Raffinerien wollen jedoch von dieser Teilung des Profits zwischen ihnen und den Rohrzuckerfabriken nichts wissen und verlangen den ganzen Profit für sich. In der soeben erschienenen „Deutschen Zuckerindustrie“, dem Centralblatt der Rohrzuckerindustrie, wird den Raffinerien dafür gründlich der Lekt gelesen und ihnen vorgerechnet, wie dreist sie sich bereichern wollen. Die Rechnung lautet folgendermaßen: Rohrzucker-Preis 17 M., Steuer 14 M., zusammen 31 M. Das neue Raffineriekartell läßt sich zahlen 41,90 M. pro Doppelcentner, folglich bleibt eine Spanne von 10,90 M. Rechnet man als durchschnittliche Raffinerungskosten einschließlich Fabrikationskosten 6 M., so ergibt sich ein Kartellgewinn von 4,90 M. pro Doppelcentner.

Der Zollschuß beträgt vom 1. September ab 4,80 M. Die Raffinerie-Vereinigung, schreibt ärgerlich die „Deutsche Zuckerindustrie“, will also nicht bloß den vollen Zollschuß im Preise ausnutzen, sondern geht sogar noch darüber hinaus! Das Rohrzucker-Kartell will aber 3,60 M. für sich behalten und die Raffinerien mit 60 Pf. pro Doppelcentner Raffinade abspießen, das wäre, meint die „Deutsche Zuckerindustrie“, reichlich genug, denn die Spanne von 6 M. zwischen Rohrzucker und Raffinade sei eine sehr anständliche, da in ihr für die Raffinerien noch ein Extrage winn liege.

Den deutschen Zuckerkonsumenten kann es gleichgültig sein, wer den Kartellprofit einsteckt; ihnen kann nur daran liegen, daß dem Kartell jede Existenzbedingung entzogen wird. Demgemäß wird es angebracht sein, im Reichstage zu beantragen, die Surtage ganz zu beseitigen, damit die Ausdehnung der deutschen Zuckerkonsumenten durch die Zuckerartelle endlich einmal ein Ende nimmt.

Infolge der Brüsseler Konvention wird vom heutigen Tage ab der Zucker billiger sein als früher. Das Raffineriekartell hat beschloßen, den Preis um 15 Mark pro Doppelcentner herabzusetzen, also um 7 1/2 Pfennig pro Pfund. Es ist sogar anzunehmen, daß der Preis im Laufe der Zeit noch niedriger werden wird, da die Kontingentierung der Zuckerfabriken und damit die künstliche Einschränkung der Produktion und künstliche Hochhaltung der Preise wegfällt.

Aber trotzdem wird das deutsche Volk noch immer wieder infolge jener Surtage von 4,80 M. ausgebeutet. Da der jährliche Zuckerbedarf im Deutschen Reich 6 1/2 Millionen Doppelcentner beträgt, müssen die deutschen Zuckerkonsumenten dem Zuckerkartell an 32 Millionen Mark jährlich mehr zahlen, als ohne jene Surtage zu zahlen wäre. Das ist gegenüber den 80 Millionen Mark Kartell-Uebersoll und den 40 Millionen Mark Ausfuhrprämien, die bis jetzt jährlich zu zahlen waren, gewiß ein Gewinn, aber diese 32 Millionen Mark bleiben trotzdem ein Zuckerzins, der beseitigt werden muß.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. August.

Freisinn und Landtagswahlen.

In Berliner Blättern findet sich eine Notiz, die „Unstimmigkeiten“ in der Behandlung der Landtagswahl-Taktik seitens der Socialdemokratie bemängelt. So soll Genosse Krons in Köln den Nationalliberalen bedingungslose Unterstützung gegenüber dem Centrum versprochen haben, während man von den Freisinnigen für den Fall der Unterstützung ein Mandat für die Socialdemokratie verlange; demgegenüber stellen wir fest, daß Genosse Krons auch in Köln erklärt hat, eine eventuelle Abmachung nach der Urwahl könne auch in Köln nur stattfinden, wenn erstens seitens der Liberalen ein wirklich liberaler Kandidat aufgestellt und zweitens neben diesem die Wahl eines Socialdemokraten ins Auge gefaßt würde. Ferner wird es als ein Widerspruch gegen die Parteiparole dargestellt, wenn in Hanau von der Forderung an die liberalen Wahlmannskandidaten abgesehen wird, sie sollten erklären, gegebenenfalls auch für einen Socialdemokraten stimmen zu können; wenn ein diesbezüglicher Antrag in Hanau überhaupt gestellt wurde, wurde er mit Recht abgelehnt, da die Forderung nur dort zu stellen ist, wo mehrere Abgeordnete im gleichen Wahlkreise zu wählen sind, was in Hanau nicht zutrifft.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Eine Partei, die im Besitz ist, tritt ihre Mandate nicht ohne Not an eine andere Partei ab, und inwiefern eine solche Not vorhanden ist, läßt sich heute noch nicht erkennen.“ Das soll gegen uns gerichtet sein, entspricht aber völlig unserer Anschauung. Wir wiederholen stets und stets, was schon in der Berliner Resolution vom 27. April 1903 ausgesprochen ist, daß Abmachungen über das Verhalten unserer Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl erst nach dem Bekanntwerden des Urwahl-ergebnisses stattfinden sollen. Das einzige, was wir den Parteien, die auf unsere eventuelle Unterstützung in Wahlkreisen mit mehr als einem Abgeordnetenmandat rechnen, immer wieder, und zwar notwendigerweise schon jetzt zurufen, ist, daß sie bei Aufstellung ihrer Wahlmannskandidaten darauf achten, daß diese unabhängig genug sind, um gegebenenfalls auch für einen Socialdemokraten stimmen zu können. Solche liberale Wahlmannskandidaten werden auch von unserer Seite bei Stichwahlen in der Urwahl unterstützt werden, wenn der socialdemokratische Kandidat ausgefallen ist. Die Behauptung, die die „Vossische Zeitung“ „einseitigen“ wagt, daß die socialdemokratischen Wahlmänner für alle drei freisinnigen Kandidaten (in Breslau) stimmen werden, wenn ihre Stimmen nötig sind und ihnen keines der drei Mandate eingeräumt wird, ganz wie 1898“, beweist, daß die „Vossische Zeitung“ keine Ahnung von der Stimmung in den weiten Kreisen der socialdemokratischen Wähler hat. Sollte dieser aus einer Mischung von Naivität und Unerschämtheit geborene Gedanke die Freisinnigen veranlassen, die Vorkehrungen zu verfeinern, die für die Wahl eines Socialdemokraten und zweier Freisinnigen in Breslau unumgänglich nötig sind, so wird sie die volle Verantwortung treffen, wenn drei konservative Vertreter für Breslau in das Abgeordnetenhaus einziehen. Sie sind gewarnt! Die Erinnerungen an frühere Aussprüche, die die „Vossische Zeitung“ zum besten giebt, haben durch die traurige Haltung des Freisinns während der letzten Jahre sowohl in den Parlamenten wie namentlich bei den Reichstags-Stichwahlen von 1903 ihre Jugkraft verloren. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir erklären, daß die Vertreter eines Zusammengehens mit dem Freisinn nach den Urwahlen infolge jener Haltung des Freisinns innerhalb der Socialdemokratie ohnedies einen schweren Stand haben. Es sind nicht die schlechtesten Parteigenossen, die in der Erbitterung nichts sehnlicher wünschen als eine völlige Niederlage der Freisinnigen Volkspartei selbst zu Gunsten der Reaktion!

Um so unfinniger sind die Drohungen, mit denen namentlich die „Freisinnige Zeitung“ und zu belehren sucht, daß wir den Freisinnigen unter allen Umständen „kommen“ müßten. Die „Freisinnige Zeitung“ erinnert in ihrer Sonntagsummer an das „kleine Socialistengesetz“, das preussische Vereinsgesetz von 1897. Damals fiel die Vorlage mit 206 gegen 205 Stimmen. Das nennt Eugen Richters Organ eine „lehrreiche Erinnerung“:

„Was damals der Reaktion mißlang, kann demnächst nochmals versucht werden. Die Stimmung dafür ist bei den konservativen Parteien vollauf vorhanden.“

Das Blatt sieht diese Gefahr voraus, „wenn bei den Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus die konservativen Parteien eine auch nur geringe Verstärkung erfahren.“

Und warum soll die Erinnerung lehrreich sein? Weil sie die Socialdemokratie veranlassen soll, nicht „die Liberalen zwischen zwei Feuer zu bringen“, sondern sich damit begnügt, die Freisinnigen zu unterstützen, ohne eigene Ansprüche zu machen. Auch derlei lehrreiche Erinnerungen machen nicht den geringsten Eindruck auf uns. Liberalen, die sich nicht scheuen, statt einem Socialdemokraten einem konservativen zum Siege zu verhelfen, ist auch zuzutrauen, daß sie für ein reaktionäres Vereinsgesetz eintreten. Dann aber ist die ganze Spekulation der „Freisinnigen Zeitung“ schon deshalb falsch, weil ja inzwischen das Centrum genau so reaktionär geworden ist wie die Konservativen. Es heißt nicht die Reaktion bekämpfen, indem die Konservativen allein angegriffen, die Ultramontanen aber unterstützt werden. Wer bürgt dafür, daß nicht auch das Centrum bereit ist, ein antisocialdemokratisches Vereinsgesetz zu bewilligen? Und steht in Preußen allein das Vereinsgesetz auf dem Spiel? Ein „christliches“ Volksschul-Gesetz ist nicht weniger gefährlich, für das konservative und Centrum geschlossen stimmen würden. Weil die „Reaktion“ im Landtag eben weit über die Konservativen

*) Schipfel, Mag.: Zuckerproduktion und Zuckerprämien bis zur Brüsseler Konvention 1902. Eine wirtschaftsgeschichtliche und handelspolitische Darstellung. Stuttgart, J. G. B. Diez, 1903.

hinausreicht, schon deshalb ist die ängstliche Zahlenspielererei der „Freisinnigen Zeitung“ vollständig verfehlt. An dem preussischen Landtag ist nichts mehr zu verderben, auch nicht durch das völlige Verschwinden der paar Freisinnigen. Will also der Freisinn die Reaktion bekämpfen, so werden wir ihm in konservativem Vertrauen Wahlkreise bereitwilligst zu neuen Eroberungen zu helfen versuchen. Wir verlangen aber auch, daß uns das Recht wird, daß wir beanspruchen können. Wird uns das Recht geweigert, so wird allerdings der Freisinn zwischen zwei Feuer gelangen und darin umkommen. Es hängt allein von ihm ab, ob er dieses Schicksal sich zuzieht. —

Das Ende der Nationalsozialen.

Mit großer Mehrheit haben die Vertreter der bisherigen nationalsozialen Partei in Göttingen den Beschluß gefaßt, die Partei aufzulösen, und sie haben damit wohl den verständlichsten Schritt gethan seit dem Bestehen ihrer Partei. Die Partei war eine Unmöglichkeit; ihr fehlte die wesentlichste Grundlage einer dauerhaften politischen Partei: das einheitliche wirtschaftliche Interesse der Mitglieder. Wohl giebt es in Deutschland auch Parteien, deren Mitglieder sehr verschiedene wirtschaftliche Interessen haben, wie vor allen Dingen die Centrumpartei. Die geistige Macht, die hier die widerstreitendsten wirtschaftlichen Elemente zusammenhält, die Stärke, ist aber am Ende auch wirtschaftlichen Ursprungs, sie hat eine historisch erworbene Macht über die Gemüter und wirkt damit und durch ihre Größe den wirtschaftlichen Interessen entgegen. Auf die Dauer vermag aber auch sie diese auseinanderstrebenden Elemente nicht zusammenzuhalten und die Thatsache, daß das Centrum gegenwärtig auf dem Gipfel seiner Macht steht und herrschende Partei geworden ist, kann nicht darüber täuschen, daß es immer offener die Interessen der Besitzenden vertreten, also immer offener eine Partei mit bestimmten wirtschaftlichen Zielen werden muß und in demselben Maße diejenigen Schichten, die dabei ihre Rechnung nicht finden, vor allen Dingen die Arbeiter, sich von dieser Partei abwenden werden. Die Nationalsozialen hatten nichts, was über den Mangel des gemeinsamen wirtschaftlichen Interesses hinwegtäuschen konnte, keine große alte geistige Macht, die für lange Zeit als selbständiger Faktor eigene Wirkungen ausüben konnte weit über die Grenzen der sozialen Schichtung hinaus. Dabei hat die Centrumpartei überdies niemals den Anspruch erhoben, ein den Interessen der Besitzenden entgegengesetztes wirtschaftliches Ziel zu verfolgen. Die Nationalsozialen aber wollten eine Art Socialismus, der niemals als konsequenter Socialismus aufgetreten ist und dem Kapitalismus nicht die Haut rißte; sie wollten die Demokratie und den Monarchismus zugleich, sie wirkten politisch für Forderungen, die im Interesse der Besitzenden liegen, und schließlich bildeten sie sich ein, für Arbeiterinteressen wirken zu können, indem sie der politischen Organisation der Arbeiterklasse entgegentraten.

Diesem konfusem Durcheinander von Plänen und Absichten, die nicht den Namen eines politischen Programms verdienen, entspricht die Zusammenfassung der Partei, die auf der letzten Tagung derselben ganz besonders deutlich zu Tage getreten ist.

Wir sind allerdings der Meinung, daß das Bestehen einer liberalen Partei außerhalb der Socialdemokratie für die freisinnliche Entwicklung unserer politischen Zustände sehr ersprießlich wäre; aber das kann nur eine Partei sein, die wirtschaftlich von den Interessen des Bürgertums im Gegensatz zu dem Junkertum zusammengehalten wird. Eine solche Partei kann in politischen Gegenwartsfragen mit der organisierten Arbeiterklasse nach gleicher Richtung wirken. Ob trotzdem in Deutschland das Bürgertum noch zu solcher wirksamen Parteibildung fähig ist, gehört nicht hierher. Zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, bald nach der einen, bald nach der andern Seite wirken zu wollen, ist unmöglich. Raumann giebt sich dem Glauben hin, in der freisinnigen Vereinigung im Geiste seiner bisherigen Partei weiterzuwirken und die Freisinnigen gewissermaßen social beeinflussen zu können. Es ist möglich, vielleicht wahrscheinlich, daß auch in dieser Partei sich allmählich ein stärkerer socialpolitischer Geist geltend macht, wenn aber, dann nur in dem Sinne, daß Arbeiterschaft und Koalitionsrecht größeres Verständnis bei ihr finden, Dinge also, die sich mit kapitalistischen Interessen nicht nur sehr wohl vertragen, sondern dem wohlverstandenen kapitalistischen Interesse sogar sehr förderlich wären. Das ist aber kein Socialismus und ob das Raumann will oder nicht will: socialistisch wird er die freisinnige Partei niemals machen. Aber wenn er und seine zu den Freisinnigen übergetretenen Freunde eine Stärkung des bürgerlichen Liberalismus erreichen können und wenn sie erreichen können, daß er in der Erfüllung socialpolitischer Forderungen der Arbeiter eine Förderung seiner eigenen Interessen erblickt, dann haben die ehemaligen Nationalsozialen nach dem Tode ihrer Partei mehr und nützlicher gewirkt, wie zu deren Lebzeiten.

Einige der bisherigen Nationalsozialen haben erklärt, daß sie zur Socialdemokratie überzutreten werden. Wir heißen jeden willkommen, der zu uns kommt mit dem offenen Bekenntnis, im Sinne des socialdemokratischen Programms im Rahmen unserer Partei in Reich und Glied mit der Arbeiterklasse für die Arbeiterklasse wirken zu wollen; socialistisch: gegen die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, für Beseitigung des Kapitalismus; demokratisch: für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des mündigen Volkes. Was die Socialdemokratie will, ist bekannt; wer das mit ihr will, der ist unser. Wir können nie zu viele sein. —

Finanzminister Witte

Witte seinen bisherigen Posten verlassen. Durch ein kaiserliches Reskript von gestern wird er zum Präsidenten des Ministerkomitees ernannt und ihm gleichzeitig zur unverzüglichen und erfolgreichen Beendigung der russisch-deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen und um seine nahe Bekanntschaft mit allen Bedürfnissen des Handels und der Industrie Russlands auch fernerhin zu benutzen, die weitere Führung der im Finanzministerium stattfindenden Verhandlungen mit Deutschland übertragen.

Am Wites Stelle wird der Verweser der Staatsbank, Geheimrat Plehle, zum Finanzminister ernannt.

Es bedarf näherer Nachrichten, um die Bedeutung dieses Wechsels zu erkennen. An sich bedeutet die Ernennung Wites zum Präsidenten des Ministerkomitees eine Beförderung, andererseits aber ist diese Stellung mehr eine repräsentative und dekorative als einflussreiche — eine Art Ehrenamt ohne eigentliche Macht, wenigstens war sie das bisher unter dem Wirklichen Geheimrat Durnowo, der bekanntlich kürzlich in Deutschland während einer Eisenbahnfahrt gestorben ist. Jedenfalls hat sie politisch nicht entfernt die Bedeutung, die gerade das Finanzministerium in Russland erlangt hat. Es scheint demnach, als sei es beabsichtigt, Herrn Witte kaltzustellen, ihn aber durch Einräumung einer sogenannten Ehrenstellung zu entschädigen, vielleicht weil man glaubt, ihn doch noch nicht ganz entfernen zu können, bleibt ihm doch nach dem kaiserlichen Reskript vorläufig auch noch die Leitung der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Deutschland übertragen. Allerdings ist möglich, daß auch nach seiner Entfernung aus dem Amt Herr Witte noch einen starken Einfluß auf das Finanzministerium behält, denn der neue Finanzminister gilt als Vertrauter Wites und ist von diesem erst zum Abteilungsleiter im Finanzministerium, dann zum Verwalter der russischen Staatsbank gemacht worden. —

Deutsches Reich.

Zur Kaiserkrone-Angelegenheit meldet eine Korrespondenz:

Der Hofmarschall des Kronprinzen, Kammerherr Major v. Trotha, gegen welchen der „Vorwärts“ den Vorwurf erhoben hatte, daß er wissentlich die Unwahrheit gesagt habe, arbeitet gegenwärtig an einem umfangreichen Schriftsatz, der seinen bei der Staatsanwaltschaft gegen den „Vorwärts“ gestellten Straf-antrag (Delikt: öffentliche Beleidigung) erläutern soll. Herr v. Trotha hatte sich schon am Dienstag von Dels aus vorzeitig nach Potsdam zurückbegeben, um die erforderlichen Schritte gegen den „Vorwärts“ zu unternehmen.

Ein umfangreicher Schriftsatz? Merkwürdig, wenn der Mann nur zu beschwören braucht: Ich weiß von gar nichts. Auch der „Schriftsatz“ braucht dann bloß aus diesen fünf Worten zu bestehen. —

Zur sächsischen Wahlreform.

Der Landesausschuß des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen hielt in Döbeln eine Sitzung ab, um die Vorschläge für eine Reform des Landtags-Wahlrechts vorzubereiten, welche der für den 13. September einberufenen Generalversammlung der nationalliberalen Partei Sachsens vorgelegt werden sollen. Zur Feststellung der Fassung dieser Vorschläge, über welche eine vollständige Einigung erzielt wurde, wurde ein Unterausschuß gewählt, der in den nächsten Tagen in Leipzig zusammentreten wird. In den Vorschlägen wird u. a. gefordert: Die Beseitigung der indirekten Wahl und die Aufhebung der Scheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen; ferner soll eine andere Art der Zusammenfassung der ersten Kammer angestrebt werden, welche sich den Verhältnissen des Landes besser anpaßt.

Das offizielle Organ der Hausagrarier, die „Dresdner Bürgerzeitung“, schreibt in einem Artikel zu den Landtagswahlen:

Der Besitz steht gegen die Armut, seine Erhaltung schiebt die Verantwortung aus. Wer die Socialdemokratie mit Erfolg bekämpfen will, muß sich bemühen, die Not und die Armut zu verringern, muß alles thun, um dem Besitzenden seinen Besitz zu erhalten, zu schützen und zu mehren. Darin suchen die Hausbesitzer-Vereinigungen ihre Aufgabe und darum sind gerade sie die geschworenen Feinde der Socialdemokratie. Es giebt noch keine andere Organisation der Besitzenden gegenüber der Organisation der Besitzlosen. Darum bilden die Vereinigungen des städtischen Grundbesitzes den Kristallisationspunkt, um den sich alles, was sich zu den Besitzenden bekennt, ansetzen kann, um den sich alle Scharen können, die den Schutz des Eigentums zu den obersten Pflichten der bestehenden Staatsweisen rechnen. Nur dieser Gedanke allein war es, der uns in unsere Ausführenden zur Wahlrechtsfrage geleitet hat. Deshalb gingen unsere Vorschläge auch nicht auf Schaffung einer „Hausbesitzer-Partei“, sondern auf Bildung eines Landtags aus Vertretern aller Besitzenden ab, denn nur diese haben nach unserer Meinung ein Anrecht auf Teilnahme an der Staatsverwaltung. Diese naive Unerschämtheit verdient Bewunderung. Als Stimmungsbild ist die Auslassung deshalb beachtlich, weil die Hausagrarier in den Gemeindeverwaltungen kraft Gesetzes die Mehrheit haben. —

Ein Weltuntergangspredigt hält in seinem zerknirschten Durchfall Herr Dertel von der „Deutschen Tageszeitung“. Die Arbeiter seien socialdemokratisch. Steht das niedere Beamtentum fest? Dertel sagt, es liege sich heute schon fast mathematisch beweisen, daß viele niedere Beamten socialdemokratisch gewählt haben müssen.

„Und wie sieht's mit dem Heere? Wie lange wird es unbedingt und liberal zuverlässig sein? Daß viele Militärvereiner nicht nur socialdemokratisch gewählt, sondern auch agitiert haben, ist bekannt. Weiß man denn nichts von der Erziehung, deren sich die jungen Leute erfreuen, ehe sie ins Heer eintreten? Je intensiver diese socialdemokratische Erziehungswelt wirkt, um so schwerer wird es, durch die soldatische Schulung ihre Wirkung ganz zu beseitigen.“

Wer soll denn nun das Gegengewicht bilden? Etwas die neuerdings hochmögenden Herren vom großkapitalistischen Besitze und von der liberalen Bildung?

Nein, auch das ist kein Verlaß. Den einzigen kraftvollen Damm bildet der Mittelstand, worunter Herr Dertel die Landwirte von mindestens 1000 Hektar versteht:

„Wohin geht die Fahrt? Die Frage birgt eine tiefere Verantwortung, nicht nur für das Volk, sondern ganz besonders für die, die berufen sind, Führer und Spadeweiser des Volkes zu sein. Wir sind überzeugt, daß die Schwere der Verantwortung auch in den maßgebenden Kreisen vollkommen empfunden wird, da wir erst kürzlich zu unsrer Freude bemerkt haben, wie stark und ernst das Verantwortungsbewußtsein ist, das den Träger der Kaiserkrone durchdringt. Die Tagespflichten, die ein Monarch zu erfüllen hat, sind gewiß schwer. Ungleich schwerer aber und ernster ist die Pflicht, die in der Frage liegt: Wohin geht die Fahrt?“

Herr Dertel verschweigt, wohin die Fahrt gehen soll: Zum 7 1/2 Mar! 30!!! —

Die Einberufung des bairischen Landtages ist in den nächsten Tagen zu erwarten und zwar dürfte die erste Sitzung am 29. September stattfinden, da die Vorlage des Budgets verfassungsmäßig vor dem 1. Oktober zu erfolgen hat. —

Ein gründliches Fiasko haben die bairischen Ultramontanen in ihrem Kampfe gegen den großen bairischen Lehrerverein erlitten. Durch die Gründung einer Konkurrenz-Organisation, des Katholischen Lehrervereins, suchte man ihm Mitglieder abspenstig zu machen. Ferner wurde durch das im letzten Landtag geschaffene Schuldotationsgesetz ein Kapital von 2 Millionen Mark zur Gründung einer Pensions- und Renten-Versicherung-Zusatzkasse für das Lehrpersonal bereitgestellt, die dem vorzüglich fundierten Waisensystem des bairischen Lehrervereins Konkurrenz machen und gewissermaßen als Sprengpulver wirken soll. Aber alle diese und andre Versuche haben nicht den beabsichtigten Zweck erreicht. Vor wenigen Tagen hielt der Katholische Lehrerverein in Regensburg seine 4. Generalversammlung ab und bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß der Verein circa 3300 Mitglieder zählt. Davon sind aber über 3000 Ehrenmitglieder (Geistliche und ältere Damen) und nur 301 wirkliche Lehrer. Wegen dieses wahrhaft läglichen Resultats einer jahrelangen, intensiven Agitation wird nur geflagt, daß unter der bairischen Lehrerschaft ein Verumpfungsbacillus herrsche und daß eine „thörichte Scheu“ vor kirchlicher Bevormundung bestehe! —

Eine schreckliche Soldatenmishandlung

wird in der „Leipziger Volkszeitung“ durch Attenstüde aufgedeckt. Sie veröffentlicht diesen Brief:

Düsseldorf, 3. 8. 03.

An das 2te Bataillon des 98. Inf.-Reg.

in Reg.

Sehr geehrter Herr Bataillonkommandeur, Unterzeichneter, Bittet um Antwort, über das Befinden des Wundtetzten Stenp. Abel 4. Komp. 98. Reg. 3. Zeit im Garnison-Lazareth, erkrankt, laut Nachricht der Lazareth-Verwaltung an Störung des Nervensystems, um gütige Mittheilung bitten zu dürfen.

Hochachtungsvoll

Julius Abel.

retour Marke liegt bei. Düsseldorf, Frankfurterstr. Nr. 39.

Nach verschiedenen unzulänglichen Antworten lief endlich folgende Benachrichtigung ein:

Reg. Inf. 98. Nr. 38

Zu. 57. geb.

Herrn Julius Abel Düsseldorf

teilt das Regiment in Verfolg des Schreibens vom 10. d. Mts.

folgendes mit:

Es ist richtig, daß Ihr Bruder durch den Leutnant Schilling

des dies. Regiments dadurch körperlich mißhandelt worden

ist, daß er während des Unterrichts in das Gesicht gestochen wurde. Das entsprechende Verfahren gegen den genannten Offizier ist eingeleitet worden. Die Untersuchung wird durch das Gericht der 33. Division in Reg. geführt.

Ihr Bruder wurde nach dem Unfall am 15. Juli d. J. wegen Gehirnverletzung in das Lazareth aufgenommen und nach etwa zehn Tagen als geheilt entlassen.

Am 31. Juli d. J. mußte er wegen geistiger Verwirrtheit wieder in das Lazareth aufgenommen werden. Dort hat er angegeben, daß er am 30. Juli während des (unleserlich, „Eskaladieren“ ??? D. W.) einen Trit auf den Kopf bekommen hätte. Näheres ist hierüber noch nicht ermittelt worden.

Nach dem ärztlichen Gutachten ist es zur Zeit noch nicht möglich, anzugeben, ob Ihr Bruder dauernden Schaden an seiner Gesundheit erlitten hat. Erst die weitere Lazarethbehandlung kann darüber Aufschluß geben.

Ihr Bruder befindet sich im Lazareth II Reg.-Montagny.

Nachh.

Der Musikier Abel ist als vollkommen gesunder Mensch in das Regiment eingetreten. Was wird dem Herrn Leutnant passieren? Vier Wochen Stubenarrest oder Festungshaft? —

Gegen die Soldatenmishandlungen. Genosse Rudolf Krafft schreibt uns: Berliner Genossen wollen auf dem Parteitag den Antrag stellen, daß der Parteivorstand mit der Sammlung von Gerichtsbeschlüssen betreffs Soldatenmishandlungen und mit der Herausgabe einer darauf fußenden Agitationsbrochure beauftragt werde. Ich bemerke, daß ich an einer solchen Brochure bereits arbeite. Und zwar wird sie zu Beginn nächsten Jahres im Verlage der „Münchener Post“ (Wirt u. Comp.) zu billigen Preisen erscheinen. Sie wird sich nicht nur gegen die Soldatenmishandlungen wenden, sondern auch gegen das herrschende Militärsystem, gegen das Militärstrafgesetzbuch, gegen die bürgerlichen Parteien, die den Mishandlungen mit einer nur schlecht maskierten Gleichgültigkeit gegenüberstehen, wobei vor allem die Konservativen und das Centrum schlecht wegkommen werden, und sie wird sich auch mit dem „Befehlverweigerer“ und der lange nicht energisch genug betriebenen Bekämpfung der Soldatenqualereien durch die militärischen Behörden und die Offiziere befassen. Am Schlusse werde ich noch eine Sammlung der im Jahre 1903 bekannt gewordenen Gerichtsurteile betreffs Soldatenmishandlungen geben. Uebrigens werden auch andre Urteile in der Brochure eine Rolle spielen. —

Ausland.

Zur Lage auf der Balkanhalbinsel.

Die Wirren in Macedonien nehmen einen immer gefährlicheren Charakter an. Die bulgarisch-macedonischen Vandalen sind in letzter Zeit auch in das Vilajet Adrianopel vorgezogen und haben dort an der Küste eine Reihe von Rohanmedanern und Griechen bewohnten Ortschaften zerstört; ein Erfolg des Erscheinens der russischen Flotte vor Zniada. Das macedonische Revolutionskomitee veränderte nämlich, als das Geschwader dort vor Anker ging, sofort, die russische Flottendemonstration sei zu Gunsten der macedonischen Revolutionäre unternommen und bedeute nichts anders als den Anfang eines Einschreitens der russischen Macht zur Befreiung der macedonischen Bevölkerung vom türkischen Joch.

Zu dieser Ausbreitung der aufständischen Bewegung kommt hinzu, daß deren Leitung in den letzten Wochen immer mehr von der inner-macedonischen, volksparteilichen Richtung, die ein selbständiges Macedonien erstrebt, an die meist aus Bulgaren bestehende bürgerlich-militaristische Richtung übergegangen ist, die Macedonien bulgarisch gliedern möchte, einestheils als Ausbeutungsobjekt für die bulgarische Bourgeoisie, andererseits zur Verstärkung des liberal-konservativen Einflusses in Bulgarien. Das zunehmende Uebergewicht dieser Richtung hat aber auch zugleich die Eifersucht der Serben und Griechen geweckt, denen es schon recht ist, wenn der Türkei Schwierigkeiten bereitet werden, die aber eine Einberleibung Macedoniens in Bulgarien als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen oder, wie sie vorgeben, der Interessen ihrer in Macedonien lebenden Landsleute betrachten. Seit einiger Zeit läßt sich denn auch in der griechischen Presse eine scharfe Wendung gegen das Treiben der bulgarischen Revolutionskomitees erkennen. Die Blätter erklären, die Pforte sei unfähig, die griechisch-orthodoxe Bevölkerung Macedoniens und Rumeliens gegen die Gewaltthaten der bulgarischen Aufständischen zu schützen. Die jetzige Haltung der Athener Regierung liefere daher die macedonischen Griechen geradezu der Wut und der Mordlust der Bulgaren aus. Und die gleiche Verstimmung gegen die Bulgaren herrscht in Serbien. Am Sonntagvormittag fand in Belgrad eine von ungefähr 8000 Personen besuchte Versammlung statt, wobei mehrere Reden von Serben aus Mserbien und Montenegro gehalten und eine Resolution angenommen wurde, in der die Versammlung erklärt, Serbien wünsche auch fernerhin keine Verwählung im europäischen Orient heraufzubefördern, es könne aber gegenüber der für die Slaven gefährlichen Lage in Macedonien und Mltserbien nicht gleichgültig bleiben. Es halte dafür, daß die Herstellung der Ordnung in Macedonien am besten erreichbar sei, wenn mit derselben, unter Wahrung der Souveränität des Sultans, die interessierten Balkanstaaten betraut würden, von denen jedem nach erzielttem Einvernehmen seine Rolle in dieser Angelegenheit zugewiesen würde. Mit dem Auftrage, für die Verwirklichung der Resolution Sorge zu tragen, wurde ein besonderer Ausschuß betraut.

Ein Konflikt erscheint unter diesen Umständen fast unvermeidlich und thatsächlich verstärkt denn auch nicht nur die türkische Regierung unablässig ihre Truppenmacht in den aufständischen Gebieten, sondern auch von Serbien und Bulgarien werden insgeheim Rüstungen betrieben.

Konstantinopel, 30. August. (Meldung des Wiener I. I. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Das Ausnahmegericht in Monazit hat zwei Bulgaren zum Tode verurteilt. Aus Törken und Griechen gebildete Kommissionen sind von Monazit ins Innere des Landes abgegangen, um die irreguläre Bevölkerung zur Rückkehr in ihre Heimatdörfer zu bewegen. Zur Sache für das Treiben der Komitees haben türkische Truppen mehrere Dörfer in den Bezirken Resna, Presta und Ogrida zerstört. Die Komiteebanden zerstören dagegen hauptsächlich türkische Meierhöfe. — Die Pforte hat vertrauliche Mittheilungen erhalten, wonach bei der jüngsten Verteilung der bulgarischen Truppen die Grenzgebiete insgesam durch fünf Infanterie- und drei Kavallerie-Regimenter verstärkt worden seien. —

Konstantinopel, 30. August. (Meldung des Wiener I. I. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Die Pforte erklärt, der amerikanische Konsul in Beirut sei weder ermordet noch Gegenstand eines Anschlages gewesen. Als der Konsul am 23. August abends im Wagen zurückkehrte, habe ein Teilnehmer an einer Hochzeitsfeier in der Nähe des Konsulats, dem Landesherrn gemäß, einen Schuß in die Luft abgegeben. Der Konsul glaubte, daß der Schuß gegen ihn gerichtet sei und dieser Vorfall gab den Anlaß zu den falschen Gerüchten.

Wien, 29. August. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: Bei Kumanovo wurden Aufständische von türkischen Truppen geschlagen. Sie hinterließen mehrere Tote und viele Verwundete. Türkische Soldaten zerstörten die Dörfer Moljina und Soput, wo aufständische Vandalenführer Unterkunft gefunden hatten. —

Schweiz.

Die Volkabstimmung im Kanton Zürich über das die Verwaltung der Stadt Zürich betreffende Gesetz, von dem wir in der letzten Sonnabend-Kammerberichterstattung, hat am Sonntag stattgefunden und mit einer gründlichen Niederlage der reaktionären Parteien geendet. Wie uns telegraphisch gemeldet wird, wurden nur 17 838 Stimmen für das Gesetz abgegeben, 88 021 Stimmen gegen das Gesetz. —

Frankreich.

Jaurès über Elsass-Lothringen. Der Abgeordnete hat sich in der „Dépêche“ von Toulouse über die „elsass-lothringische Frage“ geäußert. Ein Mitarbeiter dieses Blattes hatte gesagt, es sei „eine falsche und kurzfristige Weisheit“, die Annexion Elsass-Lothringens durch Deutschland als vollendete Tatsache hinzunehmen. Die Zukunft bringe oft den Besiegten manche unvorhergesehene Genugthuung, so erhalte jetzt Irland durch die neue Landbill eine Genugthuung für die von Cromwell verübten Landberaubungen. Darauf antwortete Jaurès nach dem Bericht des „Hamb. Korresp.“:

Die Besiegten Elsass-Lothringens sind nicht die gleichen wie die Irlands. Das Völkerecht gestattet heute nicht mehr jene weiten Verzerrungen, die Cromwell an Irland verübte, und die Annexion hat das individuelle Eigentum nicht vergrabsigt. Was Elsass-Lothringen aber fordern soll, das ist ein System von Freiheiten und von Bürgerrechten, das die Folgen der Gewalt und der Eroberung aufhebt oder neutralisiert. Es kann bereits jetzt drei Dinge verlangen, die nicht auf eine Gebietsveränderung Europas abzielen, die aber sein Leben erleichtern, sein Recht gut machen können. Es kann verlangen, nicht mehr ein „Reichsland“ zu sein, das direkt vom Kaiser verwaltet wird, und kann Anspruch darauf erheben, auf Grund des politischen Gemeinrechtes Deutschlands einen autonomen Staat wie Bayern und Sachsen zu bilden und seine Vertreter im Bundesrat zu haben. Es kann zweitens daran arbeiten, die furchtbare Hypothek zu beseitigen, die die Eroberung veranlaßt hat, die Idee eines deutsch-französischen Krieges, in dem die Söhne des Elsass genötigt wären, die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen. Wenn es in Europa Wägen gibt, die ein Interesse daran haben, die Politik der Schiedsgerichte, des Friedens, der gleichzeitigen Abrüstung zur Welt zu bringen, die Staaten West- und Mittel-Europas zu einer friedlichen Föderation zu einigen, so sind es gerade die Elsass-Lothringer, die im Falle eines Krieges bis ins Herz zertreten würden. Endlich können und sollen sie verlangen, daß in ihren Schulen und Universitäten der französischen Kultur ein weiter und freier Platz gelassen werde, weil das Genie zweier großer Nationen seine doppelte Flamme dort vereinigt. Wenn Elsass-Lothringen sich durch all seine Gewählten in Deutschland zum Vertreter und Apostel jener großen Idee macht, wenn es systematisch im Namen des Rechtes der Völker wie des der Individuen alle Parteien, Demokraten, Liberale der äußersten Linken, Sozialisten, unterstützt, die für Deutschland ein Regime der Freiheit und des Friedens verlangen, so wird es in Deutschland und Europa eine sehr große, viel weitere und ruhmreichere Rolle spielen als die, die Irland gespielt hat. Nicht durch einen unthätigen Protest, der dem Schmolzen gleicht, sondern durch eine thätige und mit der ganzen politischen und sozialen Bewegung der großen modernen Demokratie verknüpfte Forderung wird Elsass-Lothringen seine Persönlichkeit bekunden, seine Ueberlieferung fortsetzen und auf Mitteleuropa die Wirkung der französischen Revolution ausdehnen. . . .

Eine tief gehende Arbeit vollzieht sich in Deutschland. Drei Millionen sozialistischer Stimmen haben das Kaiserreich nicht erschüttert, aber die Notwendigkeit einer neuen Orientierung erwiesen: Die einer Politik der Demokratie und der Verfassungsbürgerschaften, einer Politik sozialer Reform, einer Politik des Friedens und stufenweiser Abrüstung. Schon begreifen in jenem Sachsen, dem kürzlich das allgemeine Wahlrecht entzogen worden war, die Regierenden selbst, erschreckt durch den sozialistischen Protest des Landes, daß man dem sächsischen Proletariat die Pforten des Landtages öffnen müsse. Schon begreifen in Preußen die Heilwiderstand unter den Liberalen, daß sie sich mit den Sozialisten verbinden müssen, um der reaktionären Herrschaft im Landtage ein Ende zu machen. Das Reich wird gezwungen sein, mit seiner machenden Minderheit zu zählen, die bald eine Mehrheit sein kann. Möge Elsass-Lothringen, gerade im Interesse seiner Freiheit und seiner Würde, sich dieser Bewegung anschließen, jene wichtigen Forderungen geltend machen, die ohne neuen Krieg und ohne europäische Umwälzung von der deutschen Demokratie verwirklicht werden können. —

Zur Frage der Kontordatskündigung. Auf eine Anfrage des „Eclair“ erklärten die Bischöfe von Grenoble, Eureux, Châlons, Albi, Limoges und Angoulême, die Katholiken dürften nichts dazu thun, die Kündigung des Kontordats zu beschleunigen, unter der Staat und Kirche in gleicher Weise leiden würden. Die Bischöfe von Châlons und Angoulême fügten hinzu, je weniger von der Kündigung gesprochen würde, desto besser werde es sein. Der Erzbischof von Lyon lehnte es ab, seine Meinung zu äußern. —

Die Untersuchungskommission, welche der Pariser Municipalrat mit dem Auftrag eingesetzt hat, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die Sicherheit der „Metropolitain“ zu erhöhen, hat ihre Arbeiten beendet. Nach den Vorschlägen der Kommission sollen in Zukunft die Motortwagen, die bisher an den beiden Enden des Juges liefen und die durch Kabel verbunden waren, beide am Anfang des Juges laufen. Reicht Feuer aus, so muß die sofortige Isolierung des Motortwagens durch mechanische Einrichtung möglich sein. Auf der ganzen Linie sollen Posten ausgestellt werden; ferner wird verlangt, daß die Beamten eines Juges sich mündlich verständlich machen können. Die Leitung zur Beleuchtung der Bahnhöfe und des Tunnels ist von der der Stromzuführung zu trennen. Die Motortwagen sind durch Bekleidung mit unverbrennbaren Stoffen feuersicher zu machen. Eine Reihe anderer Bestimmungen beziehen sich auf die Möglichkeit einer schnelleren Räumung der Bahnhöfe. Es wird erwartet, daß der Stadtrat den Vorschlägen der Kommission zustimmt und daß die Bestimmungen dann baldigt in Kraft treten. —

Rußland.

Aus den Gefängnissen in Rußisch-Polen. Am 4. Juli sahen in der Warschauer Citadelle (im X. Pavillon): Aron Bajer, Franz Borowski (franz. im Lazarett), Ignacy Bratmann, Karl Chajski, Girsch Burgin, Joseph Egozowski, Ferdinand Chelernan (nach Angabe des Warschauer Partei-Organs „Robotnik“ ein preussischer Spion), Andreas Goldman, Michael Hlinski, Sergiej Iwanow, Helena Kirialow, Sophie Kirialow, Dymitr Korsunow, Joseph Korzemedi, Waclaw Kowalczyk, Andreas Malinowski, Wierzysslaw Killewiez, Jan Kossol, Wiera Myslin, Stefanie Sawida, Franz Suszanski, Ananasi Szolimor, Nielman Schreiberberg, Chaim Szynigierow, Maximilian Waszylski, Wierzysslaw Wierzysslaw, Joseph Wolmatowski, Peter Wozniak, Nicolai Zytkin.

Im Gefängnis von Radom sind nachstehende aus Petrikau überführte Genossen interniert. In der Sache Dombrowa: Roman Domanel, verhaftet 27. April 1901 in Dombrowa; Woleslaw Jagodzinski, verhaftet 19. Nov. 1901 in Sosnowitz; Ignacy Kowalski, verhaftet 14. Mai 1901 in Dombrowa; Joseph Kowalski, verhaftet 2. Mai 1902 in Petersburg (aus der Armee — seine Papiere sind an den Kriegsminister gelangt worden); Anton Drelowski, verhaftet 14. November 1901 in Charlów; Jan Dziniski, verhaftet am 27. April 1901 auf dem Bergwerk Biaski. Außerdem die Vertreter: Witold Borowicki und Anton Korbus, verhaftet am 27. April 1901 im Dombrowaer Bergrevier. Beteiligt sind 168 Personen.

In der Sache von Lody: Adolf Lewandowski und Stanislaw Platowski, verhaftet am 6. Dezember 1901, ersterer in Lody, letzterer in Warschau. Für Religionsvergehen verurtheilt Valentin Stacia aus Czestochau und Joseph Wihydzi aus Dombrowa eine viermonatliche Strafe.

In der Sache von Radom sahen Bron. Pawlowicz und Adam Polocki — am 5. Mai wurden sie nach Archangelsk auf vier

Jahre Verbannung transportiert. Am Bahnhof hatten sich zahlreiche Genossen eingefunden. Vom 21. April ab sitzt auch Roman Marczenko aus Radom.

Die Behandlung der Gefangenen ist schlecht. Man verfürzt jetzt die Zeit des Spazierganges, verbietet die Sprachstunden und Verwandten und erlaubt nicht einmal, Anträge u. dergl. an die Behörden zu schreiben. Nach der Maidemonstration, welche die „Polstischen“ im Radomer Gefängnis veranstaltet haben, will man ihnen deshalb einen neuen Prozeß aufhalsen.

Das Gefängnis von Petrikau ist so überfüllt, daß unsere Genossen mit Dieben zusammen sitzen müssen. In Jellen, die für 8 Personen bestimmt sind — sitzen 16 und 20. Die Behandlung ist schlecht, insbesondere der jüdischen Genossen. —

Landtagswahl.

Die Situation in Ostpreußen wird gekennzeichnet durch die Verhandlungen des ostpreussischen Provinzial-Parteitag in Königsberg. Der Referent, Genosse Gottschalk, wies darauf hin, daß wir uns nach den Beschlüssen der Parteitage und zuletzt nach der preussischen Landeskonferenz überall dort an der Wahl zu beteiligen haben, wo es uns möglich ist, mit eignen Wahlmännern in den Wahlkampf zu ziehen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, kommen in der Provinz mehrere Kreise in Betracht. Wenn wir den Wahlkreis Königsberg, in dem die Beteiligung selbstverständlich und von den Genossen des Kreises auch bereits beschlossen ist, ausschließen, kommen für die Beteiligung noch die Kreise Memel-Heidekrug und Tilsit-Niederung in Betracht. In diesen Kreisen kann unsere Beteiligung für das Endergebnis von Einfluß sein. Aber auch in Kreisen, wo die Konservativen so fest sitzen, daß an ein Erschüttern ihrer Position durch unsere Beteiligung nicht zu denken ist, müssen wir uns aus agitatorischen Gründen in den Orten beteiligen, wo wir eigne Wahlmänner aufstellen können.

In den Kreisen Memel und Tilsit, die je zwei Abgeordnete zu wählen haben, dürfte es durch unsere Beteiligung möglich sein, den Konservativen die Mandate abzugeben. Gelingt es in Memel-Heidekrug, die Konservativen, die bei der letzten Wahl den 150 vereinigten freisinnigen und litaunischen Wahlmännern noch 205 konservativen Wahlmänner gegenüber stellen konnten, um etwa 2 Dutzend Wahlmänner zu schwächen, dann kann es dahin kommen, daß wir den Ausschlag geben. Die Litaauer, die 1898 über 45 Wahlmänner verfügten, sind im Kreise stärker geworden, haben ihre Organisation ausgebaut. Unterstützen wir sie in den Stichwahlen bei den Urwahlen, dann dürfen sie den Konservativen noch eine wesentliche Zahl von Wahlmännern entziehen. Auch wir werden sicher in diesem Kreise eine ganze Anzahl Wahlmänner durchbringen. Beteiligt sich die Freisinnigen ebenfalls ernstlich, was anzunehmen ist, dann dürfte es sicher dahin kommen, daß es in unserer Hand liegt, den Ausschlag gegen die Konservativen zu geben. Wehnlich liegt es im Tilsiter Kreise. Auch dort kann es durch unsere Beteiligung dahin kommen, daß wir gegen den Konservativen den Ausschlag geben. Wir hätten es also in der Hand den Konservativen hier vier Mandate zu entziehen und sie den Freisinnigen und Litaunern in die Hände zu spielen. Es fragt sich nun, ob wir von diesen vier Mandaten auch eins beanspruchen sollen. Zu weitgehend wäre diese Forderung sicher nicht. Doch dürfte es nicht praktisch sein diese Forderung aufzustellen. Was wir aber fordern müssen, das ist, daß die Freisinnigen für unser Eintreten in Memel und Tilsit für sie, uns in Königsberg von den drei Mandaten eines bestimmt zuzuführen müssen. Können sich die Freisinnigen zu diesem geringen Zugeständnis nicht entschließen, dann haben wir keine Veranlassung, für sie auch nur einen Finger zu rühren. Eine liberale Partei, die so wenig Liberalismus bekundet, verdient aus dem politischen Leben ausgeschaltet zu werden.

Folgende, vom Referenten vorgeschlagene Resolution wird nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen:

Der ostpreussische Provinzial-Parteitag fordert die organisierten Parteigenossen der Provinz Ostpreußen auf, gemäß den Beschlüssen des Mainzer Parteitag (1900) und der Berliner Konferenz vom 27. April 1903 in die Agitation für die Landtagswahlen einzutreten, überall in Wort und Schrift die entrechteten Volksmassen zur Bekämpfung des geltenden völkereindlichen Wahlrechts aufzurufen und, soweit dies möglich ist, sich an den Landtagswahlen unter Aufstellung eigener Wahlmänner zu beteiligen. Der Provinzialparteitag erwartet insbesondere eine solche Beteiligung von den Genossen der Wahlkreise Memel-Heidekrug und Tilsit-Niederung. Er beauftragt die Oberleitung der Wahlangelegenheiten in der Provinz das Königsberger Wahlkomitee, welches im Einvernehmen mit den örtlichen Partei-Organisationen zu arbeiten und die Verhandlungen mit dem Central-Wahlkomitee (Partei-Vorstand) zu führen hat. —

Wahlagitation.

In einer sehr gut besuchten Versammlung in Solingen gab Genosse Aron ein zusammenfassendes Bild über die Parteiverhältnisse in den Reichstags-Wahlkreisen Elberfeld-Barmen, Solingen, Reichsheim-Rempe-Wettmann, Hagen-Schwelm und Altona-Ferloh, denen die Landtags-Wahlkreise Elberfeld-Barmen mit 2, Solingen-Reichsheim-Rempe mit 3, Wettmann mit 1, Hagen-Schwelm und Altona-Ferloh mit je 2 Abgeordneten entsprechen. Bei den Reichstags-Wahlen 1903 holten die Sozialdemokraten Elberfeld-Barmen und Solingen in der Hauptwahl, Rempe-Wettmann in der Stichwahl gegen die Freisinnigen (unser Genosse Weist hatte in der Hauptwahl 21 802 Stimmen gegenüber 12 404 freisinnigen). In Hagen-Schwelm und Altona-Ferloh siegten die Freisinnigen in der Stichwahl über unsere Kandidaten, die in der Hauptwahl auch hier weitläufig die meisten Stimmen erhalten hatten. Von den Landtags-Wahlkreisen ist nur Hagen-Schwelm im Besitz der Freisinnigen; doch ist dieser Wahlkreis durchaus kein sicherer Besitz, von 1895-1898 war er in nationalliberalen Händen. Da wir in Hagen-Schwelm bei den diesmaligen Landtagswahlen ziemlich sicher den Ausschlag geben werden, dürfte der Richterliche Sitz gesichert sein, wenn es zu einer Verständigung zwischen Freisinn und Sozialdemokratie in diesen Kreisen kommt. In Elberfeld-Barmen und Solingen haben die Freisinnigen bei der Reichstagswahl 1903 überhaupt keine Kandidaten aufgestellt. In Wettmann überließen sie 1898 bei den Landtagswahlen den Nationalliberalen ohne weiteres das Feld; und selbst in Altona-Ferloh, das zu ihren „sichersten“ Reichstags-Wahlkreisen gehörte, stellten sie es bei den Landtagswahlen 1898 ihren Wählern frei, ob sie sich beteiligen wollten. Die Folge ist, daß, abgesehen von den beiden Landtagskreisen in Hagen-Schwelm, die acht übrigen durch sieben Nationalliberale und einen Freikonservativen besetzt sind. Und wie der hier herrschende Nationalliberalismus aussieht, ergiebt sich am besten daraus, daß die Elberfelder „Nationalliberalen“ beschlossen haben, auch bei den kommenden Landtagswahlen neben ihrem Kandidaten v. Knapp wieder für den freikonservativen Weherbusch einzutreten, denselben Weherbusch, der durch die Gleichschickung als einer der schlimmsten Reaktionen entlarvt ist. Unter diesen Umständen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Freisinnigen, unterstützt von solchen Elementen aus den Reihen der Nationalliberalen, die den Geist ihrer dortigen Führer durchschaut haben, Erfolge erzielen könnten, wenn sie sich aus der obengedachten Unthätigkeit noch einmal herauszureißen vermögen. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Wahlmänner werde ja laut Konferenzbeschluss für ganz Preußen erst nach der Urwahl geregelt werden. Immerhin könnte vermuthungsweise gesichert werden, daß man von sozialdemokratischer Seite gegen Ueberlassung je eines Sitzes in den vier Wahlkreisen mit mehr als einem Abgeordneten die übrigen Sitze einschließlich des einzelnen in Wettmann den Freisinnigen zuwenden würde, vorausgesetzt, daß in allen fünf Kreisen die Sozialdemokratie ausschlaggebend wird. Von sozialdemokratischer Seite wird hierbei nicht verkant werden, Sache der Freisinnigen dürfte es sein, alle Kräfte zusammenzutreffen und in den Kampf einzutreten, ohne erst auf eine Berliner Parole zu warten, die bekanntlich gerade hier 1898 zu spät eintraf.

Erwarten sich die wirklich liberalen Elemente hier noch einmal zu kräftigem Eingriff, so dürften sie statt der beiden bisherigen Sitze deren sechs erringen, während die vier übrigen der Sozialdemokratie zufielen.

Verhandlungen zwischen den Parteien vor der Urwahl seien völlig überflüssig. Unsere Stellungnahme sei durch den Mainzer Parteitagbeschluss (1900) und die Resolution der Berliner Konferenz (1903) festgelegt. Die Liberalen wählten genau, wie wir vorgehen werden und können sich danach richten. Verlangen sie aber auch gänzlich, so daß eventuell ein greifbarer Erfolg überhaupt nicht erlangen wird, so dürfte hiermit das Ende der freisinnigen Partei auch für die Reichstagswahlen gekommen sein; die bisher freisinnig wählenden Kreise würden die Lehre aus einem derartigen feigen Verhalten ziehen. Der Sozialdemokratie also sei die intensivste Arbeit bei den Landtagswahlen auf alle Fälle von Nutzen; unserer Agitation würden ganz neue Gebiete erschlossen, sie werde auch wirksamste vertieft werden. Ueberdies würde die durch das Wahlsystem erzwungene Durcharbeit der Wahlkreise nach kleinsten Bezirken — namentlich bei Aufspaltung von Wahlmannslandbatalen — der Partei bei allen künftigen Wahlen zum Reichstag wie namentlich auch zu den Gemeindevertretungen in hohem Maße zu statten kommen.

Der letzte nationalsoziale Parteitag.

Göttingen, den 20. August 1903.
Zu dem Parteitage, der über die Auflösung des Nationalsozialen Vereins beziehungsweise über die Verschmelzung des Vereins mit der Freisinnigen Vereinigung Beschluß fassen soll, sind über 200 Delegierte erschienen. Die einzelnen Wahlkreise haben vielfach von dem Recht, fünf Vertreter zu entsenden, Gebrauch gemacht, obwohl die Reisekosten von den Delegierten aus eigener Tasche getragen werden müssen. Um sechs Uhr abends eröffnete der Vorsitzende des nationalsozialen Vereins, Friedrich Raumann, den Parteitag mit einer kurzen Ansprache. Er sagte etwa: Wir sind hier in einer ersten, entscheidungsvollen Angelegenheit versammelt. Wir wollen beraten, was wir in Zukunft politisch thun wollen. Es ist möglich, daß sich die Form ändert, aber bleiben muß die Grundgesinnung, in der wir bisher gearbeitet haben, und in der wir bis zu unserer Tage Ende unserm Volke dienen wollen. Der Dienst an unserm Volke ist und bleibt unsere Aufgabe, der Dienst am Volke, in dem jeder Einzelne sein Schicksal lebt, wenn es auch noch so klein ist, und in dem jeder Einzelne sich politisch betheiligen muß, und das als Ganzes für die Erreichung der politischen Rechte eintreten muß. Wir fassen aber unser Volk auch als Einheit unter den andern Völkern auf, und unsere Wägen müssen sich deshalb auch auf die Spitze richten, die unser Volk als nationale Einheit repräsentiert. Wir beginnen deshalb auch unsere heutige Tagung aus Wünschen für unser Volk und unser Vaterland. Ich bitte Sie, sich von den Wägen zu erheben, und unser deutsches Kaiser und unser deutsches Volk zu gebeten. Kaiser Wilhelm lebe hoch. (Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein.)

Zu Präsidenten werden gewählt P. H. Raumann-Sohlensapke (Schleswig), Dr. Ruprecht-Göttingen und Dr. Lehmann-München, zu Schriftführern Dr. Raurenbrecher-Berlin und Dr. Kay-München.

Dr. Raurenbrecher giebt hierauf den Geschäftsbericht, er bespricht kurz den Reichstagswahlkampf und weist die Verdächtigung zurück, daß in den Wahlfonds Gelder aus unreinen Quellen geflossen seien. Was an Geld gegeben worden sei — und es seien mehrere Tausendmarktscheine darunter gewesen — sei ausnahmslos aus Begeisterung für die nationalsoziale Sache oder ihrer Führer gegeben worden, besonders aus den Kreisen der Hochschullehrer. Redner gedankt in warmen Worten der großen Aufopferung, die sich in der Partei gezeigt habe, und die nicht zu überbieten sei. Der heutige Parteitag sei der besuchteste. Während im Vorjahre in Hannover nur 175 Delegierte anwesend waren, seien bis gestern schon 209 angemeldet gewesen.

Zu dem Thema: „Die Zukunft unseres Vereins“, nimmt zunächst Raumann, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort. Zur Begründung des Antrags der Mehrheit des Vorstandes, den Hauptverein aufzulösen, und in den Wahlverein der Liberalen einzutreten, giebt Raumann zunächst einen kurzen geschichtlichen Rückblick. Als wir im Jahre 1896 in Erfurt zusammentraten, gingen wir von der Anschauung aus, daß man aufhören müsse, die sozialdemokratische Bewegung unter dem Gesichtspunkt der absoluten Gefahr zu betrachten. Der Nationalsoziale Verein stellte es sich zur Aufgabe, die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Arbeiterbewegung eine politische Kraft darstellt, deren Entwicklung Ruh und Segen für die vaterländische Entwicklung bringen kann. In diesem Sinne haben wir 7 Jahre politisch gearbeitet. Und diese Arbeit ist keine vergebliche gewesen. Wir haben in die Kreise des gebildeten Bürgertums das Verständnis für die Arbeiterbewegung hereingebracht, und wir sind eine politische Einheit geworden. Was uns aber gefehlt hat, das ist die Arbeiterschaft. Es ist uns nicht gelungen, neben die internationale Sozialdemokratie eine nationale Konkurrenzpartei zu setzen. Darüber darf uns auch eine in einem Wahlkreise erlangte Zufallsmajorität nicht täuschen. Nicht darin liegt die Krise, daß wir in allen — bis auf einen — Wahlkreisen durchgefallen sind, sondern in der Thatfache, daß in allen Wahlkreisen, in denen wir gearbeitet haben, das Wachstum der Sozialdemokratie über unsere Riffen ebenso wie über diejenigen der andern Parteien hinweggestulst ist. Unser Nationalsozialer Verein hat sich nicht als parteibildend erwiesen. Unser Kleinbetrieb hat sich dem Großbetrieb der Sozialdemokratie gegenüber als zu schwach erwiesen.

Der Misserfolg unserer Arbeit ist aber kein zufälliger. Geheiß sind Fehler vorgekommen, die hätten vermieden werden können, aber die wahren Gründe liegen tiefer:

Der Nationalsoziale Verein gleicht trotz aller seiner Vorzüge einer Maschine mit zu kleiner Hebelgröße. Wir haben Qualitäten besessen, aber was uns gemangelt hat, das ist die Quantität. Man hat mir Mangel an Fähigkeit vorgeworfen. Es ist aber die klare Erkenntnis der Thatfachen, die mich den schmerzhaften Entschluß der Auflösung fassen ließ. Ich fühle mich nicht mehr im Stande, Ihnen weitere 5 Jahre zu sagen: Wir sind die Partei des nationalen Sozialismus. Wir könnten also höchstens den Schein der Weiterführung der Partei aufrecht zu erhalten versuchen. Die Folge wäre, daß unsere Entwicklung weitere 5 Jahre mit Mühseligkeit und Wiederaufstufung sich fortsetzen würde, um alsdann den gleichen Tag zu erleben, wie der heutige, nur mit dem Unterschied, daß wir heute noch nicht geknickt und in unserer Idee gebrochen sind. Heute sind wir ungebundene Menschen, die einer Klippe gegenüberstehen, und die sich nun einen andern Weg suchen, dabei aber selbst dieselben bleiben. (Beifall.) Wir reiten unsere Ideen, indem wir das Gefäß zerbrechen, in welchem wir dieselben bisher getragen haben.

Jedenfalls müssen die Vereine damit rechnen, daß die Führung nicht in den Händen der bisherigen Leitung bleibt. Raurenbrecher und der zur Zeit im Jengniszwangsverfahren inhaftierte Hilberbrandt geben zur Sozialdemokratie. Raumann charakterisiert bei Nennung des Letzteren unter lebhaftem Beifall des Parteitag das Vorgehen des Reichs.

Nach dieser Abschweifung fährt Raumann fort: Ich denke nicht daran, irgend ein unfreundliches Wort an diesen Uebergang zur Sozialdemokratie zu knüpfen. Jeder muß nach eigenem Ermeßen seinen Weg gehen. Dieser Uebertritt zur Sozialdemokratie ist aber kein Weg, den der Verein als solcher gehen kann. Es ist dies nach seiner ganzen Zusammenfassung unmöglich, mit Rücksicht auf den prinzipiellen Gegensatz der Sozialdemokratie zum deutschen Reichsgedanken. Mit Freude und Genugthuung haben wir alles hervorgerufen, was Heime, Auer, Volkmar gesagt haben; aber das hindert uns nicht, zu erkennen, daß die Sozialdemokratie als Ganzes dem deutschen Staat, den wir so machtvoll wie möglich wollen, ablehnend gegenübersteht. Wenn die Sozialdemokratie zu ihrem vollständigen Programm auch den Gedanken des Deutschthums übernommen hätte, dann wären unsere Bedenken vorüber. Wir haben aber als Konkurrenzpartei den Entwicklungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie nicht soweit fördern können, wie wir es gehofft hatten. Der Prozeß geht zu langsam, als daß wir sagen könnten: Wir warten bis die Sozialdemokratie die Flotte bewilligt und dann treten

wie sie bei. Das kann keiner, der als Politiker sich innerhalb eines langen Menschenlebens betätigen will.

Eine Reihe von Freunden sagt: Wenn nun der Verein als solcher nicht zur Sozialdemokratie gehen will, warum geht Dr. Raumann nicht zu ihr über? Darauf kann ich nur mit der Gegenfrage antworten: „Wissen Sie denn, ob die Sozialdemokratie sich würde haben wollen?“ Ein Mensch, der wie ich, in der Mitte der Jahre steht, ist ein beschriebenes Blatt.

Was sollen aber die Arbeiter in unserer Partei thun? Es sind das meist solche, die von der Sozialdemokratie zu uns gekommen sind und mit Bewußtsein aus historischen, christlichen Gesichtspunkten nicht sozialdemokratisch sind. Da möchte ich darauf hinweisen, daß mit einer Reihe organisierter Arbeiter gesagt haben, sie wählten den Anschluß an die Freisinnige Vereinigung, nicht weil sie in dieser den Inbegriff ihrer Wünsche sähen, sondern aus der Notwendigkeit der gegenwärtigen politischen Lage heraus. In absoluter Resignation bietet unsre Lage aber gar keinen Anlaß. Es wäre jammergeschade, wenn alles, was sich bei uns an thätkräftigen Menschen und an thätkräftiger Jugend zusammengefunden hat, jetzt auseinanderläte. Deshalb empfehle ich Ihnen mit der Mehrheit des Vorstandes den Anschluß an die Freisinnige Vereinigung, den sogenannten Wahlverein der Liberalen. Die „Zeit“ geht ein, Herr Weinhausen tritt zur „Nation“ über, die „Hilfe“ aber besteht tochter, ebenso der Buchverlag der „Hilfe“. Wir hoffen, durch unseren Anschluß die Position des entschiedenen Liberalismus zu fördern, und wir halten die Freisinnige Vereinigung für die Stelle, an der wir nach Weggabe unserer Kräfte der Volks- und Arbeiterbewegung dienen können. Wir wollen mithelfen, daß außerhalb der Sozialdemokratie noch eine Gruppe bleibt, die namentlich unsere Bildungswelt davor bewahrt, in Indolenz oder Reaktion zu verfallen. Es muß zwischen der Sozialdemokratie und ihren Gegnern noch eine freirechtliche bürgerliche Gruppe erhalten bleiben, die dem Bürgertum immer wieder predigt, daß die Freiheit etwas Schöneres ist als der Zwang. Wir müssen uns durchzusetzen suchen für bessere Zeiten. Viel Vorbeeren sind in einer solchen Bufferpartei nicht zu holen, aber wir müssen hier einen historischen Dienst verrichten. Die nächste Periode gehört wieder der Sozialdemokratie noch dem bürgerlichen Liberalismus, sondern der Regierung und dem Centrum. Wer sich dessen bewußt ist, dem können Unterschiede in dem Maße der sozialen Anforderungen an einzelne Partei-Organisationen nicht so wichtig erscheinen. In allen großen politischen Fragen hat die Freisinnige Vereinigung das Gehten, was wir auch gehen haben würden. Wir hätten uns zur Plottinoeloge, zum Judhausesch und zum Josttarif ebenso verhalten. Manche sociale Einzelabstimmung hat uns nicht genügt. Wir werden, wie es Mögliche auch gethan hat, socialpolitisch für uns stimmen. Man hat die Freisinnige Vereinigung eine Partei des Kapitalismus genannt. Die Hauptmasse des Kapitalismus liegt aber wo anders, bei den Syndikaten und Kartellen, und damit hat die Freisinnige Vereinigung nichts zu thun. Es sind Weltanschauungsunterschiede vorhanden, aber sie machen ein praktisches politisches Zusammengehen nicht unmöglich.

Nach der formellen Seite wollen wir Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten: „Der Parteitag beschließt, die bisherige Organisation der Partei wird aufgehoben. Der Fortbestand der Orts- und Landesorganisationen hängt von deren eigener Entscheidung ab.“ Wenn dieser Antrag angenommen ist, macht der Parteitag als solcher eine Pause und es wird in einzelnen Gruppen beraten, wo man Anschluß suchen will. Nach dieser Beratung kann dann noch ein gemeinsamer Abschluß unserer Arbeit erfolgen. Nun zum Schluß: Alles, was hier vorgeschlagen wird, ist in gewissem Sinne ein Wagnis. Die Fortsetzung unserer Organisation wäre aber ein noch größeres Wagnis. Der von uns vorgeschlagene Weg ist der noch am wenigsten dunkle und schwierige. Er bedeutet das, was wir heute thun können, das, was heute möglich ist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Als Korreferent empfiehlt Redakteur Wendt-Maxburg, in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten, eventuell den Einzelvereinen zu überlassen, wo sie Anschluß suchen wollen.

Der zweite Verhandlungstag ist der Diskussion der vorliegenden Anträge gewidmet.

Sprecher Erwin Groß-Esch, Weg. Wiesbaden, weist darauf hin, daß der Parteitag sich in einer Zwangslage befindet, weil ihn Raumann vor ein fast accompli gestellt habe. Er könne Raumann den Vorwurf nicht ersparen, daß er nicht demokratisch gehandelt habe. Der Vertretertag sei majorisiert worden, Raumann habe ihm alles vortweggenommen. Hätte heute der Vertretertag zu bestimmen, die Entscheidung wäre anders ausgefallen. Wenn ich mich als Raiffeisen-Mann der Freisinnigen Vereinigung anschließe, meine Bauern würden mich feigen. Ich kann den Anschluß an die Freisinnige Vereinigung nicht mitmachen. (Beifall.)

Professor Dr. Sohn-Leipzig wird mit stürmischem Beifall begrüßt. Er bittet die einzelnen Gruppen, folgenden Vorschlag in der Pause zu diskutieren und anzunehmen: Diejenigen Gruppen, welche den Anschluß an den Liberalen Wahlverein zu vollziehen wünschen, richten an den Vorsitzenden des „Liberalen Wahlvereins“, Herrn Direktor St. Schröder, Berlin, das nachstehende Schreiben:

„Delegierte des Nationalsozialen Parteitags teilen Ihnen mit, daß sie den Anschluß nationalsozialer Orts- und Landesvereine sowie von Einzelmitgliedern an den Wahlverein der Liberalen beifürworten und für ihn thätig sein wollen. Wir sind der Anschauung, daß uns nach Aufgabe der eigenen Organisation die politische Weiterarbeit innerhalb des von Ihnen geleiteten Wahlvereins möglich sein wird und werden uns bemühen, innerhalb desselben mit aller Kraft für politische Freiheit und Fortentwicklung des socialen Gedankens zu wirken. Wir wissen uns mit Ihnen einig in dem Wunsche nach freirechtlicher Weiterentwicklung und socialen Fortschritt und erwarten, daß unser Entschluß den Anschluß anderer liberaler Organisationen im Lande an den Wahlverein der Liberalen fördern wird.“

Dr. Maurenbrecher-Berlin, von Beifall und Zischen empfangen, verliest zunächst eine Erklärung des Redakteurs Hildebrandt, die er in der letzten Stunde seiner Freiheit aufgesetzt hat und ungefähr folgenden Inhalt hat: Das Bemühen, einerseits den Kapitalismus zu verstehen, und andererseits die Beobachtung der in der Sozialdemokratie vorhandenen Strömungen, welche dahin gehen, die Theorien des socialistischen Marxismus von sich zu werfen, haben innerhalb der Nationalsozialen Partei dazu geführt, die Leisige des proletarischen Socialismus als erledigt oder abgethan anzusehen. Die Anerkennung des Satzes: „Das Endziel ist nichts, die Bewegung ist alles“, halte ich für verhängnisvoll, weil sie die Vertretung eines konsequenten proletarischen Gedankens unmöglich macht. Der angekündigte Verzicht Raumanns und Gerlachs, ihr Arbeitsfeld innerhalb der Arbeiterschaft zu suchen, zeigt deutlich, wohin die Entwicklung theoretischer Grundgedanken führen muß. Für einen zweiten verhängnisvollen Fehler halte ich es, daß das Verhältnis zwischen Demokratie und Monarchie nicht betrachtet worden ist als ein im Kampfe geborenes Zwangskompositum, sondern gewissermaßen zum politischen Ideal erhoben worden ist. Hier liegt für die Massenorganisation eine psychologische Unmöglichkeit vor, da für das Volk der Kaiser doch immer der für die Richtung der Politik Verantwortliche ist. Der dritte Fehler liegt darin, daß das Parteiprogramm keine Garantien für eine demokratische Heeresverfassung verlangt hat. So ist die faktische Entwicklung eine der ursprünglichen Absicht entgegengesetzte gewesen. Es giebt also für den demokratisch gesinnten Socialisten keinen andern Weg, als denjenigen zur Sozialdemokratie.

Für seine Person führt Dr. Maurenbrecher aus: Die Gründer der Nationalsozialen Partei waren Socialisten. Wir wollten eine socialistische Konkurrenzpartei bilden, eine andre Nuance des Socialismus vertreten, etwa das Mittelstadium Vorbild nach Deutschland verpflanzen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsere Anhänger anderer Meinung gewesen ist. In den Versammlungen bekamen wir nur Beifall, wenn wir die Sozialdemokratie belächelten. Ich kann es heute gesehen, wir mußten im Wahlkampf oft unsere innersten Herzensgefühle verschleiern, weil die Masse unserer An-

hänger nicht socialistisch fühlte. (Widerspruch.) Das ist meine Erfahrung. Sehen sie doch nur die Stichwahlen an! Das ist die Probe aufs Exempel gewesen. Jede Nummer der „Hilfe“ und der „Zeit“ predigt, der Feind steht links, nicht rechts.

Für den nationalen Socialismus fehlen die Garantien, die nur durch gänzliche Umwälzung unserer heutigen Zustände geschaffen werden können. Die Erfahrung hat gelehrt, daß das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Monarchie gerechtfertigt ist. Es ist mir klar geworden, daß wir theoretisch ebenso antimonarchisch sind, wie es praktisch die Sozialdemokratie ist. (Widerspruch.) Eine Massenbewegung kann nur demokratische Grundgedanken haben, d. h. Tendenzen, die auf Befreiung oder Abkürzung der monarchischen Gewalt gerichtet sind. Das Buch Raumanns „Demokratie und Kaiserthum“ leidet an einer Unklarheit in diesem Punkte. Ich habe eingesehen, der nationale Grundgedanke kann kein Gegenstand praktischer Politik sein, aus innerer Ueberzeugung ziehe ich die Konsequenz, zur Sozialdemokratie überzugehen. Unsere Arbeit, die Zukunft unfreies Vereins ist zu Ende. Sie werden es verstehen, daß Gildbrandt und ich, und manche Einzelne, die nicht gleich in die Offensivität treten können, zur Sozialdemokratie gehen. Für uns, die wir wirklich die Sozialdemokratie ablösen wollten, giebt es keinen andern Weg. Wir müssen in der Sozialdemokratie unsere politische Vertretung sehen, das heißt noch nicht, daß jeder von uns ein sozialdemokratischer Agitator wird. Viele können ihren Uebertritt nicht offen erklären. Wir lehnen es deshalb ab, uns als Gruppe zu konstituieren, wir gehen als Einzelne. Koch eins: Wir denken nicht daran, uns die Schelle „Vernichtungs“ von Anfang an um den Hals zu legen. Wir kommen zu neuen Männern, in neue Verhältnisse. Wir müssen uns erst einleben, alles andre wäre Thorheit. Nicht trennt manches von Bernstein, womit ich nicht sagen will, daß ich Kautsky und Rosa Luxemburg um mit Hand und Gaaren verschlagen will. (Große Heiterkeit.) Ich bitte also auch Raumann, nicht mehr zu sagen, ich wolle den Bernsteinschen Flügel stärken. Ich möchte mich noch besonders an diejenigen wenden, die den Gedanken des Socialismus nicht aufgeben wollen. Lassen Sie sich von diesem Gedanken nicht abdrängen, von dem Arbeiter, dem Willen mit der Arbeiterschaft. (Beifall und Zischen.)

Dr. Stein-Frankfurt a. M. spricht für Erhaltung der Partei. Gerlach stimmt mit Raumann überein, Haupt-Berlin protestiert gegen das Inrecht, den nationalsozialen Arbeiter den Eintritt in die Partei des Großkapitals zuzumuten. Während die Mehrzahl der Redner sich im Sinne Raumanns äußert, erklärt

Lenz-Mannheim, er könne als Arbeiter die Fusion nicht gutheißen. Es sei heute so viel von Bürgertum und Bildungsschicht geredet worden, die jetzt anders möchte, es sei den Nationalsozialen nicht ernst mit dem Socialismus. Die Arbeiter hätten jetzt gar nichts mehr zu sagen, sie seien vom Vorhand vergewaltigt worden. Dr. Maurenbrecher habe völlig recht. Nationalsozial und monarchistisch seien durchaus nicht untrennbar. Die Monarchie sei nicht die beste Staatsform, man könne auch Nationalismus in einer Republik betätigen. Für die Arbeiter gäbe es nur den Weg, den Dr. Maurenbrecher gezeigt habe, den Weg zur Sozialdemokratie.

Die Mehrzahl der Vertreter beschloß dann in Gruppenitzungen, dem Vorschlage Raumanns zuzustimmen. Für die Minderheit giebt Erwin Groß nach Wiedereröffnung der Hauptversammlung eine Erklärung ab, in der den Einzelvereinen die Aufrechterhaltung ihrer Selbstständigkeit und der gegenseitige Zusammenhalt empfohlen wird.

Maurenbrecher nimmt Abschied von den bisherigen Parteigenossen. Er verspricht, daß auch nach dem Uebertritt zur Sozialdemokratie die Worte Vaterlandsliebe und Patriotismus aus seinem Vocabularium nicht verschwinden würden. Gerade die Vaterlandsliebe treibe ihn zur Arbeiterpartei. Die Pflicht und Ernst Moritz Arndt aus Patriotismus Republikaner wurden, so auch er. Wenn er überhaupt zum Reden kommen sollte, werde er auch in der Sozialdemokratie von Patriotismus reden; diesen Grundsatze seines Charakters werde er nicht verleugnen, sondern lieber gar nicht reden. (Lebhafter Beifall.)

Raumann schließt hierauf den Parteitag mit einer kurzen Ansprache, in der er der Befriedigung darüber Ausdruck giebt, daß auch diejenigen, die jetzt andere Wege gehen wie er, beim Auseinandergehen die gemeinsame Grundanschauung hervorgehoben haben, von der alle ausgegangen sind. Er dankt allen Mitarbeitern und erklärt, daß er das sociale Mitleben und Mithilfen herübernehme in die Zukunft. Er schließt mit einem Hoch auf das Vaterland und seine nationalsoziale Zukunft.

Partei-Nachrichten.

Am Grabe Ferdinand Lassalle in Breslau fanden sich Sonntagvormittag Tausende von Parteigenossen ein. Die Demonstration des Wahljahres übertraf die aller vergangenen Jahre. Auch aus den Straßwäldungen sprach noch die Freude über den Sieg in der Junischlacht. Circa 30 große Kränze mit mächtigen roten Schleifen glichen das Erbbegräbnis der Familie Lassalle. Eine neue Erscheinung waren eine Anzahl Blumenpenden aus den Dörfern der Umgegend von Breslau. Außerordentlich zahlreich war das Aufsehen von Schulcenten in Zivil und Uniform, zu Fuß und zu Pferde. Auch die Arbeiter aus den Kaiserdeputierten-Fabriken legten Kränze nieder.

Der Parteitag für Ostpreußen wurde am Sonntag in Königsberg abgehalten. Ueber die Reichstagswahlen und die politische Lage sprach Genosse Haase. Er sagte u. a.: Mit dem Ausfall der Wahl in Ostpreußen könnten wir durchaus nicht zufrieden sein, wir hatten mehr erwartet. Es habe sich gezeigt, daß wir nicht weiter so große Sprünge machen können, wie 1898. Wir seien der brutalen Gewalt, mit der die konservativen Junter gegen uns kämpften, nicht im geringsten Rahe gewachsen gewesen. Zwei Kreise, Memel und Litth, hätten uns zufallen können, wenn sie nicht in der Stichwahl durch die Freisinnigen, getreu ihrer bisherigen Politik, den Konservativen ausgeliefert worden wären. Daß Königsberg nicht im ersten Wahlgange gewonnen, sei durch die leidige Siegeswertigkeit der Königsberger, sowie durch den Umstand, daß dieselben durch die intensive Kandidation sehr in Anspruch genommen wurden, verschuldet. Für die Zukunft werde man seine Lehre daraus zu ziehen haben.

Hierauf folgte die Besprechung der preussischen Landtagswahlen, worüber wir an anderer Stelle berichten. Es folgten dann Referate über die Agitation und Organisation in der Provinz. In der sehr regen Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Aenderung des Reichstags-Wahlreglements eher als eine Verschlechterung, denn als eine Verbesserung gewirkt habe. Die Wähler hätten nach der Wahl gewußt, wie jeder einzelne ihrer Arbeiter gewählt habe, und seien mit Wahregelungen und Chikanen gegen die sozialdemokratischen Wähler in der rücksichtslosesten Weise vorgegangen. Es wurde daher auch ein Antrag, der der Fraktion ausgiebt, im Reichstage dafür einzutreten, daß bei späteren Wahlen einheitlich vorgeschriebene, verschlossene Wahlurnen zur Verwendung gelangen müßten, von dem Parteitage zugestimmt. Zum Provinzial-Vertrauensmann wurde wieder Genosse Linde gewählt.

Eine außerordentliche Landeskonferenz im Großherzogtum Sachsen fand am 30. August in Weimar statt. Zur Annahme gelangte ein am 1. Oktober d. J. in Kraft tretendes Statut für die Landesorganisation. In Bezug auf die im November stattfindenden Landtagswahlen wurde nach eingehender Debatte beschlossen, in 14 Wahlkreisen selbstständig in den Wahlkampf einzutreten, auch wenn dieselben — was bei vier Kreisen der Fall ist — von Freisinn vertreten sind. Ferner wurde beschlossen, den im nächsten Jahre in Amsterdam stattfindenden internationalen Kongress durch den Abgeordneten Baudert zu beschiden. Die Leitung der Landesorganisation bleibt in Apolda.

Die Kreisversammlung des ersten weimarer Wahlkreises beschloß, gegen die Revisionbestrebungen einzelner Parteigenossen zu protestieren, insbesondere gegen die Begründung, wie die Genossen Bernstein und v. Kollmar in Bezug auf die Vicepräsidentenfrage Stellung genommen haben. Die Wahlkreisabrechnung ergab, daß der Wahlkampf 6667 M. gekostet hat.

Für den Halleischen Bezirk wurde am Sonntag eine Konferenz von Vertretern aus 23 Ortschaften abgehalten. Es wurde eine festere Organisation mit den Vertretern der Landorte vereinbart.

Für den Wahlkreis Offenbach-Dieburg fand am Sonntag eine Kreisversammlung statt. Im Vordergrund der Verhandlungen stand der Ausgang der letzten Reichstagswahl. Ein Antrag, der straffe Centralorganisation des ganzen Kreises verlangte, wurde angenommen. Aus dem Bericht der Preßkommission ging hervor, daß sich das „Offenbacher Abendblatt“, welches am 1. Juli d. J. in Parteibeitrag überging, in erfreulicher Entwicklung befindet. — Ueber den Parteitag in Dresden sprach Genosse Ulrich, der sich gegen den Vorschlag Bernsteins aussprach, eventuell auch zu Hofe zu gehen, um einen Platz im Reichstagspräsidium zu erlangen.

Eine Kreisversammlung für Bodum-Welsenkirchen nahm eine Resolution an, worin ausgedrückt wird, daß wir Anspruch auf die Befreiung eines Vicepräsidentenpostens erheben, hofische Pflichten jedoch ablehnen.

Die Bremer Parteigenossen beantragen beim Parteitag: 1. Parteigenossen dürfen als Redakteure und Mitarbeiter an nicht-sozialdemokratischen Blättern nur dann thätig sein, wenn es sich um wissenschaftliche, fachtechnische oder belletristische Journale handelt, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie vermeiden. 2. Die Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitage soll sich in Zukunft nach der Zahl der bei der vorausgegangenen Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen richten. 3. Den sozialdemokratischen Vereinen wird empfohlen, Sammelstellen einzurichten für alle auf die Reichstagswahlen bezüglichen parteigenösslichen und gegnerischen Flugblätter, Zeitungsartikel usw. 4. Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf zur Einführung des Achtstundentages erbringen und mit aller Energie für dessen Realisierung sorgen. 5. Die Kaiserzeit ist in der bisherigen Form beizubehalten.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Stettin unterbreitet dem Parteitage folgende Anträge: 1. Unfre Fraktion nimmt das Recht, einen Vicepräsidentenposten zu besetzen, für sich in Anspruch, jedoch ohne andre als geschäftsordnungsmäßige Pflichten zu übernehmen. 2. Es ist mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar, an bürgerlichen Blättern mitzuarbeiten, die gehässige Artikel gegen die Sozialdemokratie aufnehmen. 3. Der Parteivorstand wird um eine Vorlage ersucht, welche die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage neu regelt. 4. Die Fraktion wird ersucht, im Reichstage einen Gesetzentwurf einzubringen, der das Koalitionsrecht gegen gerichtliche und polizeiliche Eingriffe sichert.

Sociales.

Die Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen 1901. Im preussischen Staate wurden an hauptsächlich zu land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundstücken, deren Besitzer Land- und Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben, abgesehen von den Fällen der Auseinandersetzung und Erbteilung, zwangsweise versteigert

Jahre	Grundstücke	mit einer Fläche von ha	An 100 ha der versteigerten Fläche waren beteiligt: Betriebe von ... ha						
			unter 2	2 bis 5	5 bis 10	10 bis 20	20 bis 50	50 und mehr	
1892	2290	89 266	0,6	2,0	8,9	11,0	8,4	9,1	59,9
1893	1908	69 327	0,7	2,4	9,7	9,8	9,0	9,8	59,0
1894	1566	60 287	0,8	2,0	8,5	10,8	8,3	11,7	58,0
1895	1834	67 259	0,7	2,2	8,8	10,7	9,9	10,7	57,6
1896	1517	64 107	0,6	1,8	7,7	10,8	9,2	6,0	64,5
1897	1591	47 782	0,8	2,4	11,5	14,4	13,1	14,5	43,3
1898	1411	32 727	1,1	3,2	14,7	19,2	16,1	14,6	31,2
1899	1210	37 757	0,7	2,3	10,9	14,1	15,2	12,1	44,7
1900	1283	42 455	0,6	2,1	11,4	13,3	14,4	11,8	46,2
1901	1207	41 217	0,5	2,5	10,8	12,3	11,8	14,3	47,9

Im allgemeinen tritt hiernach im Zeitraume 1892—1901 ungeachtet mehrfacher Schwankungen eine erhebliche Abnahme der Gesamtzahl und Fläche der versteigerten landwirtschaftlichen Grundstücke hervor. Insbesondere im Berichtsjahre ist gegen 1900 ihre Zahl um 6,8 und ihre Fläche um 2,9 Proz. zurückgegangen, womit erstere seit Beginn der Erhebung (1886) den Tiefstand erreicht hat, während hinter letzterer nur die Versteigerungsfläche der Jahre 1898 und 1899 zurückbleibt.

Was die einzelnen Größenklassen anlangt, so war 1901 wie in den früheren Jahren diejenige von 200 Hektar und darüber dem Flächenumfang nach an den Zwangsversteigerungen weitest am meisten beteiligt, und zwar mit 19 727 Hektar gegen 19 628 im Vorjahre. Immerhin zeigt sich hier bei Vergleichung der Biffern seit 1897 mit denen der vorangegangenen Jahre eine bedeutende Besserung, welche eine nicht unwesentliche Steigerung des Anteiles der übrigen Gruppen von fünf und mehr Hektar an der versteigerten Gesamtfläche zur Folge gehabt hat. Am ungünstigsten gestaltete sich im Jahre 1901 das Verhältnis bei der Größenklasse von 100 bis 200 Hektar, von welcher insgesamt 5633 Hektar gegen 4999 im Vorjahre zwangsweise versteigert wurden, wogegen bei derjenigen von 50—100 Hektar die Versteigerungsfläche von 6131 Hektar im Jahre 1900 auf 4879 im Berichtsjahre sank.

Et. R.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 31. August. Die „Kön. Volks-Ztg.“ meldet aus Saar-Louis: In vergangener Nacht wurde hier ein Unteroffizier des 30. Infanterie-Regiments von einem Wachtposten erschossen.

Braunschweig, 31. August. (W. G.) In dem benachbarten Schöningen hat eine Windstöße ungeheuren Schaden angerichtet. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt, viele Bäume entwurzelt.

Braunschweig, 31. August. (W. G.) Am Typhus sind amtlicher Bekanntmachung zufolge in der letzten Woche wiederum drei Kinder verstorben. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den Infektionsherd festzustellen.

Madrid, 31. August. (W. G.) Der österreichische Kreuzer „Sperla“ ist in der Nähe des hiesigen Hafens gesunken. Ein Dampfer der Transatlantischen Gesellschaft rettete elf Mann der Besatzung.

Brüssel, 31. August. (W. G.) Der socialistische Abgeordnete Hubin in Lüttich wird am nächsten Dienstag seine Gefängnisstrafe antreten, zu welcher er wegen Beteiligung an den Aprilunruhen vorigen Jahres verurteilt worden ist. Die Socialisten planen aus diesem Anlaß große Kundgebungen.

Konstantinopel, 31. August. (Meldung des Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Mit dem heutigen Tage wurde der Verkehr mit dem Orient-Expresse auf der Strecke Konstantinopel—Sofia und mit dem Konventionallinien auf der Strecke Konstantinopel—Adrianopel eingestellt. Dieser Zug wird durch einen andern ersetzt, der um 6 Uhr früh hier abgeht. Es ist damit bewirkt, daß der Verkehr dieses Zuges auf der Strecke Konstantinopel—Thessalonika bei Lage erfolgt.

Die Generalversammlung des Central-Wahlvereins für den Kreis Zeltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

fand am 30. August in Köpenick statt. Anwesend waren 75 Delegierte aus 82 Orten sowie 10 Funktionäre des Kreises.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Mitgliedes der Agitationskommission, Gen. Obst. Ein eingehender Bericht der Agitationskommission wird auf der Provinzialkonferenz erstattet werden; hervorzuhelien ist, daß sich das Bedürfnis nach einer festeren Organisation nach dem Muster des Kreises Zeltow-Beeskow auch in anderen Kreisen der Provinz herausstellt. Ein Antrag Charlottenburg, der „Märkische Landbote“ solle in Zukunft keine geschäftlichen Annoncen mehr aufnehmen, wurde abgelehnt, angenommen wurde dagegen der Antrag Grunwald, nur „einständige Annoncen“ aufzunehmen. — Auf Antrag Zubeil erklärte sich die Generalversammlung einstimmig gegen die in der Volksversammlung vom 20. August angenommene Resolution Ihrer („Vorwärts“ Nr. 195 vom 22. August). — Zu Delegierten für die Provinzial-Konferenz wurden Köster-Zehlendorf und Gähne-Köpenick gewählt, als Ersatzmann Köster-Nordorf.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung referierte Zubeil über die Reichstagswahlen und den bevorstehenden Parteitag. Lebhaft wandte er sich gegen die akademischen Parteigenossen, deren Zeit stets zu losbar sei, wenn es gelte, sich an praktischen Arbeiten zu beteiligen, die aber den Parteigenossen sehr kostbare Zeit durch das Anzehen sehr überflüssiger Diskussionen wegnehmen, wie jetzt wieder die Vicepräsidentenfrage; hierbei sei Bernstein seiner Ueberzeugung nach nicht allein vorgegangen, sondern er sei der Gehobene. Es sei bedauerlich, daß vielfach die proletarischen Wähler ihre Vertreter gar nicht kennen, da diese nur während der Wahlzeit in den Kreis kommen und sich dann fünf Jahre nicht um den Kreis kümmern; nur so sei es erklärlich, daß so mancher Revisionist, der kaum „Genosse“ geworden sei, gewählt werde. Weiter wandte sich der Redner dagegen, daß Parteigenossen bürgerliche Blätter der schlimmsten Art wie die „Zukunft“ benutzen, um gegen die Partei zu schreiben. Dann ging Redner zu dem positiven Teil der Aufgaben über, die in verstärkter Maße an die durch das Vertrauen der Wähler vergrößerte Fraktion herangetragen und empfahl, folgende Resolution dem Parteitage zu unterbreiten:

„Der Wahlsieg vom 18. Juni verpflichtet die Socialdemokratie zu gesteigerten und vertieften Anstrengungen, um positiven Einfluß auf das Geschick der deutschen Politik zu gewinnen. Nicht nur in der Kritik der herrschenden Klassen und ihrer Politik, nicht nur in der Abwehr der volkfeindlichen Angriffe der Reaktion, auch nicht in der bloßen Verbesserung von Regierungsvorlagen und antwortenden Entwürfen erschöpft sich unsere Aufgabe. Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion ist durch das Vertrauen der Wähler zu berufenen Gesetzgeberin des deutschen Volkes geworden. Je mehr die bürokratische Regierung für die Interessen der herrschenden Klassen in unfruchtbarer Mitarbeit oder dreisten und sinnlosen Angriffen wider die im Proletariat sich vollziehende notwendige geschichtliche Entwicklung vertritt, um so größer ist die Pflicht der socialdemokratischen Reichstagsfraktion, die unermessliche Schöpferkraft des demokratischen und socialistischen Princips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Eine solche Tätigkeit erzielt dreierlei: Sie bewirkt nützliche und bedeutsame Reformen, sie deckt die geistige Anseligkeit und gebärgige Beschränktheit der Sachwalter der kapitalistischen Klassen und ihrer regierenden Agenten auf, sie zeigt endlich die Grenze und die Schranke, wo innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung entscheidende Verbesserungen unmöglich werden, und wirkt dadurch aufklärend über und für das socialdemokratische Programm. Die zu dieser Grenze und Schranke, von der wir noch weit entfernt sind, zu gehen und alles Mögliche wirklich zu machen, ist unsere Aufgabe in der Tagespolitik. — Zu diesem Zwecke und zugleich im Interesse der Stärkung des Parlamentarismus selbst wird die socialdemokratische Fraktion beauftragt, in Gestalt von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Situation in Angriff zu nehmen. Den einzelnen Gesetzentwürfen sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben, und es ist zu veranlassen, daß auch diese Begründungen, dem Brauch anderer Parlamente gemäß, in die amtlichen Drucksachen des Reichstages aufgenommen werden; zugleich sollen Reichstags-Drucksachen zu möglichst billigem Preise jedermann zugänglich gemacht werden, etwa nach dem Vorgange des „Reichs-Arbeitsblattes“. Von den Gegenständen, die in erster Linie durch solche positiven, eingehend begründeten socialdemokratischen Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Reichs-Finanzreform, Arbeiterschutz, Koalitionsschutz-Gesetz, systematische Militärreform, Ministerverantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz und Revision des Strafrechts.“

Gegen diese Resolution wandte Vorchardt ein, sie sei von einer Ueberschätzung des parlamentarischen Arbeitens diktiert und weise den Mitgliedern der Fraktion Aufgaben zu, durch die sie der Agitation im Lande übermäßig entzogen würden.

Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen. An der weiteren Diskussion, die sich wesentlich um die Frage der Vicepräsidentenfrage und des Mitarbeitens an bürgerlichen Blättern drehte, beteiligten sich die Genossen Kunkel, Hoffmann-Rowawes, Köster-Zehlendorf, Kourab-Nordorf, Köster-Nordorf, Vorchardt-Charlottenburg, Albert-Charlottenburg, Grunwald-Friedenau. Bezüglich der ersten Frage teilte kein Redner den Standpunkt Bernsteins, wohl aber hielten mehrere (Vorchardt, Konrad, Albert) hervor, daß die Art und Weise, in welcher die Frage von der Parteipresse behandelt und Bernstein angegriffen worden sei, durchaus nicht am Platze war; besonders bedauerlich sei, daß ein Mitglied des Parteivorstandes hieraus den Anlaß genommen habe, zu erklären, es sei an der Zeit, sich zu trennen; denn darauf laufe Bebel's Erklärung in Nr. 196 des „Vorwärts“ hinaus. Dem gegenüber betonte namentlich Grunwald, daß man in der That auf den vergangenen Parteitagen Komödie gespielt habe, insofern Beschlüsse gefaßt seien, um die thatsächlich vorhandenen Gegensätze zu verkleinern.

Unter Ablehnung einer von Vorchardt beantragten Resolution, die das Bedauern über Bebel's Erklärung, die eine sachliche Ansprache zu erschweren geeignet sei, zum Ausdruck brachte, wurde die nachstehende von Grunwald eingebrachte Resolution gegen eine Stimme angenommen.

Die Generalversammlung erklärt zur sogenannten Vicepräsidentenfrage, daß die Fraktion selbstverständlich gemäß ihrem Stärkeverhältnis die Vertretung im Präsidium des Reichstages zu fordern hat, daß sie aber ebenso selbstverständlich diese Vertretung abzulehnen hat, wenn damit sogenannte böhsche, außerhalb Verfassung und Geschäftsordnung des Reichstages liegende Verpflichtungen für ihren Vertreter verbunden werden. Die Generalversammlung erklärt zugleich ihre ausdrückliche und schärfste Mißfallen darüber, wie diese Frage von einigen Parteigenossen dazu benutzt worden ist, die alten und siegreichen proletarisch-revolutionären Grundzüge und taktischen Maßnahmen der Partei erneut zu unterwählen.

In Sachen der Mitarbeiterschaft an bürgerlichen Blättern beantragte Vorchardt eine Resolution dabin, daß diese Frage sich allgemein überhaupt nicht regeln lasse. Auf Antrag Vorchardt's schloß sich aber die Versammlung der Meinungsäußerung der Parteivorstandes vom 2. März an.

Weiter gelangte zur Annahme ein Antrag Charlottenburg, den Preis für den Arbeiter-Notizkalender von 0,60 M. auf

0,50 M. herabzusetzen, ebenso ein Antrag Schmargendorf-Rowawes, zu erwägen, ob nicht die „Neue Welt“ auf besseres Papier gedruckt werden könnte, damit die Illustrationen besser ausgeführt erscheinen, sowie auch größere Sorgfalt auf die Ausföhrung und Motive der März- und Mai-Zeitung zu verwenden; abgelehnt dagegen wurde ein Antrag Schmargendorf, daß die „Neue Welt“ auch nationalökonomische Aufsätze bringen solle.

Ferner wurde beschloffen, der Parteitag möge die Fraktion beauftragen, dahin zu wirken, daß die Reichstagswahlen künftig Sonntags stattfinden, und der Parteivorstand soll beauftragt werden, einen Entwurf zur Neuregelung der Vertretung der Fraktion auf den Parteitag vorzulegen.

Ein Antrag Schöneberg, den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag Schöneberg auf Verbilligung des „Vorwärts“ mit 35 gegen 81 Stimmen.

Ein Antrag Wollermann auf Ausarbeitung eines umfassenden Fragebogens, um eine Uebersicht über die Parteithätigkeit an den einzelnen Orten zu gewinnen, sowie ein Antrag Schmargendorf auf beschleunigte Verteilung des Agitationsmaterials an die Vereine wurden dem Centralvorstand überwiesen.

Ein Antrag Baumhulsheweg, zum Parteitage nur zwei Delegierte zu entsenden, wurde abgelehnt; zu Delegierten für den Parteitag wurden Pieleke-Johannishal, Meiling-Schöneberg und Hoffmann-Rowawes gewählt.

Die Angelegenheit Meier, der gegen seinen vom Centralvorstand bestätigten Ausschluss aus dem Wahlverein Wilmersdorf Berufung eingelegt hat, wurde einer Kommission von acht Mitgliedern zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Bis zu endgültiger Entscheidung ist Meier, wie ausdrücklich betont wurde, als Parteigenosse zu betrachten.

Die Kreiskonferenz für Niederbarnim

tagte am Sonnabend, den 29. August, zu Kummelsburg im Restaurant Bellevue. Zunächst wählte man in das Landtags-Wahlkomitee die Genossen Taubmann, Freiwaldt und Stadthagen.

Den Bericht und die Abrechnung von der Reichstagswahl gab dann der Kreis-Vertrauensmann Freiwaldt. Er konnte feststellen, daß der Kreis Niederbarnim eine Hochburg der Socialdemokratie geworden sei, die der Partei nicht mehr entzogen werden könne. Aus der Abrechnung ist hervorzuheben: Das Central-Wahlkomitee nahm aus Pflanzsammlungen im ganzen Kreise 3340,40 M. ein und gab 2800,18 M. aus, so daß 540,24 M. verblieben. Die einzelnen Bezirke des Kreises gaben außerdem noch für Wahlzwecke insgesamt 4452,68 M. aus, die durch Zellerfammlungen sowie Zuteilungen einzelner Personen und Vereine aufgebracht wurden. Die Wahl löstete also dem Kreise insgesamt 7252,68 M. — Die Stimmenzahl hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. — Die Konferenz erteilte einstimmig dem Central-Wahlkomitee Decharge.

Zur Provinzialkonferenz nahm Taubmann als Mitglied der Agitationskommission das Wort. Er gab einen kurzen Uebersicht über die Tagesordnung des Provinzialtages und wandte sich energisch gegen den von Frankfurt-Rebus gestellten Antrag, daß die Mitglieder der Agitationskommission nicht mehr von den Genossen Berlins und der Umgegend allein gewählt werden sollen, sondern unter Mitwirkung der verschiedenen Provinzreise. Das sei ein Ding der Unmöglichkeit; auch wäre zu berücksichtigen, daß die Kommission ihre Mittel aus Berlin und der Umgegend beziehe. Ganz ungerechtfertigt sei der Vorwurf, die Kommission sei schuld daran, daß die Stimmenzahl nicht noch mehr in der Provinz gewachsen sei. Die bisherige Art der Zusammenlegung der Kommission müsse beibehalten bleiben. — Köster will nicht die Selbstfrage betonen, meint aber, der Vorschlag von Frankfurt-Rebus scheitere schon an der Schwierigkeit, eine Agitationskommission zusammenzubringen, deren Mitglieder über die ganze Provinz verstreut seien. — Diesen Ausführungen widersprach niemand, so daß sie als Meinung der Konferenz gelten. Diese delegierte zum Provinzialtag die Genossen Köster, Dellling und Söhler.

Den Parteitag in Dresden betraf der nächste Punkt der Tagesordnung. Der Vorsitzende Freiwaldt erklärte einleitend, der Parteitag, dessen Tagesordnung im allgemeinen eine rein geschäftsmäßige sei, müsse nach den bekannten Vorgängen unabweislich zur Vicepräsidentenfrage Stellung nehmen. Es müsse endlich einmal den Possibilisten eine gründliche Antwort auf ihr Gebahren gegeben werden. Seit einer Reihe von Jahren suchten eine Anzahl Genossen unsere Taktik in andre Bahnen zu bringen, sie immer mehr nach rechts zu lenken. Dagegen habe man sich zu wenden. Auch mit der Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern müsse man sich beschäftigen, sowie mit der Reisefrage, welche von Jahr zu Jahr, er möchte sagen, verumpfe. — Grauer: Nicht nur gegen die Possibilisten von rechts, sondern auch gegen die von mehr links müsse man sich wenden. Redner nimmt Bezug auf die bekannte Ausführungen des Genossen Dr. Friedberg, der sich über das Verlorengelien des revolutionären Bewusst und des Opfermutes in der Partei belagte und Thesen aufstellte (Generalfreie-Frage), die im Rahmen der socialdemokratischen Bewegung nicht denkbar sein könnten. Wenn man angeht das Sieges vom 18. Juni und der gezeigten Opferfreudigkeit behaupte, die Partei sei auf dem besten Wege, zu verumpeln, so sei das doch gehörig über's Ziel hinausgeschossen. Daraus könne man nur Verwirrung in unsren Reihen hervorrufen. — Schumann hebt hervor, daß man im Auslande mit dem Generalfreie Erfahrungen gemacht habe, die nicht zur Nachäferung anregen könnten. — Schulz betrachtet Friedberg als eine vereinzelte Erscheinung, so daß von dieser Seite nichts zu befürchten wäre. — Fuhr hat das Empfinden, daß Friedberg etwas mißverständen sei. Beim Fortschreiten unserer Bewegung kämen eben Parteigenossen zu der Frage: Wenn uns nun das Wahlrecht genommen wird, was dann? Friedberg habe wohl auch nicht den Generalfreie propagieren wollen; er sage nur: „Was gedenkt Ihr zu thun, wenn man uns unsere Rechte nimmt? Welche Mittel gibt es da? Beschäftigt Euch mit dieser Frage.“ — Grauer bleibt dabei, daß Friedberg zweifelsohne auf dem Standpunkt stehe, daß es Sache der Socialdemokratie sei, sich mit der Idee des Generalfreies zu befreunden. Redner wolle sich nur gegen alle Auswüchse wenden, gleichviel ob sie von rechts oder von links kämen. Der Generalfreie müsse immer — die Veronlassung sei gleichgültig — einen Rückschlag für die ganze Bewegung bringen. — Binjeler ist der Meinung, daß die Akademiker zu viel hervorträten, die Arbeiter Wunden durch die Vicepräsidentenfrage gar nicht so sehr aufgeregt werden. — Schumann: Es wäre an der Zeit, die Akademiker, die aus dem bürgerlichen Lager zu uns kämen, zunächst einmal als gemeine Soldaten einzustellen und sie von der Reihe an dienen zu lassen. Dann würde manches unterbleiben. Wenn von einer eventuellen Wahlentzückung gesprochen werde, so sei Redner doch der Meinung, daß wir geradezu Feil wären, jetzt schon zu sagen, was wir dann thun wollten. — Grauer: Einen künstlichen Gegensatz zwischen Akademikern und andren Genossen sollte man nicht schaffen. Gefährlich sei nur, daß eine Reihe gebildeter Genossen Dinge auf die Tagesordnung brächten, die gar nicht akut seien, von denen die große Masse gar nichts hören wolle. Genosse Bernstein habe genau geruht, daß die von ihm aufgeworfene Frage eine Frage der Taktik sei, die in den Kreisen diskutiert werden müsse, die darüber zu entscheiden hätten. Auch bei Gähne müsse man rügen, daß er nach seinem Siege gleich die Frage aufwolle, ob und in welchem Sinne man sich mit der Monarchie abfinden könnte. — Run zur Schriftstellerfrage. Wenn die Schriftsteller behaupteten, daß innerhalb des Rahmens der Partei nicht genug Platz sei für die Verwertung ihrer Arbeitskraft, so wählten das die meisten Genossen, und dagegen sei wenig zu sagen. Aber was zu rügen wäre, das sei, daß diese Schriftsteller ihre Meinung über Parteifragen in bürgerlichen Blättern ab-

lagerten, wo die Parteigenossen sie nicht verfolgen könnten. Von den Schriftstellern sei zu verlangen: Wollt ihr Parteifragen erörtern, dann thut es bei den maßgebenden Instanzen oder in den Organen, die uns zur Verfügung stehen. Und die ständig an bürgerlichen Blättern thätigen Genossen — Redner verweist auf G. Bernhard und dessen Reden zu der Frage — könne man nicht durch ein Vertrauensamt in eine hervorragende Stelle setzen, weil die Agitation gegen die bürgerliche Presse dadurch erschwert würde. Von einer Degradation könne nicht die Rede sein. — Sonnenburg warnt ebenfalls vor Schaffung eines künstlichen Gegensatzes zwischen dem Geistesproletariat und dem Proletariat der schwierigen Faust. Die gegen Bernstein seit Wochen entfachete Erregung könne er nicht teilen. Man sage, Bernstein hätte die Angelegenheit einfach der Fraktion überlassen sollen. Ja, wer wählte denn die? Hätten nicht die Parteigenossen des Deutschen Reiches mitzubestimmen bei Entscheidung solcher Fragen? Es wäre nicht demokratisch, nur den 81 Gewählten ein Bestimmungsrecht darüber zu lassen. Es wäre einfach Bernsteins gutes Recht, wenn er die Frage des Vicepräsidenten öffentlich aufwarf. Es werde Bernstein vorgeworfen, der Lehre anzuhängen, das Möglichst-Möglichste zu erreichen. Ja, was sei denn unser ganzer Parlamentarismus? Er sei nicht Selbstzweck, sei possiblistisch, bezwecke das Möglichst-Möglichste zu erreichen, selbstverständlich mit der Verwirklichung des Socialismus als Endziel. Auch seien wir nicht Dogmatiker, sondern eine Partei des Fortschritts. Alles müsse der Kritik unterzogen, jede Frage müsse diskutiert werden können, sobald aber der Feind uns gegenüberstehe, in dem Augenblick schlagen wir ihn. Der einzige Fehler bei Bernstein sei, daß er den Parlamentarismus überschätze. Selbstverständlich könnten und würden wir den Vicepräsidenten verlangen, auf einen Besuch im kaiserlichen Schloß könnten wir als Republikaner uns aber nicht einlassen. Das Ministerium sei eine Tugend, die wir uns allerdings bewahren sollten; indessen sei es nicht am Platze, sich gleich aufzuregen, wenn ein Genosse mal abweichende Anschauungen zum Besten gebe oder Anregungen bringe. — Schumann erklärt sich gegen das viele Gerede von Possiblistismus und versimpelnden Bestrebungen. Wir hätten schon manchmal unsere Taktik geändert. Gewiß hätten bestimmte Instanzen darüber zu entscheiden, aber die große Masse habe mitzuzupacken. Die sogenannten Revisionisten hätten doch übrigens auch immer das Gute für die Partei im Auge, man müsse ihnen nicht gleich immer die Parteigenossenschaft aberkennen wollen. — Dem Genossen Bernhard, der Handschrift redaktierte bei einem Blatte sei, könne er es gar nicht verdenken, wenn er nicht schon deshalb ein Parteigenosse zweiter Güte sein wolle. — Ueber den Zustand von Akademikern freue er sich, aber den Parteigenossen mache er den Vorwurf, daß sie einen Unterschied machten zwischen ihnen und den Arbeitern. Warum greife man immer zu den Akademikern zuerst und nicht zu den thätigen Genossen aus Arbeiterkreisen. — Schumann konstatiert, daß er nicht habe sagen wollen, daß sich die Akademiker keine Verdienste ums Proletariat erwürben. Man sollte aber vor der Vergewaltigung von Akademikern sie sich näher ansehen. — Berger findet am gefährlichsten die Strömung in der Partei, die die Vicepräsidenten-Frage zunächst der Fraktion überweise, denn diese Strömung führe zur Stedelung der Gebanensfreiheit. Was gegen die Akademiker gesagt sei, müsse zurückgewiesen werden. — Schulz: Die Vicepräsidenten-Stelle sei zu fordern, so lange man sich dadurch nichts verbere. Ueber die Akademiker in unsren Reihen freue er sich, aber sie sollten sich auch immer erst die Sporen verdienen. Was das schriftstellerische Arbeiten an bürgerlichen Blättern betreffe, so gebe es in der Partei eine ganze Menge Posten, wo Schriftsteller eine bescheidene Existenz finden könnten. Dort könnten jene Akademiker hineingehen und arbeiten. — Kubich: Wir haben keine Ursache, Bernstein das Recht zu nehmen, zur großen Masse zu sprechen. Die Vicepräsidentenfrage selbst werde sich schon dadurch erledigen, daß man der Partei den Posten gar nicht einräumen werde. Bezüglich der Schriftsteller meint Redner, man müsse sich dagegen wehren, daß bürgerliche Blätter durch Artikel belannter Socialisten interessant gemacht würden. — John findet bei Grauer und andren eine gewisse Kenglichkeit gegenüber Rechts und Links, die nicht am Platze sei. So schlimm lägen die Dinge nicht. In vielen Punkten müsse er Sonnenburg unterstützen. Die Schriftsteller dürften nicht zu Genossen zweiter Klasse degradirt werden, so lange sie nichts gegen uns in bürgerlichen Blättern thäten. — Köster erklört keine Gefahr darin, wenn ein Handelsredakteur der „Korrespondenz“ in der Partei eine Rolle spiele. — Schüler rügt, daß die Akademiker verherlicht würden, sobald sie in unsren Versammlungen aufträten. — Nachdem Grauer und Sonnenburg noch einmal ihren Standpunkt vertretten hatten, bemerkte Freiwaldt: Wenn die bürgerlichen Parteien bei Vergewaltigung der Vicepräsidentenstelle fordern sollten, daß wir den Notau machen vor einer Stelle, die uns so scharf als möglich bekämpft, dann werde die Fraktion das einstimmig ablehnen, und auch der Parteitag werde es thun müssen. Und wenn Bernstein immer wieder solche Fragen aufrolle, dann möge gesagt werden: Bis hierher und nicht weiter! Immer vorm Parteitag gebe es was Neues. Wenn nicht Bernstein, dann sei es Heine oder ein andrer. Bernhard möge Handelsartikel für die bürgerliche Presse schreiben, so viel er wolle, nicht aber kritische Artikel über die Socialdemokratie für die „Zukunft“, die von Arbeitern nicht gelesen werde.

Folgender Antrag, gegen den niemand stimmte, soll dem Parteitag unterbreitet werden:

Die Versammelten erklären sich entschieden gegen die Bestrebungen einzelner Parteigenossen, welche dahin gehen, die Partei von ihrer bewährten Kampfweise abzubringen und durch Konzeptionen an die bürgerlichen Parteien aufsehende Erfolge zu erzielen, die sich sicher als Scheinerfolge erweisen werden. Die Kreiskonferenz spricht weiter die Erwartung aus, daß der Parteitag entschieden Stellung nehmen werde gegen diejenigen Parteigenossen, die es mit ihrer Parteigenossenschaft vereinbar halten, ihre Geisteserzeugnisse in bürgerlichen Blättern niederzulegen, die der Kontrolle der Partei nicht unterstehen beziehungsweise von den Parteigenossen nicht verfolgt werden können. Die Konferenz erwartet, daß unabweislich ausgesprochen wird, daß solche Genossen für Vertrauensstellungen innerhalb der Partei nicht in Frage kommen können.

Nach einer Diskussion über die wichtigste Art der Mitarbeiter wurde beschloffen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten: „Die Mitarbeiter soll mehr als bisher in den Vordergrund gerückt werden. Die Feier hat am 1. Mai zu erfolgen.“

Anträge auf Verbilligung des „Vorwärts“ und auf Wegfall der Extranummer am Mittag des 2. Mai wurden abgelehnt.

Als Delegierte zum Parteitage wurden die Genossen Schumann-Weissensee, Freiwaldt-Pantow und Bell-Lichtenberg gewählt.

Unter „Kreisangelegenheiten“ kam die Beteiligung der Frauen an der Parteiarbeit sowie ihr Recht, Delegierte zu wählen, zur Sprache. Das Kreisstatut macht die Teilnahme der Frauen an Kreis-konferenzen sowie an den Wahlen zu solchen u. a. abhängig von der dauernden Unterstützung der Partei durch Geldmittel. Anlässlich eines bestimmten Falles haben nun die Parteigenossen den Begriff der dauernden Unterstützung der Partei dahin ausgelegt, daß vollberechtigte Genossin nur ist, wer eine Parteikarte hat und ständig darauf zahlt. — Die beteiligten Genossinnen vertreten dagegen den Standpunkt, sie seien vollberechtigt, weil sie den bestehenden Frauenvereinen angehören, dem Frauen-Wahlverein während seines Bestehens angehört und dadurch sowie durch Beteiligung an Sammlungen die Partei unterstützt hätten. — Freiwaldt sprach hierüber, vertrat den Standpunkt der Genossen und protestierte gegen die in Frauenversammlungen vorgenommene Wahl der Frau Jung zum Parteitag und der Frau Liebermann zur Provinzialkonferenz, weil beim Zustandekommen der Versammlungen und Wahlen nicht die erwählten und andre Bestimmungen des Organisationsstatuts des

Kreises, das sich an das der Partei anlehne, beachtet worden seien. Frau Jung selbst habe sich erst einen Tag vor ihrer Wahl durch Entnahme einer Karte als Parteimitglied im Kreise organisiert.

Die als Gäste anwesenden Genossinnen, Frauen Jung, Liebermann, Wichmann u. a., stellten ihre oben schon skizzierte Auffassung der Freiwahl und anderer dazu sprechender Genossen entgegen und betonten, daß sie längst Karten entnommen haben würden, wenn jemals darauf Wert gelegt worden wäre. Wegen drei Stimmen beschloß die Konferenz, das Bureau zu beauftragen, Protest einzulegen gegen das Zustandekommen der Frauenmandate.

Dann schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die Partei.

Verfammlungen.

Der Interessen-Verein der Ristenmacher beschäftigte sich in einer am 24. d. M. abgehaltenen Versammlung mit dem sechsten Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Judel, welcher referierte, hob besonders hervor, daß für uns hauptsächlich der Punkt betr. die Einigungsvereinbarungen in Betracht käme. Würde jedoch keine Einigung erzielt, so müßten wir dem Beschluß unferer Generalversammlung nachkommen und die Urabstimmung über den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband vornehmen lassen. Nach einer kurzen Debatte wurde Judel als Delegierter gewählt. Der Obmann der Lohnkommission teilte mit, daß die Kollegen einer größeren Werkstelle, ohne in den Streik zu treten, eine kleine Lohnaufbesserung errungen haben.

Briefkasten der Redaktion.

Fünf Genossen. Die Beschädigung der Rarmorfiguren in der Sieges-Allee wurde am 22. Oktober 1899 verübt. Ueber die Täter ist bis jetzt nichts bekannt geworden. — **H. G. S.** Solche Geheime können wir leider nicht nachweisen. Nicht als Hühnerfütter. Trotzdem gesund und schmackhaft in anderer Gestalt, z. B. als Reismehl, Weizenmehl etc. — **Wetterende.** Ja. — **N. 50.** Fragen Sie an bei Eugen Simonowitsch, N. Poststr. 46.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gewähr: 7 Uhr.

G. S. 6. Körperliche Fehler. 2. Nr. 3. Fragen Sie auf dem Bezirkskommando an. — **F.** Sowie ohne Einsicht in den Vertrag ersichtlich, ist er in vollem Umfange für die Kontrahenten rechtsverbindlich. — **Platon 1.** Eine Klage wäre erfolgreich. — **Denunziant.** Als Zeuge ja. Ein Zeuge, der sicher gehen will, wegen seiner unerheblichen Vorklagen nicht befragt zu werden, ersucht vor dem Termin das Gericht, nach den sechs Wochen hat der Bauer voll aufzunehmen. — **2. 1000.** Der Stiefvater steht gegen die Stiefmutter Erbansprüche nicht zu. — **N. 23.** **H. S. 25.** Rein. — **G. S. 36.** Leider liegt in dem von Ihnen vorgebrachten kein Grund zur Aufhebung. Sie können nur durch Güte und Nachsicht suchen, Ihre Frau zu bessern. — **S. N. 1880.** Nicht der Arbeitgeber, sondern der Berufsgläubiger muß den Anspruch auf Rente innerhalb zwei Jahren geltend machen, weil sonst Verjährung eintritt. Bezüglich des sechs Jahre zurückliegenden Unfalls ist Verjährung eingetreten. — **C. Ja.** — **H. G.** Durch Verkauf eines Grundstücks wird der Nießbrauchvertrag nicht aufgehoben. Nur bei Substitutionen steht dem Erben ein Recht auf vorzeitige Kündigung zu. — **Heinrich Zent.** Werden Sie Verjährung ein und verlangen die etwa bereits beigetriebenen Steuern zurück. — **B. N. 73.** Beim Kaufgebot. — **J. G. Schroda.** Sowie ersichtlich, haben Sie lediglich ein Privathaus erbauen lassen. Trifft diese Umstände zu, so sind Sie nicht unzulässig zurückschreitend und müssen beim Reichs-Versicherungsamt Beschwerde einlegen. — **G. S. 150.** Goldberg: die Namen der Rechtsanwalte kennen wir nicht. — **H. S. Niddorf.** Rein. Ein Kaufvertrag über ein Grundstück ist nur dann gültig, wenn er gerichtlich oder notariell abgeschlossen ist. — **M. S. 27.** 1. Die Rechte sind nicht gesetzlich festgelegt. 2. Rein. — **A. S.** Die Klage kann ihren gerichtlichen Gang gehen. Sie müßten sich nach Empfang derselben gegen dieselbe vertheidigen. Ihr Richter scheinen vor dem Schiedsmann ist einsehlos. — **Stendal G. D.** In einer Nennung des Kirchenbuchs durch Ausschreibung Ihres Namens als Pathe ist der Pfarrer nicht berechtigt, auch wenn Sie Ihre Taufgebühren für Ihre Kinder nicht gezahlt haben. Legen Sie Beschwerde bei der Regierung ein und beantragen Sie bei der Staatsanwaltschaft Bestrafung wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde. — **H. S.** Sowie ohne mündliche Rücksprache ersichtlich, ist die Klage aussetzlos. — **M. N. 7.** 1. Ja. 2. Vor einer eventuellen zweiten Heirat oder bei Volljährigkeit der Kinder sofort. 3. Ja: ein wechselseitiges Testament. 4. Rein. 5. Nach dem Gesamtvermögen. 6. Ja: das Pflichtteil beträgt die Hälfte der gesetzlichen Portion. 7. und 8. Die Erben erben das

beim Tode vorhandene ohne Rücksicht wann es erworben wurde. 9. Rein. 10. Der Richter genügt. 11. Ja: Auf Grund der Vermittlung. 12. Rein: Sie können auf Herabsetzung auf das Angemessene klagen. Für Beschwerden wäre die Nürnberger Polizeibehörde zuständig. — **B. 38.** Der Richter hat ein gesetzliches Zurückbehaltungsrecht. Berechnen Sie mit ihm, welche Sachen Sie einlösen können. Seht es hierauf nicht ein, so machen Sie Ihr Recht zur Rücknahme der wesentlichen Sachen im Wege der Widerklage geltend. — **Diesel.** Ihre Schwester soll sich mit einer Bescheinigung an das Vormundschaftsgericht wenden. — **G. S. 18.** „Abgeletzte Zimmermeister“ haben bis am 15. zum Ersten, nicht umgekehrt zu kündigen. In derselben Weise ist Ihnen zu kündigen. — **J. G.** Sie haben das Recht, sich an das Vormundschaftsgericht zu wenden. Für die Schulden haften Sie nicht. — **N. 28.** 500. Ihrer Frau steht ein solcher Anspruch nicht zu. — **Franz Bohm, N. S. 22.** Ja. — **Wahl 1903.** Sie sind nicht wahlberechtigt. — **H. N. 101.** Dene Einsicht in den Vertrag sind auf diesen bezügliche Fragen nicht zu beanstanden. Sprechen Sie mit dem Vertrag in der juristischen Sprechstunde vor. — **P. 2.** 1. Beratung wäre aussetzlos. 2. Leider giebt es solche Umstände nicht. — **Fahne 53.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Nur den Täter. 4. Ja. 5. Anbringen lassen und gegen den Täter auf Unterlassung der Beleidigung klagen. — **M. S. 18.** Sie müßten auf Rückgabe oder Zahlung klagen.

Marktpreise von Berlin am 29. August 1903

nach Ermittlungen des Hl. Volksgesundheitsamts

*Weizen, gut D.-Gr.	16,20	16,18	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
„ mittel	16,16	16,14	„ feinstes, Reide 1 kg	1,80	1,20
„ gering	16,12	16,10	„ do. Bauh	1,40	1,00
*Roggen, gut	13,25	13,23	Schweinefleisch	1,60	1,20
„ mittel	13,21	13,10	„ Kalbfleisch	1,80	1,20
„ gering	13,17	13,15	„ Hammelfleisch	1,80	1,20
†Gerste, gut	14,50	13,70	Butter	2,60	2,00
„ mittel	13,60	12,80	„ 60 Stüd	4,00	2,60
„ gering	12,70	11,90	Käse	2,40	1,40
†Hafer, gut	16,60	15,40	„ Kase	2,60	1,40
„ mittel	15,90	14,10	„ Butter	3,00	1,20
„ gering	14,00	12,80	„ Speck	2,40	1,20
Richtstroh	4,00	3,66	„ Speck	1,80	80
Heu	6,70	4,90	„ Speck	3,00	1,40
Erbsen	40,00	25,00	„ Speck	1,40	80
Eisenschohnen	50,00	25,00	„ Speck	1,40	80
Linjen	60,00	20,00	„ Speck	1,40	80

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. **Die Expedition.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 1. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus, Lohengrin.
Schauspielhaus, Goldfische.
Neues Operntheater, Der See- fadelt.
Wetten, Alt-Heidelberg.
Lesing, Geschwister Lemke.
Deutsches, Kollege Crampton.
Neues, Venus und Weißhande.
Thalia, Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Fiederpielhaus (Kroll), Fieder- spiele und Jodeln. Bistron nach dem Ball.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Was ihr wollt.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Der Tallsmann.
Berliner, Wilhelm Tell.
Residenz, Lustige Ehemänner. Vor- ber: Zum Einsiedler.
Kleines, Nachtschl.
Trianon, Die Notbrücke.
Carl Weiß, Der Festtritt einer Frau.
Lufien, Das neue Gebot.
Velle-Affiance, Specialitäten.
Apollo, Die Liebesinsel. Speciali- täten.
Winter-Garten, Specialitäten-Vor- stellung.
Metropol, Neues! Allerneuestes!
Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Reich.
Vollage-Theater, Specialitäten.
Reichshallen, Stettiner Säng- er.
Urania, Taubentruhe 48/49.
Vor der Zugspitze zum Watz- mann.
Jubiläumstraße 57/62, Stern- warte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen- gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
5 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrpreis 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Casino-Theater

Lothringersstraße 37.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Eröffnungs-Vorstellung
Sonnabend, 5. September.

Passage-Theater

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochen- tags 5 Uhr. Anfang der Abend- vorstellung 8 Uhr.
Gastspiel der **LONA** Im Boudoir.
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.
Auftr. der Lona abends 10 Uhr.

Palast-Theater

früher Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Sonnabend, den 5. September 1903:
Grosse Eröffnungs-Vorstellung.
Neunte Saison.
Nur Novitäten.
Geniesst das Leben.
Orig.-Lebensbild mit Gesang u. Tanz in 2 Akten von B. Gerde. Musik von H. Commerfeld.
Mit neuen Kostümen u. Dekorationen.
2 durchweg neue Specialitätenteile.
Anfang 8 Uhr. Vorkonzert.
Entree 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Mittwochabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Tallsmann.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Der Tallsmann.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Tallsmann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Sieben ist erschienen:
Illustrierter Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1904.
Achtundzwanzigster Jahrgang.
Preis 40 Pfg.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einfindung des Betrages nebst 10 Pfennig für Porto in deutschen Reichsmarken.

Inhalt: Solenarium. — Postwesen. — Statistische Skizzen. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — In der Zwitzmühle. Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). — Feuerberge und Erdergeschütterungen. Von Dsm. Köhler (mit Illustrationen). — Gesungene im Kleinen. Von G. Woltemisch. — Sprüche. — Margarete. Gedicht von Ernst Brezgang. — Die Bahnsteigperre. Eine Kleinadtgeschichte von Emil Rosenow (mit Illustrationen). — Die Antipope. Von Dr. A. Jabel (mit Illustrationen). — Hundert Jahre Polenpolitik. Von A. Lantadt. — Erste. Gedicht von Dorothea Goebeler. — Thalperren und Stauwerke. Von A. G. (mit Illustrationen). — Vor dem Ausnahmegericht. Von F. J. Erhart. — Raben. Skizze von W. Schmidt. — Ihre Taten (mit Portraits). — Sprüche. — Steinlocher. Gedicht von Ludwig Reiser. — Fliegende Blätter. Ein gutes Gedicht. Humoreske von Lina Leidl. — Für unsre Käse- löser. — Trübsalgeists- und Bräutalender.

Hierzu vier Kupfer: „Es war einmal“ — Im Walsch- hause — Abend — In einem märkischen Waldsee. — Ein Dreiarben- druck auf Kunstdruckpapier: „Kochersammerlein“. — Ein Wandkalender.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwank in 3 Akten von Hans-Barré.
Vorber: Zum Einsiedler.
Schwank in 1 Akt von A. Jacobsohn.
Morgen und folgende Tage: Die- selbe Vorstellung.
Sonntagmittag 3 Uhr: Keine Kammergasse.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das neue Gebot.
Mittwoch: Der Raub der Sabinen- tinnen.
Donnerstag 3. erstmalig: 100 000 Thaler.
Freitag: Faust (1 Teil).
Sonnabend: 100 000 Thaler.
Sonntag: 3 Uhr: Königin Luise und Das Versprechen hinter'm Herd. 8 Uhr: 100 000 Thaler.
Montag: Das neue Gebot.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Rechte Woche! Letzte Woche!
Der Fehltritt einer Frau.
Auf. 8 Uhr. Morgen: Die, Soritell. Sonntagmittag 3 Uhr: Das Geheimnis des roten Hauses. Im Garten: Specialitäten. Anf. 5 Uhr.

Apollo-Theater.

Zum **118. Male: Die Liebes-Insel** mit dem Briefmarken-Ballett. Vollständig neues Specialitäten- Progr. **Jean Clermont's Cirkus** Barnum und Bailey. Schwed. Damen-Sextett „Pöttinger“. **Miss Mildred de Grey** amerikanische Sensation - Tänzerin. Montrell, amerik. Jongleur. **Neu! Sensationell!** **Messters Biophon** lebende und sprechende Photographie. **Prater-Theater** Kastanien-Allee 7/9. Direkt: M. Kalbo. **Täglich: Alt-Heidelberg du Feine.** Niederpiel in 3 Akten von D. Richter. **Konzert und Ball.** U. a.: Paula Grigatti, Kollium-Soubre. Original Eugen Milaro, Tanzhumorist. **The Berlings.** die singenden Luftseer. **Neu! Cabarets** Neu! Miniatur Wunder-Glühden. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., mm. Platz 50 Pf.

Bernhard Rose-Theater

Gelundbrunnen, Badstraße 68.
Dienstag, den 1. September er.: **Robert und Bertram.** Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Auf- zügen von Rader. **Schmid-Hawkins, Humorist** Elsa Jocosa, Kollium-Soubrette. Hermann Stahnke, Salon-Musik. Max Alexander, Banddirektor. Anfang 4 1/2 Uhr. Diese Vorstellungen finden bis 13. September er. täglich statt.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Konzert-, Theater- u. Specialitäten- Vorstellung
in völlig neuem Künstlerpersonal finden nur noch **Mittwochs, Sonntags u. Montag** statt. Im Prachtsaal: **Gr. Ball.** Die Kaffeetische ist geöffnet von 2 bis 6 Uhr.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Mittwoch, den 16. d.: Letzte Vorstellung. **Mittwoch: Elite-Tag.** **Sonntags: Gala-Vorstellung.**

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute geschlossen.
Sonnabend, den 5. September er.: **Eröffnung der Wintersaison.**
Das forsthaus von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Sanssouci.

Täglich im Garten: **Hoffmanns Norddeutsche Säng- er und Konzert.** Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzen.** Für die Wintersaison sind noch einige **Sonnabende** frei zu beschließen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

fr. Bunte Theater, Köpckestr. 67/68.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel **Adolf Philipp Heber-negroßen Reich.** Der Billet-Vorverkauf (ohne Gebühr) findet tägl. a. d. Theaterkasse, Invaliden- dank und bei A. Wertheim statt.

Diez' Specialitäten-Theater

Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen! Täglich Vollständig neues konkurrenz- loses Riesen-Programm. Orig. Robert u. Bertram sind wieder da. Orig.-Glowin Fredoff. Orig. Tom Bryarly. Fred u. Little Alfons. Eugen Freiberg. Claire Wegener. Mlle. Friedrich. **Grosser Ringkampfi** Emil Nitschke — O. Günther. Jurist von der Tournee aus Ruh- land, fordere ich Ringkämpfer und starke Leute auf, sich mit mir im Ringkampf zu messen und zahle 50 R. Prämie, wer im Hande ist, mich in 30 Minuten zu besiegen. **Dochachtungswoll** 3165* **Emil Nitschke.** Sonnab., Sonntag, Montag: Tanz. Anf. 10 Uhr. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Reichshallen

Stettiner Säng- er (Reisel, Pietro, Britton, Steidl, Böhm, Böt- mann, Plattner, Schräder u. Eberino jr.)
Anfang 8 Uhr. **Sonntags 7 Uhr.**

Ostbahn-Park.

Am Köpckeplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten- Vorstellung.

Königstadt-Kasino.

Dolzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich: **Franz Sobanski** und das vollständig neue Artistenpersonal. Außerdem: **Die weiße Dame.** Mittw., Sonnab., Sonntag: Tanz. Anf. 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Kopfläuse

Lebend Brut ver- schwinden sofort & Unschädlich. Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pfg. **„Puffi“**

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.
Dienstag, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des „Volkshauses“, Rosenstraße 3:
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Beisitzer zum Generalsgericht. 2. Regelung der Gehalts- frage der Verbands-Angestellten. 3. Generalschlichtung und Verzichtens. Der wichtigen Tages-Ordnung wegen wird das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwartet. Mit kollegialen Grüß
Die örtliche Verwaltung.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: Tanz.

Bereine!
Satz mit Bühne zu Festlich-
keiten u. Versammlungen. Jede
noch Sonnabend und Sonntag
zu vergeben.
Neues Klubhaus,
Kommandantenstrasse 72.
5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckerei:
Brangelstraße 9, Kronstraße 19,
Faldenstraße 28, Saunhoferstr. 2.
Markthalle Südstr., Stand 22/23.
Markthalle Andreasstr., Stand 16/18.

Künstl. Zähne,
tadellose Ausführung
von 3 R. an, Vomben von 2 R. an
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.
Vorzeiger dieses erhält: 4 R. Er-
mäßigung bei Auftrag von 20,00 R.,
unter 20 R. 2 R. 20512*
Teilzahlung gestattet.

Charlottenburg.
F. Kunstmann
Wallstr. 1.
Uhrmacher und Gold-
arbeiter.
Grosses Lager, billige
Preise. — Reparaturen
schnell, billigst.

Gardinen-Reste
Ausverkauf
500 bis 1000 Reste spottbillig
um zu räumen.
Grüner Weg 80, parterre
Eingang **Bruno Güther.**

Erfrüer-Banstellen
Billig, gütlich, Zahlung nur b. Bauer
Catholy, Buchhorststraße, 5 Min.
ab Schule, 32 Stk. bis jetzt der. Rab.
Schulz, Rixdorf, Renaufstr. 12/13.

Bruch - Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenähten, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Lieferant: Orth- u. Woll-Strassenkoffen.
Berlin C., 20092*
30, Finkenstraße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
Befestigen, angenehm und weich
am Körper.

Millionen von Lehrbüchern
der Methode
Gaspey-Otto-Sauer
zur Erlernung moderner Sprachen
sind in allen Ländern verbreitet.
Beste Methode! Schulen u. Selbst-
unterricht (hierfür Schlüssel).
Von deutschen Sprachen sind er-
schienen: arabisch, chines., engl.,
franz., italien., portugies., russ.,
spanisch, spanisch, türk., ungar.
Preis 1.00—2.00 M. Prospekt
auch über 5 Sprachen: Arabisch,
Französisch, Englisch, Italienisch,
Portugiesisch, Spanisch, Russisch,
Spanisch auf Persisch, Griechisch.
Bei Bestellung 1. Schulausgabenemp-
fehlung, an Privatlehrer 2. Schulaus-
gabenempfehlung. Alle Bücher selbst
gebunden.
Julius Groos Verlag,
Heidelberg, Paris, London.

Fischerei-Import u. Export Ernst Napp Nachf., Swinemünde,
Ostsee No. 56, Frachtfrei b. j. Station keine Passber.
Prämiiert: Wien, Baden, Paris. Erste direkte Bezugsquelle
400 bis 600 grösste Orig. M. Vollfett. | 100 Pottrollmöpfe
Salzheringe, Dauerware 1 1/2 M. 1/2 P. 6 1/2 M. | eingelegt 3 M.
No. 5 1/2 P. neue feinste Napp's beste Haushalteringe bei viel. Familien
ihres schönen Geschmackes eingef. u. hochgeschätzt = 13 M. 1/2 P. 7 M.
1/2 Dose 60 M. Fetherlinge 2,90 M. | 1/2 Dose Bismarckheringe 3 M.
1/2 Prima Salzheringe 3,00 M. | 1/2 Delikatessheringe 3 M.
Grösste Räncherei hier am Platze. Kiste Flundern 3/4—4 M. (18/19)

Seltenes Angebot.
Infolge günstiger Waren-Abschlüsse gegen Cass-Zahlung
stellen wir grosse Posten in:
Teppichen, Portieren, Gardinen
zu wirklich spottbilligen Preisen zum Verkauf.
Teppichhaus
B. Adler & Co.
Königsstrasse 20-21, an der Judenstrasse.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr:
Zwei Mitglieder-Versammlungen
bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Fritz Kater: „Ziele und Bedeutung der
Socialdemokratie.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Märkischer Hof, Admiralsstr. 18:
1. Vortrag des Genossen Jouni Hirnichen: „Die Geschichte der
englischen Chartistenbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Morgen abend 8 Uhr, Engel-Ufer 15:
Versammlung sämtl. Vertrauensmänner.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die Differenzen in den Werkstätten.
2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.
Nach dem Beschluß der letzten Versammlung müssen die Kollegen
pünktlich erscheinen, widrigenfalls die Karte nicht abgetempelt wird.
Der Vorstand. 147/4

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins.
(Eingetragene Hilfskassa Nr. 88) (früherer Medizinerverein).
Freitag, den 4. September 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind,
Weinstraße Nr. 11:
Öffentliche Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
Vorlegung des seitens des Ministeriums genehmigten neuen
Statuts. Aufnahme von neuen Mitgliedern sowie Befestigung
dieser bezüglicher Bestimmungen.
Zur Vorstandsbildung tritt das neue Statut mit dem 1. September er.
in Kraft und wird die Altersgrenze bis inkl. 30. September er. auf-
gehoben. In dieser öffentlichen Versammlung haben die Tabakarbeiter
Berlins und der näheren Umgebung Zutritt. 187/10
Der Vorstand, B. K.: Karl Butry, Straußenerstr. 41.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.
Donnerstag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer Nr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das rigorose Vorgehen der Berufsvereinigungen auf Grund des
§ 58 des Unfallversicherungsgesetzes und die Stellung des Reichs-Ver-
sicherungsamts dazu. Referent: Kollege A. Dähne. 2. Beschlusfassung
über die Einführung des „Correspondenzblattes“ und der „Krankentages-
Zeitung“. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand, B. K.: F. Pieschel, Gartenstr. 51. 55/10

Partei-Speditionen:
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittichen-
straße 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Brinzenstr. 31,
Dof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Gr.
Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15
(Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, S.
Salzweiderstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstr. 41/42. — Rosen-
thaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost
und West), Wilhelmshagen und Schönholz: Hermann Kaschke,
Rügenerstr. 24, vorn part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl
Rars, Kastanien-Allee 95/96. — Alt-Glienke: B. Pries,
Rudowstr. 68. — Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg,
Eisenheimerstr. 1, Ecke Weichselstr., vorn l. — Deutsch-Wilmers-
dorf: B. Ridel, Uhländerstr. 108, part. — Friedrichsberg-
Friedrichsfelde - Wilhelmshagen - Hohenschönhausen:
Otto Seiffel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, l. — Grünau:
Hermann Steinig, Jägerstr. 16. — Rixdorf: R. Heinich,
Prinz Genslerstraße 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm
Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-Schöne-
weide: Richard Fari, Edlonstraße 4, vorn 2 Treppen. — Nieder-
Schöneweide: Bonafosky, Berlinerstr. 8. — Johannis-
thal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Gustav
Ditzel, Gadenbergstraße 8. — Köpenick: Friedrich Boitz,
Grünstr. 29. — Friedenau-Steglitz: F. Bernese, Rixstr. 15
in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr,
Düppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Wilmstr. 15a. — Baumschulen-
weg: Sieb, Grünstr. 2 II. — Neu-Weissensee: Joseph Rein,
Friedrichstr. 38, Ecke Streufstraße. — Rummelsburg: Fargherl,
Prinz Wlberstr. 5a. — Pankow: R. Kummert, Morastr. 43.
Ausserdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Feuersteins Festsäle,
Alte Jakobstr. 75. A. I. 867.
Empfehle meine großen und kleinen Säle sowie
Bereinsräume, 100—300 Personen fassend. 24512*
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Specialarzt für 120/15*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12 2—4
Von der Reise zurück.
Dr. Eugen Haagen.

Bauhandwerker Berlins und Umgegend.
Die organisierten Fliesenleger Berlins und Umgegend richten an sämtliche Bauprofessionisten die
dringende Bitte, sie in ihrem jetzigen Kampfe um Anerkennung ihrer Organisation sowie eines geregelten
Arbeitsverhältnisses dadurch zu unterstützen, daß sie jeden Fliesenleger auf den Bauten nach der gelben
Arbeitsberechtigungskarte fragen. Wenn solche nicht vorhanden ist, arbeitet derselbe bei einer gesperrten
Firma als Arbeitswilling und bitten wir dieses sofort der Kommission der Fliesenleger mitzuteilen.
Gesperri bleiben die Firmen:
Rosenfeld & Co., Villeroy & Boch, Emil Ende,
sowie **Siebke.**
NB. Siehe unter „Arbeitsmarkt“.
Gleichzeitig wird auf die am Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Patt, Dragonerstraße 15, stattfindende
Versammlung aufmerksam gemacht und sind auch Billets zu dem am 12. September d. J. bei F. Wille, Brunnen-
straße 188, stattfindenden Stiftungsfeste in derselben zu haben. 56/18
Kommission der Fliesenleger Berlins und Umgegend.
Dragonerstr. 15 bei Patt. Telephon: Amt 3, 5028.
Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger Strasse 5
empfiehlt Einrichtungen in Ruhbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und
gewissenhafte Bedienung. **Conlaunteste Bedingungen.** 20312*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 2. September 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe,
Kölbergerstraße 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner.
2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Wohnung des Obmannes Albert Wankel ist Neue Hoch-
straße 35.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Ver-
bands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Osten u. Nordosten: bei Mann, Straubbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstatt-Angelegen-
heiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch nebst Karte kein Eintritt.

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
Tagesordnung: 1. Werkstatt-Angelegenheit. 2. Verschiedenes.
Süden: bei Doberstein, Wasserthorstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verschiedenes.
Süd-Westen und Westen: in Habels Brauerei,
Bergmannstr. 5—7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der
Vertrauensleute. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.
Moabit: bei Jocksch, Turmstr. 81.
Tagesordnung: 1. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Ver-
schiedenes.

Bezirk Friedrichsberg und Friedrichsfelde:
im Lokale des Herrn Lutterbüse, Friedrichsstraße Nr. 11.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands-Angelegen-
heiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Modell- und Fabrik-Tischler
bei Dieke, Raderstraße 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstattfragen und
Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Musikinstrumenten-Arbeiter
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal V.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Werkstatt-
delegierten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der verschiedensten Differenzen ist es notwendig, daß
jede Werkstatt vertreten ist.

Drechsler.
Osten: bei Matthes, Koppenstraße 41.
Norden: bei Lietzke, Brunnenstraße 41.
Südosten und Westen: bei Stramm, Ritterstraße 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstattfragen.
3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein; auch die in Tischlereien
beschäftigten Drechsler haben einen Delegierten zu entsenden.

Stock- und Celluloid-Arbeiter
bei Baren, Brückstraße 7.
Tagesordnung: 1. Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Statistische Erhebungen
über die Zahl der beschäftigten und organisierten Kollegen.
Achtung! Parkettleger! Achtung!
Im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Kommissionssitzung mit Vertrauensleuten.
Jede Firma muß vertreten sein. 86/20

Centralverband der Maurer
Zweigverein Berlin. — Bezirk Süd-West.
Dienstag, den 1. September, abends 7 1/2 Uhr, bei Eichenhof,
Gneissaustraße 67:
Grosse Versammlung
der
Verbandsmitglieder des Bezirks Süd-Westen.
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über die Gehaltserhöhung unserer Angestellten. 2. Ver-
bandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 134/3*
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Bereine: Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für
Besangvereine. Neues Piano.
Dirckstr. 39 I. Karl Grosser.
Zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Börse.
Verkehrsbüro des Verbandes deutscher Gastwirtschaftlichen. Tel. Amt 3, 1813.
24212*

Bauhandwerker Berlins und Umgegend.
Die organisierten Fliesenleger Berlins und Umgegend richten an sämtliche Bauprofessionisten die
dringende Bitte, sie in ihrem jetzigen Kampfe um Anerkennung ihrer Organisation sowie eines geregelten
Arbeitsverhältnisses dadurch zu unterstützen, daß sie jeden Fliesenleger auf den Bauten nach der gelben
Arbeitsberechtigungskarte fragen. Wenn solche nicht vorhanden ist, arbeitet derselbe bei einer gesperrten
Firma als Arbeitswilling und bitten wir dieses sofort der Kommission der Fliesenleger mitzuteilen.
Gesperri bleiben die Firmen:
Rosenfeld & Co., Villeroy & Boch, Emil Ende,
sowie **Siebke.**
NB. Siehe unter „Arbeitsmarkt“.
Gleichzeitig wird auf die am Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Patt, Dragonerstraße 15, stattfindende
Versammlung aufmerksam gemacht und sind auch Billets zu dem am 12. September d. J. bei F. Wille, Brunnen-
straße 188, stattfindenden Stiftungsfeste in derselben zu haben. 56/18
Kommission der Fliesenleger Berlins und Umgegend.
Dragonerstr. 15 bei Patt. Telephon: Amt 3, 5028.
Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger Strasse 5
empfiehlt Einrichtungen in Ruhbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und
gewissenhafte Bedienung. **Conlaunteste Bedingungen.** 20312*

Am Freitag, den 25. August,
abends 8 Uhr, ca. 10 Uhr, nach
langem schweren Leiden mein
innigstgeliebter Mann, der Vater
August Imm
im 68. Lebensjahre.
Dies geht tiefbetrübt an
Die trauernde Wittwe:
Pauline Imm geb. Wollenberg.
Die Beerdigung findet am Dien-
stag, 1. September, nachmittags
3 Uhr, vom Kranerhaus, Kirch-
hofstr. 88, nach dem Haupt-
friedhof, Nieder-Schönhausen, aus-
stätt. 24712

Todes-Anzeige.
Am 29. August verstarb unser
langjähriger Kollege
Wilhelm Kroetzsch
im 58. Lebensjahre. 12558
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Andreas-
Kirchhofes in Wilhelmshagen aus-
stätt.
Die Kollegen der Piano-Fabrik
Dobrowolski & Barsch.

Segelklub Fratritas, Berlin.
Am Sonntag, den 30. August,
wurde uns unser langjähriger
Mitglied und gewicter Vorkämpfer,
der Kaufmann
Arthur Jansch
(Rixdorf) verstorben. Bei der Aus-
scheidung unseres Sports durch den
Tod entfallen. Er war uns allen
ein lieber und pflichtgetreuer Ge-
nosse.
Gehre seinem Andenken.
Die Beerdigung wird zur Zeit
bekannt gemacht. 12728
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und Kräftigung bei der
Beerdigung meiner lieben Frau
Frieda Plank, sage ich allen
Verwandten und Bekannten sowie
den Kollegen der Firma Blankhorn
und den Geschäftsfreunden der Firma
Kaschke meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte:
24692 **Franz Plank.**

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandersonnstrasse 1a.
Kranze mit Widmungsschleifen,
Arrangements zu Festlichkeiten, Bou-
quets, Topfgekränze jeder Art zu
preiswert.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
unter Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kranze, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. s. w. werden fein u. preiswert geliefert.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. 2 Pfund (gebunden zum Verkaufe).
Schlafschiffchen, wie bei o. d. Gänse-
fäden, mit allen Dingen M. 1,50,
bester Gänsefäden M. 2,00,
bester Gänsefäden M. 2,50,
3,00, bei Jahresweise M. 3,50,
russische Dänen M. 3,50, weiße
Dänen M. 3,00, ge-
wöhnliche Federn M. 1,50, 2,00,
2,50, Prima geriffelte M. 3,00,
3,50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S.,
Erlie Weidenerstraße 46a.
Erlie Weidenerstraße 46a.
Berlische. Viele Anerkennungsbriefe.

Möbel
Wegen Räumung stehen neue und
gebrauchte Sachen zum billigen Ver-
kauf. Teilzahlung gestattet. Ganz be-
sonders zu empfehlen ist: Kleider-
schrank 23, Sofa mit Auszug 30,
Chaiselongue 17, Bettstelle mit
Matratze 19, Mischelstühl, Ver-
tiko 27, Tischgarnitur 90,
Blüschlofa 50, Säulentrucanon
geschliffen 30, Paucellofa 60,
Schreibtische 15 M. Gekaufte
Möbel werden teilweise aufbewahrt.
Kein Laden, direkt Fabrik Dranten-
straße 58. Sonntags geöffnet. 24452*

Boebel.
Stempel-Fabrik
von 1905/06*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranienstr. 142.
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Kautschuk-Typen, Verfert-
zum Zusammenheften einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.
Max Brinner,
Jerusalemstr. 42
u. Brunnenstr. 6.
Großartige Auswahl
von Kinder-,
Sport- und
Puppenwagen.
Best. Fabrikat billigst.
Teilzahlung gestattet.

Von der Reise zurückgekehrt
J. Kallmann,
Münzstr. 14/15 u. Kallor Wilhelmstr. 18.
Spezialstunden 8—8. Halb-Opern-
tionen mit größter Ausstattung, für
Kassenmitglieder auf Verlangen ohne
Nachzahlung. 19/10*

Aus Industrie und Handel.

Der Außenhandel der deutschen Eisenindustrie. Nach dem neuesten Heft der Nachweise über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes betrug die deutsche Ausfuhr an Eisen und Eisenerzeugnissen in den ersten 7 Monaten dieses Jahres 2 119 110 Tonnen gegen 1 791 179 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres und 1 191 084 Tonnen in den ersten 7 Monaten 1901.

Vom Siegerländer Eisenmarkt. Im Siegerländer Industriebezirk ist, wie im Monatsbericht der „Köln. Ztg.“ ausgeführt wird, in der Geschäftslage eine in die Augen springende Veränderung gegen die des Vormonats nicht eingetreten. Doch arbeiten die Hochöfenwerke durchschnittlich, da die Eisenerzeugnisse-Aufträge nach Amerika meist erledigt sind und keine neuen Aufträge mehr vorliegen, mit einer Einschränkung von 90 Proz. der eingeschätzten Hervorbringung.

Hamburgische Elektrizitätswerke. Der Geschäftsbericht für 1902/3 bemerkt zu der beabsichtigten Kapitalerhöhung, daß dieselbe für Arbeiten erforderlich geworden ist, die infolge einer Vergrößerung des Betriebes sich ergaben. Weiterhin ist dem Bericht zu entnehmen, daß der Betrieb der Werke und die Weiterentwicklung der Unternehmung einen befriedigenden Verlauf genommen hat.

New Yorker Beleuchtungsanstalt. Alle Verkehrs- und Beleuchtungsunternehmen der Stadt New York sind in einer großen finanziellen Konsolidation zusammengefaßt worden. William C. Whitney hat zusammen mit den leitenden Persönlichkeiten der Standard Oil Company die Kontrolle der Metropolitan Securities Company erworben, welcher die Straßenbahnen in New York gehören.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Parteilager. Um dem Vorhaben einzelner indifferenten Kollegen, die organisierten Kollegen zur Unzeitigkeit zu veranlassen, indem sie die Arbeitgeber darauf hinweisen, daß in den meisten Firmen der vereinbarte Tarif von 1900 nicht bezahlt wird, entgegenzutreten, erklärt hiermit die Kommission, daß in allen den Firmen, wo Differenzen bestanden haben, dieselben durch schriftliche Erklärung seitens des Arbeitgebers oder durch mündliche Verhandlung beigelegt worden sind.

Wasser! Die Differenzen bei der Firma K u s t e r l o sind nach gepflogener Verhandlung zu Gunsten der Kollegen beigelegt und deshalb die Sperre wieder aufgehoben worden. Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Waser.

Die Firma S i e r i n O b e r - S c h ö n e w e i d e ersucht uns um die Berichtigung einer Angabe, die über sie in einer Glaserverammlung, von der wir einen Bericht im „Vorwärts“ vom 8. August brachten, enthalten ist. Es sei nicht wahr, daß die Firma an junge Glasergehilfen einen Wochenlohn von 11 M. gezahlt habe, sie habe vielmehr den tarifmäßigen Mindestlohn von 15 M. innegehalten. Es sei auch nicht wahr, daß — wie behauptet — zwei Gehilfen in einem Bett schlafen mußten. Jeder habe vielmehr sein besonderes Bett.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Straßenbahner haben in ihren letzten, ungemein stark besuchten Versammlungen, in denen der Centralvorstand des Transportarbeiter-Verbandes, S c h u m a n n - B e r l i n, und der Leiter der Hamburger Ortsverwaltung des Verbandes, H i m p e l, referierten, beschlossen: zwar an ihren Forderungen festzuhalten, aber, um zu einer gütlichen Einigung nochmals die Hand zu bieten, aus ihrer Mitte eine Kommission zu wählen, die bei der Direktion vorstellig werden sollte. Die Kommission wurde sofort am Sonnabendmorgen gewählt. Es wurden von jedem Bahnhof zwei Mann delegiert, die sofort zur Direktion gingen. Diese teilte ihnen mit, daß sie zu Verhandlungen geneigt sei, wenn der Transportarbeiter-Verband absolut aus der Bewegung ausscheide und diese überhaupt ein Ende nehme. Einige der „Wünsche“ der Angestellten zu erfüllen sei die Direktion schon jetzt bereit. Dieselben wären schon erfüllt, wenn der Transportarbeiter-Verband sich nicht in die Angelegenheit hineingemischt hätte. Die Lohnforderung sei maßlos und könne nie bewilligt werden. Eine Drohung mit dem Streik betrachte die Direktion als einen Erpressungsversuch (!), für den sie die weitestgehende Unterstützung der Behörden (!) zugesichert sei. Wegen den Schäden, der der Gesellschaft selbst durch einen langen Streik entstehen könnte, sei sie geneigt durch die 800 000 M. Kautionen, die sie von den Angestellten in Händen hätte. Die bisher Gemahregelten sollten wieder eingestellt werden, wenn dieselben darum baten und die Bewegung ein Ende nähme.

Die Straßenbahner werden dieser Tage über diese Vorschläge beschließen, die übrigens einmal erkennen lassen, daß die Hamburger Behörden auch in diesem wirtschaftlichen Kampfe von Beginn an sich wieder schant auf die Seite des Unternehmertums stellen werden, und weiter zeigen, daß die Thatsache, daß binnen wenigen Wochen etwa 1 500 Straßenbahner dem Transportarbeiter-Verband beigetreten und in demselben eine energische Vertretung ihrer Interessen gefunden haben, nicht spurlos an der Direktion vorübergegangen ist.

denn bisher war die Direktion nie, aber auch nie zu dem allergeringsten Zugeständnis zu haben.

Der Ausstand in Grimmitzschau hat, wie bekannt, schon mancherlei polizeiliche Maßnahmen gezeitigt, deren Notwendigkeit oder Berechtigung außer den betreffenden Behörden niemandem einleuchtet. Zur Rechtfertigung der polizeilichen Eingriffe in die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden die sonderbarsten Begründungen angeführt, und den gesetzlichen Vorschriften Auslegungen gegeben, mit denen weder der gesunde Menschenverstand, noch das unerbundene Rechtsgefühl sich abfinden kann. So gefiel es, um nur ein Beispiel anzuführen, kürzlich dem überwachenden Beamten, aus einer Textilarbeiter-Versammlung die Minderjährigen auszuweisen. Allerdings unterlag ja das sächsische Vereinsgesetz die Teilnahme von Minderjährigen an politischen Versammlungen. Hier handelte es sich aber um eine gewerkschaftliche Versammlung, in der nur über den Streik verhandelt wurde, an dem natürlich auch eine große Zahl Minderjähriger beteiligt sind. Nach dem Gesetz war die Ausweisung der Minderjährigen aus dieser Versammlung zweifellos ungerechtfertigt. Im Vertrauen darauf beschwerte sich der Einrufer bei der Amtshauptmannschaft. Diese erteilte ihm aber den Bescheid, der Beamte sei sich darüber klar gewesen, daß die minderjährigen Textilarbeiter das Recht hatten, an dieser Versammlung teilzunehmen, aber er habe sie aus sicherheitspolizeilichen Gründen ausgewiesen. Es hätte vielleicht in der Versammlung zu erregten Szenen kommen können, und bei diesen hätten die Minderjährigen, die ja leicht zu Ausschreitungen geneigt seien, die Sicherheit gefährden können. — Es ist zwar nicht einzusehen, weshalb gerade die Minderjährigen der Sicherheit besonders gefährlich sein sollen, auch sind die Voraussetzungen für die Annahme, daß die Versammlung einen erregten Charakter hätte annehmen können, durchaus unbegründet, aber das macht nichts, die Polizei hat ihren Willen, die Minderjährigen sind verurteilt, draußen zu bleiben, wenn ihre und ihrer Mitarbeiter eigenen Interessen beraten werden. Und das geschieht, obwohl das an polizeilichen Handhaben überreiche sächsische Vereinsgesetz die Ausweisung minderjähriger Personen aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht kennt.

Ueber die Lage des Ausstandes ist mitzuteilen, daß sich die Aussperrung bis jetzt auf 76 Betriebe erstreckt, denen sich an kommenden Sonnabend noch einige anschließen werden, so daß dann 7 000 Personen ausgesperrt sind. Zur Unterstützung derselben sind wöchentlich 70 000 M. erforderlich. Der Opfersinn sowohl der auswärtigen Textilarbeiter als auch anderer Gewerkschaften betätigt sich in gewohnter Weise an der Aufbringung der Gelder. Die Leipziger Textilarbeiter zahlen während der Dauer des Kampfes den doppelten Wochenbeitrag.

Der Vorstand des Deutschen Vergarbeiter-Verbandes hat beschlossen, den Grimmitzschauer Aussperrten für die ersten vier Wochen 1000 Mark pro Woche Unterstützung zukommen zu lassen. Er behält sich vor, bei längerer Dauer des Ausstandes noch weitere Hilfe zu leisten.

Der Streik der Dresdener Dfenseker kann als beendet angesehen werden. Zwischen den beiderseitigen Vertretern ist folgende Vereinbarung zu Stande gekommen: 1. Die Gehältern nehmen die Arbeit spätestens am 31. August wieder auf. 2. Der von den Arbeitgebern ins Leben gerufene Arbeitsnachweis wird derart umgestaltet, daß die Führung der Verwaltung durch einen vom Arbeitgeberverein gewählten Beamten sowie von 8 Arbeitgebern und 8 Arbeitnehmern als Kontrollleuten geschieht. Von letzteren werden sechs von Centralverbände und zwei vom Lokalverbande gewählt. Den Vorsitz über den Arbeitsnachweis führt ein vom Vorstande des Arbeitgebervereins berufenes Mitglied. Betreffs der Kostendeckung bleibt eine besondere Vereinbarung vorbehalten. Die Vertreter der Arbeitgeber erklären, daß sie in Bezug auf diese Frage zu jedem Entgegenkommen bereit seien. Die Vertreter beider Parteien verpflichten, die getroffenen Vereinbarungen nach Kräften in ihren Versammlungen zu bekräftigen. Es wird weiter vereinbart, daß der Lohnstatis erst Ende September 1904 für 1. Januar 1906 gekündigt werden darf, ferner, daß auf eine weitere prozentuale Lohnerhöhung, als in Punkt 4 zugesprochen war, für 1904 verzichtet wird. Ferner wird vereinbart, daß eine neue Lohnkommission 14 Tage nach Aufnahme der Arbeit behufs Festsetzung der Löhne für die neuen Zeichnungsösen zusammenzutreten solle. Weiter wird vereinbart, daß eine Entlassung der während der Streikzeit von den Arbeitgebern angestellten Arbeiter nicht gefordert wird.

In der Waggonfabrik für Eisenbahn- und Militärbedarf, Aktiengesellschaft Weimar, haben die T i c h t e r wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten!

Ausland.

Gewerkschaften und Politik. London, 27. August. (Eig. Ber.) Der diesjährige britische Gewerkschaftskongreß tritt am 7. September in Leicester zusammen. Ungefähr 450 Delegierte sind bereits angemeldet. Von den zahlreichen zur Verhandlung eingesandten Vorträgen sind besonders diejenigen bemerkenswert, die sich mit Arbeiterpolitik und Arbeiterrecht beschäftigen. Die liberalen Führer und die mit ihnen in Verbindung stehenden Gewerkschaftsdeputierten machen große Anstrengungen, das Komitee für parlamentarische und unabhängige Arbeitervertretung zu schädigen. Sie wollen es allen sozialistischen Einflüssen entziehen, um die entstehende politische Arbeiterbewegung wieder ins bürgerliche Lager zurückzuführen. Dann kommt das Arbeiterrecht in Betracht. Wie bekannt, wurde im Mai dieses Jahres eine königliche Kommission eingesetzt, die die Lage des Gewerkschaftsrechts untersuchen soll. In der Kommission s i t t e i n z i g i g e r A r b e i t e r v e r t r e t e r. Die Sozialisten haben deshalb eine Agitation ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, den Gewerkschaftsführern klar zu machen, daß sie es ablehnen müßten, vor einer Kommission zu erscheinen, die in ihrer Mehrheit gegen das Gewerkschaftswesen eingestellt ist. Diese Agitation war von überraschendem Erfolge. Die Trades-Unions verlangen jetzt fast einstimmig, daß einige anerkannte Gewerkschaftsvertreter in die Kommission zu ernennen sind. Schließlich wird sich der Kongreß auch mit den Zollplänen Mr. Chamberlains beschäftigen.

Aussperrungsdrohung in der dänischen Eisenindustrie. Die „dänische Arbeiter- und Meistervereinigung“ hat dem Verband der dänischen Gewerkschaften mitgeteilt, daß die Arbeitgeber der Eisenindustrie beschlossen haben, eine allgemeine Aussperrung aller organisierten Schmiede und Maschinenarbeiter vorzunehmen und hierzu die Genehmigung der Arbeitgeber nachgesucht haben. Der geschäftsführende Ausschuss der Arbeiter- und Meistervereinigung wird sich am 8. September damit befassen und dem Verband der Gewerkschaften dann nähere Mitteilung zustellen. Als Veranlassung dieses Aussperrungsbeschlusses gilt den Eisenindustriellen der Umstand, daß in Dänemark 18 Maschinenarbeiter ihre Stellenungen aufgegeben haben, ohne daß sie dadurch einen Streik veranlaßten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß die regelmäßigen Bezirksversammlungen nicht heute, sondern am Dienstag, den 8. September, stattfinden. In diesen Sitzungen wird die A r o n s c h e Drohschüre über die Landtagswahlen gratis an die Mitglieder verabfolgt.

Wilmersdorf. Mittwochsabend 9 Uhr findet bei Mitte, Berlinerstraße 41, die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: Berichterstattung von der Kreis-konferenz

in Köpenick. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Steglitz. Die Versammlung des Wahlvereins für den Monat September findet Mittwochsabend 8 1/2 Uhr im Restaurant Schellhose, Ahornstraße 15a, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. Die bevorstehende Landtagswahl. Referent Dr. Bruno Borchardt. 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste sind gern gesehen. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Wir machen die Arbeiterschaft auf die heute abend 8 Uhr im Lokal „Hasselwerder“ stattfindende V o l k s - V e r s a m m l u n g aufmerksam. Genosse Adolf Adler spricht über „Die preussischen Landtagswahlen“. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird im September, nach einer Ferienpause von zwei Monaten, ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Diesmal sind die Ferien um eine Woche verlängert worden; die erste Sitzung wird erst am 10. September stattfinden.

Es ist der „Deutsche Städtetag“, der diese Hinausschiebung notwendig gemacht hat. In den Tagen des 1.—3. September sind ein paar hundert Vertreter deutscher Städte in Dresden beisammen, um sich darüber zu unterhalten, welches die sozialen Aufgaben einer modernen Stadtgemeinde sind, und wie viel in dieser Richtung bisher geleistet worden ist. An großen Worten wird es da sicherlich nicht fehlen. Die Gemeindevertretungen der deutschen Städte sind ja erfüllt von „sozialem Geiste“ — wer möchte das bezweifeln! Ein redender Beweis dafür ist doch die „Deutsche Städte-Ausstellung“, die in diesem Sommer in der sächsischen Landeshauptstadt abgehalten wird.

Diese Städte-Ausstellung dürfte das Hauptstück der Städtetags-Verhandlungen bilden. Sie soll von den Teilnehmern des Städtetages am 2. September gemeinsam besucht und dann in der Sitzung vom 3. September besprochen und gewürdigt werden. Mit Stolz wird dabei festgestellt werden, wie man's so herrlich weit gebracht. Doch über all den Zeichnungen, Modellen, Tabellen usw., die da zu sehen sind, wird dieser und jener der deutschen Städtäter nicht vergessen können, daß sich bei so mancher der an der Ausstellung beteiligten 128 deutschen Groß- und Mittelsstädte hinter der glänzenden Außenseite das graue Kleid verbirgt, und daß so manche Kommune in der Dresdener Ausstellung ein „Polenkinches Dorf“ aufgebaut hat.

Berlin ist, wenn man die Menge der Ausstellungsobjekte im Betracht ziehen will, recht stattlich vertreten. Trotzdem wird sich kein scharfer zusehender Beschauer darüber täuschen lassen, daß die Reichshauptstadt auf wichtigen Gebieten der Kommunalverwaltung noch hinter vielen deutschen Städten recht weit zurückgeblieben ist. Als vor mehreren Jahren in Dresden der erste Gedanke dieser Ausstellung aufstach und von dort aus vorläufige Anfragen an die deutschen Städte ergingen, war man in Berlin zunächst gar nicht dafür begeistert. Man wußte hier, daß Berlin mit dem, was es bisher geleistet, keinen großen Staat machen kann. Als aber nachher der Plan greifbarere Gestalt annahm, verstand es sich von selbst, daß die Reichshauptstadt sich nicht ausschloß. Als Helfer in der Not erwies sich dann besonders die Bauverwaltung, mit der sich ja die Kommune Berlin in neuerer Zeit noch am ehesten sehen lassen kann. Berlin hat auf der Ausstellung noch mehr als andre Städte zu dem Mittel gegriffen, aus manchen Verwaltungsgebieten fast nur zu zeigen, welche Bauten für die betreffende Verwaltung errichtet worden sind. Nur vereinzelt wird der Ausstellungsbesucher darüber belehrt, was hinter den schönen Fassaden vorgeht. Wie es um den inneren Betrieb des Schulwesens, des Gesundheitswesens, der Armen- und Waisenpflege bestellt ist, das braucht ja niemand zu wissen.

Wenn der deutsche Städtetag geschlossen ist und die Vertreter Berlins aus Dresden zurückgekehrt sind, werden sie mit frischen Kräften an die Aufgaben herangehen, die ihrer im kommenden Winter harren. Wahrscheinlich wird der Berliner Freisinn die wichtigsten dieser Aufgaben darin erblicken, daß die Erfüllung der auf dem Städtetage so schwingend geschilderten sozialen Pflichten der Kommunen in Berlin für die nächste Zeit noch mehr eingeschränkt werde. Die finanzielle Verlegenheit, in der sich Berlin gegenwärtig befindet, wird hierzu einen erwünschten Vorwand abgeben, und man darf in dieser Hinsicht auf den Entwurf des Stadthaushalts-Etats für das nächste Jahr gespannt sein. Die Sozialdemokratie wird den kommunal-reaktionären Gelüsten des Freisinn noch energischer als bisher entgegenzutreten. Hoffentlich wird bei den im November stattfindenden Stadtverordnetewahlen dafür gesorgt, daß die sozialdemokratische Fraktion mit einer ansehnlichen Verstärkung in das neue Jahr eintritten kann.

Die Hintertreppe. Der gewöhnliche Sterbliche meint, daß diese Einrichtung Berliner Mietshäuser den an sich erklärlichen Zweck habe, zum Transport von Kohlen, Möbelstücken und sonstigen Gegenständen zu dienen, durch welche die mit Teppichen und Läusen belegte Bordertreppe am Ende beschädigt oder über Gebühr beschmutzt werden könne. Die Krallschlacht diverser Hausbesitzer hat es aber vermocht, auf der Hintertreppe den alten Standeshaat wieder einzuführen, der in der Öffentlichkeit wenigstens dem Dachstaben des Gesetzes noch vor 50 Jahren zum alten Eisen geworfen ist. Die wunderliche Frage, ob ein Gerichtsbote, der einem Kassenrat täglich Gerichtsakten in seine Wohnung zu besorgen hat, dazu die „nur für Herrschaften“ bestimmte Bordertreppe nicht benutzen darf, sondern die Hintertreppen des betreffenden Hauses benutzen muß, wird infolge eines auf diesem Gebiete entstandenen Konflikts im „Grundigentum“ von rechtsverständlicher Seite wie folgt erörtert: Der Gerichtsbote ist öffentlicher Beamter und betritt als solcher das Haus, wenn er dem Sohne eines dort inwohnenden Mieters Alken bringt. An der Ausübung dieser Amtsbefugnisse darf der Vete nicht gehindert werden. Es besteht auch keine Möglichkeit, ihn für die Art seiner Amtsausübung bestimmte Vorschriften zu machen, insbesondere ihn für den Alkentransport auf die Hintertreppe zu verweisen. Der Hauswirt hat zweifellos das Recht, für Domestiken, Geschäftsboten und Gewerbetreibende geringerer Art einen besondern Zugang zu den Wohnungen in Gestalt einer Hintertreppe zu schaffen, dagegen sieht ihm dieses Recht gegenüber Personen außerhalb dieses Kreises nicht zu. Die ganz analoge Frage, ob der Briefträger die Hintertreppe zu benutzen hat, ist gerichtsseitig in dem Sinne, daß ihm die Bordertreppe zusteht, entschieden worden. Auch im Verhältnis zu dem Mieter steht dem Hauswirt kein Anspruch darauf zu, daß dieser für die ausschließliche Benutzung der Hintertreppe durch Gerichtsboten sorgt. An sich kann der Mieter verlangen, daß ihm sämtliche Zugänge zu seiner Wohnung zur Benutzung für die eigene Person und die seiner Hausgenossen und Besucher freistehen. Soll ein bestimmter Kreis der letzteren von dem einen Zugang ausgeschlossen und auf den andern beschränkt werden, so muß diese Einschränkung der Mieterrechte ausdrücklich entweder generell durch den Vertrag (Hausordnung) oder für den besondern Fall vereinbart werden. Liegt dies nicht vor, so ist die einseitige

Bestimmung der Vorderterrasse als „nur für Herrschaften passierbar“ für den Mieter unterbindlich.

Im Pommerbank-Prozess hat der Staatsanwalt die ihm durch den Beschluss der siebenten Strafkammer zugeteilte neue Arbeit aufgenommen. Die Strafkammer hielt zu einer Urteilsfällung bekanntlich zunächst eine Ergänzung des Anlagematerials dahin notwendig, daß dem Gerichtshofe greifbare Daten unterbreitet würden, auf Grund deren zu erkennen sei, nach welchen Prinzipien und Gesichtspunkten die Banken- und die staatliche Revisions-Kommission den Wert jedes einzelnen der in Frage stehenden Grundstücke festgestellt haben. Jetzt ist an jedes einzelne Mitglied der Revisions-Kommission die Aufforderung ergangen, alle auf die Abschätzungen bezüglichen, in ihren Händen befindlichen Notizen, Berechnungen u. d. der Staatsanwaltschaft einzureichen. Der Gerichtshof hat sich seiner Zeit vorbehalten, auf Grund des ergänzten Materials selbst Sachverständige zu ernennen, um auf diese Weise zu einem abschließenden Urteil über den Wert der Grundstücke, der das punctum saliens der ganzen Anklage bildet, zu kommen.

Das „Kleine Journal“ ist, wie wir berichtet haben, von Herrn Dr. Leipziger an Herrn Justizrat Kleinholz verkauft worden. Es war nun nicht recht ersichtlich, was ein Rechtsanwalt, der bisher nach journalistischen Vorbereitungen kein sonderliches Verlangen trug, mit einem Blatte beginnen sollte, um dessen finanzielle Ertragsfähigkeit es nach den Aufzeichnungen im Pommerbank-Prozess ebenso bedenklich stand wie um seine journalistische Reputation. Was nun gleich vermutet wurde, hat sich inzwischen bestätigt; Herr Justizrat Kleinholz denkt gar nicht daran, das zweifelhafte Wertobjekt in eignen Besitz zu nehmen, sondern ist nur die Mittelsperson für einen Herrn, dem es auf eine handvoll Tausendmarktscheine allerdings nicht ankommt. Herr Kommerzienrat Leichter ist nämlich der eigentliche Käufer des Blattes. Wie in der Angelegenheit des Wagner-Denkmal, so giebt der Zeitungsverleger sich auch dem „Kleinen Journal“ gegenüber als ein Mann von vollendeter Selbstlosigkeit. Denn heißt es nicht feurige Kohlen auf das Haupt seines Feindes streuen, wenn man dessen hämische Angriffe damit erwidert, daß man ihn aus finanzieller Bedrängnis rettet, ihn aller Räte ledig macht? Wie uns berichtet wird, soll die Selbstlosigkeit des Herrn Leichter so weit gegangen sein, daß er persönlich sich Herrn Dr. Leipziger gar nicht zu erkennen gegeben hat; er begnügte sich eben ganz im Stillen mit der Genehmigung, den Geuer durch eine grandiose Güte zu unsäglicher Verminderung verdammt zu sehen. Wer aber nunmehr auch zum Leiter des „Kleinen Journals“ ausgerufen wird, des Trabe wird nach solcher Belandung echten Wohltätigkeitsstrebens gar nicht anders können, als den Ruhm des Herrn Kommerzienrats in alle vier Winde zu verblenden.

Nach ein Mordverdächtiger. Am Mittwoch findet vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I ein kleiner Anarchisten-Prozess statt, in welchem der Redakteur der Zeitschrift „Neues Leben“ Grünwald und der Eisenler Imhof aus Mannheim angeklagt sind. Beide haben sich wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten, begangen durch einen in „Neues Leben“ veröffentlichten Artikel zu verantworten, während Grünwald auf Grund eines zweiten Artikels Gotteslästerung, sowie Beschimpfung der christlichen und jüdischen Religion zur Last gelegt wird. Das letztere Verbrechen wird u. a. in Auslassungen gegen Moses und Luther gefunden. Beide Angeklagte werden vom Rechtsanwalt Victor Frankl verteidigt. Grünwald befindet sich seit dem 6. Juli in Untersuchungshaft. Der Antrag seines Verteidigers, ihn aus der Haft zu entlassen, ist abgelehnt worden.

Die halbe Weiblichkeit. Die Leiden Berliner Hof-Schauspieler haben, wie jetzt verlautet, ihren prägnanten Ausdruck gefunden in dem Auf nach der Polizei, die um Schutz gegen die Verästelungen von Seiten des Publikums angegangen wurde; und zwar ist es das Ewig-Weibliche, das die Ursache dazu gegeben hat. Beim Verlassen des Theaters werden die Damen berart von jungen Damen bedrängt, daß ihnen endlich die Sache zu dumm wurde, und daß sie allen Ernstes die Polizei zu Hilfe gerufen haben. — Ein andres Bild: Die Vorliebe ehrbarer Damen für das „zweierlei Tusch“ ist in Meissen während der viertägigen Einquartierung von Mannövertruppen in so aufdringlicher Weise hervorgetreten, daß sich das dortige „Amtsblatt“ zu folgender zarter Ermahnung veranlaßt sieht: „Daß sich die Mädchen und Frauen sehr für das Militär interessieren, kann wohl nicht schaden, nur müßte dieses Interesse nicht in unpassende Zudringlichkeit ausarten. Gerade gestern konnte man bei dem Parade nach dem Übungsgelände mehrfach junge Mädchen bemerken, deren Betragen viel an Zudringlichkeit zu wünschen übrig ließ. Sie drängten sogar zwischen den Kolonnen hinein und muhten sich dann von Offizieren beschämende Verweise gefallen lassen. Wo bleibt da der Anstand und die gute Sitte?“

Für Tabakarbeiter. Uns wird geschrieben: Vom Ministerium ist das Statut des früheren Medizinal-Vereins als volle Krankenliste nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes vom 25. Mai 1903 unter dem 17. August genehmigt worden und somit tritt es laut Vorstandsbeschluss am 1. September in Kraft mit der Maßgabe, daß für Nichtmitglieder die Altersgrenze bis zum 30. September er. aufgehoben ist. Nähere Mitteilungen über die Aufnahme derselben u. d. werden in der öffentlichen Berjammung gegeben werden. Dr. Teit und Tagesordnung derselben siehe Inserat der heutigen Nummer. S. A.: Karl Gutry.

Straßen-Unfälle im Monat August. Die Zahl der im Monat August im Straßenverkehr Verunglückten Personen ist gegen die Vormonate unbedeutend zurückgegangen. Es fanden 55 Unfälle mit schwerem Ausgang gegen 59 im Monat Juli statt. Die Zahl der tödlichen Unfälle verminderte sich von 11 auf 9. Von den neun tödlich Verunglückten gerieten 3 Personen unter die Räder von Geschäftswagen, 5 wurden durch Lastwagen getötet, während 1 Person im Stadtbahnverkehr ihr Leben einbüßte. Von den 46 schwerverletzten Personen kamen 8 durch Ueberfahren von Geschäftswagen, 19 durch Lastwagen, 5 durch Omnibusse, 3 durch Droschken, 2 durch Radfahrer und 1 Person durch Automobil zu Schaden. In dem Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn waren im Monat August 4 schwere Unfälle zu verzeichnen, während der Verkehr der westlichen Vorortbahn 4 derartige Unfälle aufzuweisen hatte. Unter den verunglückten Personen befanden sich 5 Kinder, 17 Frauen und 33 Männer. Ein Selbstversuch konnte nach den bisherigen Feststellungen in 18 Fällen konstatiert werden.

Die Herbstparade, die am Montag stattfinden sollte, ist diesmal verregnet und hat noch in dem Augenblick abgeseigt werden müssen, wo die Truppen bereits sämtlich auf dem Tempelhofer Felde versammelt waren. Die Gaffer sind auf diese Weise um einen Teil ihres Vergnügens gebracht worden, aber wenigstens der Aus- und Einmarsch der Truppen ist ihnen nicht entgangen. „Wolfs Telegraphen-Bureau“ teilt noch in später Abendsunde mit, daß die Parade nur am Dienstagvormittag um 9 Uhr abgehalten werden wird. Da werden also die Patrioten Berlins doch noch auf ihre Rechnung kommen. — Die Schulen, die niederen wie die höheren, hatten am Montag schon nach der ersten Stunde ihre Arbeit eingestellt, damit auch die Jugend sich an dem Anblick unfers herrlichen Kriegsheeres weiden konnte. Wir sind gespannt darauf, ob man ihnen nun auch noch den Dienstag freigegeben wird.

Im Straßengebiet verunglückte der 29 Jahre alte taubstumme Arbeiter Paul Clemens aus Jüterbog, der hierher kam um Verwandte zu besuchen. In der Nähe des Anhalter Bahnhofes geriet er unter eine Droschke, deren Räder ihm über den Unterleib gingen. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht werden.

Ein schwerer Bau-Unfall hat sich gestern vormittag 11 Uhr auf dem Neubau in der Schönhauser Allee 108 ereignet. Dort ist der verbeiratete Steinträger S. aus Weissenhof zu unglücklich von der Kistung abgestürzt, daß er eine schwere Verletzung des Rückgrates erlitt. Der Verunglückte wurde zunächst nach der Unfallstation und dann ins Krankenhaus gebracht.

Ein Opfer des Schauerromans „Königin Draga“ ist die achtzehnjährige Johanna Galy aus Posen geworden, welche beim Kaufmann St. in Pantow bedient ist. Das junge Mädchen hatte sich kürzlich auf dem Jahrmarkt einen Roman in wöchentlichen Lieferungen „Königin Draga“ oder „Der Königsmord in Belgrad“ gekauft. Diese Lektüre fesselte sie so sehr, daß sie auch einen Teil ihrer Nachtruhe dem Studium des Romans opferte und im Bette liegend weiterlas. Von der Arbeit des Tages ermüdet, schlief sie jedoch bald über der Lektüre ein. Durch eine unwillkürliche Armbewegung stieß sie ein brennendes Licht, das auf einem Tischchen stand, um. Die Kerze fiel auf das Bett und setzte dieses in Flammen. Obwohl auf die Hilferufe des Mädchens alsbald Hausleute herbei eilten und das Feuer unterdrückten, hatte die Unglückliche inzwischen bereits schwere Brandwunden erlitten. Sie wurde in ein Krankenhaus gebracht und schwebt noch immer in Lebensgefahr.

Drei unvorsichtige Radfahrer sind am Sonntag durch eigne Schuld schwer zu Schaden gekommen. So wurde der Brauer Ernst P., Ebertstraße wohnhaft, mit einem Bogen der Linie 62 in der Greifswalderstraße karambolierend, bewußlos nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft. Ein zweiter derartiger Unfall trug sich in der Hardenbergstraße in Charlottenburg zu. Ein Kaufmann N. rannte mit seinem Rade gegen den Vorderperson der Linie P und kam unter den Schuttrahmen zu liegen. Mit schweren Kopfverletzungen wurde er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Schließlich geriet der Maurer Heinrich Bod, mit seinem Befehl fahrend, unter die Räder eines der Oranienstraße passierenden Omnibusses, welche über beide Beine des Radfahrers hinweggingen. Er wurde nach der Unfallstation nach der Alexandrinenstraße geschafft, woselbst ein doppelter Unterschenkelbruch konstatiert wurde. P. wurde nach dem städtischen Krankenhaus Charlottenburg gebracht.

Brände. Vorgefien hatte die Feuerwehr außer 3 a h r e i c h e n kleineren Bränden noch zwei größere in der Köpnickstr. 154 und Prenzlauer Allee 88 hinter dem städtischen Siedehaus an der Ringbahn zu löschen. Zwischen 8 und 9 Uhr abends wurde die Feuerwehr dreimal nach der bekannten Accumulatorenfabrik und den Elektrizitätswerken von W. A. Voigt u. Co., Aktiengesellschaft, Köpnickstr. 154 gerufen, wo durch eine Explosion im ersten Stock des zweiten Quergebäudes Feuer ausgebrochen war. Dort befindet sich der sogenannte Laderaum für die Batterien u. Zu diesen werden auch Celluloidplatten benutzt, sogenannte Celluloidkisten. Kurz nach 8 Uhr, während im Erdgeschloß die Maschinen schon arbeiteten, erfolgte die Explosion. Fenster mit Glascheiben und Rahmen wurden getrieben, Flammen schlugen aus dem Raume und Quarm füllte den Hofraum an. Durch die Explosion erschreckt liefen die Hausbewohner auf die Straße und alarmierten die Feuerwehr, die mit neun Jügen unter Leitung des Brandinspektors Reinhardt erschien und sofort über die Treppe und am Hause über Gassenleitern in die brennenden Räume eindrang. Wüst sah es dort aus. Der angrenzende Seitenflügel war gefährdet. Mit zwei Rohren von Dampfstrahlen konnten innerhalb einer halben Stunde die Flammen gelöscht werden. Um 9 1/2 Uhr rückte die Feuerwehr bereits wieder ab. Personen waren nicht verletzt. Der Materialschaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Ursache der Explosion ist nicht ermittelt. Noch während die Feuerwehr dort mit den Aufräumarbeiten zu thun hatte, wurde „Mittelfeuer“ auf der Prenzlauer-Allee 68 gemeldet. Dort stand die Marmorsteinfabrik von Gohle, Schuppen mit Kisten der Firmen Nieder und Seidel, sowie J. Meyer in hellen Flammen. Diese hatten Schuppen, Freideställe, Lagerräume usw. erfaßt und bei Anbruch der ersten Löschzüge schon eine große Ausdehnung erlangt. Brandinspektor Kohnrod, dem zehn Löschzüge unterstellt waren, ließ mit 13 und 40 Schläuchen von Dampfstrahlen und einigen Hydranten Wasser geben und die Stellungen räumen. Hierbei erhielt der Arbeiter G. Reinecke leichte Brandwunden im Gesicht und an den Händen, die ihm von Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden. Ein Pferd erstickte, die übrigen konnten in Sicherheit gebracht werden. Die Stallungen, Schuppen und Lagerräume sind niedergebrennt. Sie waren zum Teil Eigentum der Bartelschen Erben. Die Entstehung des Feuers ist nicht ermittelt. Am Mittwoch war der Brand gelöscht. Ferner hatte die Wehr noch in der Veteranenstr. 8, Mathenowstr. 20, Deuthstr. 18/21, Landsberger Allee 135, Oranienstraße 186, Anhalter Güterbahnhof, In den Zelten 23, Zorngstraße 22, Neuen Jakobstraße u. zu thun.

Aus den Nachbarorten.

Bootsunglück auf der Oberspreew. Trotz des herrschenden heftigen Windes war Sonntagmittag der 29jährige Reisende Arthur Jänich von der Firma Behner u. Mäder, Neue Friedrichstr. 44, der als unverheirateter Mann bei seinen Eltern in der Bergstr. 82 zu Nigsdorf wohnte, mit seinem Segelboot „Freibeuter“ in Begleitung eines Freundes auf die Oberspreew hinausgefahren, um dem Segelboot obzuliegen. Jänich, ein langjähriger engagierter Wassersportler, fürchtete das aufgeregte Element nicht, zumal der „Freibeuter“ ein großes vorzügliches Boot war. In der Nähe Oranien war eine plötzlich einsetzende Böe das Boot jedoch um, beide Insassen fielen ins Wasser und vermochten sich an das gekenterte Boot anzuklammern. Da der Unfall nicht sogleich von andern auf dem Wasser befindlichen Booten bemerkt worden war, beschloß Jänich, ein vorzüglicher Schwimmer, um den Freund zu retten, nach einem andern Boote oder an Land zu schwimmen und Hilfe herbeizuholen. Kaum hatte er sich aber eine kleine Strecke von dem gekenterten Boote entfernt, als er vor den Augen des Freundes in den aufgewühlten Wellen versank und nicht wieder zum Vorschein kam. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht. Von andern Booten aus sah man endlich den „Freibeuter“ schwimmend treiben und brachte dem bereits völlig erschöpften Begleiter des Jänich im letzten Augenblick Rettung. Die Leiche des Ertrunkenen, des einzigen Sohnes seiner Eltern, ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.

Der Wechselräuber und betrügerische Bankrotteur Bankier Seiler aus Rathenow befindet sich, wie kürzlich berichtet, auf Grund eines ihm von einem Verwandten ausgestellten ärztlichen Attestes, wegen angeblicher Geisteskrankheit in einer Privat-Irrenanstalt. Dazu teilt nun die „Brandenburger Zeitung“ mit, daß über den wirklichen Aufenthalt Seilers starke Zweifel bestehen, die um so berechtigter erscheinen, als Seiler erst am letzten Montag von einem angelegenen Rathenower Einwohner beobachtet wurde, wie er sich in einem seinen Weinrestaurant in der ungebundensten Weise amüsierte. — Es würde in der That dem Treiben des gewissenlosen Bankrotteurs die Krone aufsetzen, wenn er als Geisteskranker Gelegenheit fände, lustig und in Freuden zu leben, während hunderte von seinen Leuten, namentlich viele Handlente des Havellandes, durch ihn ruiniert wurden.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Köhstr. 5: Versammlung. Tagesordnung: Gruppen-Angelegenheiten.

Gerichts-Zeitung.

Strafverurtheil aus Hunger. Wegen Strafraubes hatte sich gestern die siebzehnjährige Dienstmagd Martha Diebusch vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Im Juli war die Angeklagte schon seit längerer Zeit stüchtlings- und infolge dessen mittellos. Sie bemerkte eines Tages, daß zwei kleine Mädchen im Alter von 7 und 11 Jahren in einem Schläpferladen einen Einkauf machten. Das ältere der

beiden Kinder erhielt, wie die Angeklagte durch das Schauenfenster beobachtete, Geld zurück. Als die beiden Kinder die Straße wieder betreten, wandte die Angeklagte sich an das ältere mit der Bitte, sich in einem Nachbarhause nach der Adresse einer bestimmten Person zu erkundigen. Das Kind fand sich dazu bereit und gab eintheilweise seiner kleineren Schwester das Fleisch und das zurückgehaltene Geld. Nun war die Angeklagte mit dem jüngsten Kind allein. Sie forderte es auf, ihr das Geld zum Aufbewahren zu geben. Als die Kleine sich weigerte, öffnete die Angeklagte ihr mit Gewalt die Hand und entriß ihr das Geld. Es waren 1 R. 35 Pf. Durch das Geschehen der Verurtheilten wurden Vorübergehende auf den Vorgang aufmerksam und bewirkten die Festnahme der Angeklagten.

Der Gerichtshof billigte ihr, da sie sich in größter Nothlage befunden, mildernde Umstände zu und verurtheilte sie zu drei Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft für verübt erachtet wurde.

Ein Verwandlungskünstler. Unter der Anklage des Betruges, Diebstahls und der Urkundenfälschung stand gestern der Arbeiter Willibald Taesle vor der siebenten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. In einem Junilage betriebe der Angeklagte im Hause Alte Schönhauserstraße 64. Als er vor der Thür des im vierten Stock wohnenden Kellners Haselau stand, sah er im Briefkasten einen Brief stecken, der mit einer Ette aus dem Spalt herabroragte. Der Angeklagte zog ihn heraus, öffnete ihn und nahm von dem Inhalt Kenntnis. Die Steuerbehörde zeigte Haselau an, daß sein Besuch um Erlaß der Steuern genehmigt sei, der bereits gezahlte Betrag von 6 R. 80 Pf. werde ihm per Postanweisung zugehen. Sofort reiste in dem Angeklagten der Plan zu einem veräppelten Betrüge. Er klingelte an der Haselau'schen Wohnung. Die Ehefrau H. öffnete ihm. Taesle stellte sich als Steuerbeamter vor. „Was?“ rief die Frau aus, auf seinen Stelzfuß zeigend, „ein Beamter mit einem Bein!“ „Ja wohl“, erwiderte der Angeklagte, „das kommt bei der Steuerbehörde vor.“ Er hielt der Frau Johann vor, daß sie ein Besuch an die Steuerbehörde um Erlaß der Steuer gerichtet habe. Er sei beauftragt, ihr mitzuteilen, daß ihr Besuch genehmigt sei, er solle die letzte Steuerquittung holen, worauf er ihr die 6 R. 80 Pf. bringen würde. Die Frau glaube ihm jetzt und händigte ihm das Papier aus. Als Taesle die Thür hinter sich zugemacht hatte, schloß die Ehefrau H. doch Verdacht, sie folgte unbemerkt dem Besucher. Dieser begab sich nach dem Steuerbureau in der Artilleriestraße. Hier versuchte er, den Betrag abzugeben, es wurde ihm aber der Bescheid, daß das Geld bereits der Post übergeben sei. Auf der Post sagte man ihm, daß der Gelbbriefträger schon unterwegs sei. Taesle fing dann den Gelbbriefträger in der Alten Schönhauserstraße ab, stellte sich als Haselau vor und bat um Aushändigung des Geldes. Zum Unglück für den Angeklagten war Haselau dem Beamten persönlich bekannt. Es kam zwischen ihnen zu einer erregten Auseinandersetzung, während der auch Frau Haselau hinzulam, die den Angeklagten nicht aus den Augen verloren hatte. Taesle wurde entlarvt und zur Haft gebracht. Eine Quittung mit dem Namen Haselau hatte der Angeklagte bereits gefälscht. Kürzer diesen Straftathen hatte der Angeklagte noch einen Diebstahl begangen. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu neun Monaten Gefängnis und einjährigem Ehrverlust.

Vermischtes.

Auf dem Monte Rosa verschollen. Aus Bozen wird den „M. A. R.“ geschrieben: Der „Klub Alpino Italiano“ und der „Touring-Klub“ veranstalteten dieser Tage einen Ausflug in das Schiatal, woran sich etwa 100 meistens radfahrende Personen beteiligten. In Magna beschloß ein Teil der Ausflügler, die Alpenklub-Mitglieder, den Monte Rosa zu besteigen. Während die Mehrzahl in Gruppen mit je einigen erfahrenen Führern aufbrach, wollten Dr. Jakob Casati, Rotar, und Anton Jaccetti, Prokurist, ohne Führer gehen und für sich eine eigne Partie bilden. Die erste und dritte Gruppe, ungefähr 20 bezw. 12 Personen, trafen trotz nächtlichen Unwetters und dichten Nebels vollzählig in der Gnisfettihütte auf der Campanna Gnisfetti (3640 Meter) ein. Von der zweiten Partie aber wurde seit ihrem Aufbruch nichts mehr gesehen noch gehört. Ingenieur Riva, der Führer der ersten Partie, zeigte sich sehr besorgt, als die dritte Partie eintraf und meldete, daß sie von der zweiten nichts wisse und daß sie selbst nur unter großen Anstrengungen ihren Marsch durch das Nebelmeer habe bemerkstelligen können. Riva sandte sofort einen Bergführer nach dem Colle d'Olen zurüd, um von dort aus Nachforschungen veranstalten zu lassen. Mit Rücksicht darauf, daß die zwei Vermissten ausgezeichnete Kenner der Monte Rosa-Gruppe waren, meigten sich viele in der Gnisfettihütte Anwesende der Meinung zu, die zwei könnten direkt zur Margheritahütte (4561 Meter) aufgestiegen sein. Man beschloß daher, gemeinsam diese Hütte aufzusuchen, und gegen Mittag waren die Teilnehmer der ersten und dritten Partie dort versammelt. Von den Vermissten zeigte sich auch hier keine Spur. Von den Hühnerhöfen tobte ein schwerer Schneesturm herüber, und lange Nebelschleier walteten um die Gipfel des Monte Rosa. Um 2 Uhr nachmittags ordnete Ingenieur Riva, der sich als ein sehr geschickter und todesmüthiger Alpinist erwies, den gemeinsamen Aufbruch nach dem Colle d'Olen an. Es war keine Kleinigkeit, so viele Menschen im schredlichen Unwetter über die eisgepanzerten Hänge des Monte Rosa hinabzuführen. Ingenieur Riva hielt immer die Spitze und übertraf die einheimischen Bergführer an Unermüdlichkeit und Hündigkeit. Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten und Gefahren gelang es, die ganze Gesellschaft noch an demselben Tage, allerdings in furchtbar abgegrütem Zustande, zum Colle hinabzubringen. Ueber die Richtung, welche die zwei Vermissten eingeschlagen hatten, wußte auch hier niemand etwas Bestimmtes auszusagen. Am nächsten morgen, 26. August, gingen nach allen Richtungen Rettungsexpeditionen ab, doch hat, soviel bis jetzt bekannt ist, keine derselben die Vermissten angetroffen.

Ein Diebstahl auf der Sternwarte ist, wie der hiesigen Kriminalpolizei vorgefien, Sonntag, telegraphisch mitgeteilt wurde, in Eger verübt worden. In der Zeit von Sonnabendmittag bis gestern vormittag 10 Uhr wurden aus fünf Sternseh-Apparaten etwa fünfzehn Linsen herausgeschraubt und entwendet. Der Sachwert der Linsen beträgt 3000 Kronen, der Verlust ist aber insofern weit größer, als die Linsen aus der Zeit vor dem 18. Jahrhundert stammen und unerlässlich sind. Der Diebstahl kann nur von einem Fachmann ausgeführt worden sein. Da die Linsen nur in Städten mit großen optischen Anstalten verwertet werden können, so sind die Behörden aller Großstädte unverzüglich durch den Draht benachrichtigt worden.

Eisenbahn-Unfälle. Wie aus Riedelahnstein gemeldet wird, fiel von einem Wagen des Güterzuges Nr. 8778 gestern nachmittag ein über 20 000 Kilogramm schwerer Eisenblock herab. Die folgenden sieben Wagen entgleisten. Das Vorgelege Köln-Frankfurt ist geipert. Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen, doch ist der Sachschaden erheblich.

Sonntag fand in Ruhland zwischen den Stationen Dörschens und Lublinska der Nilolabahn ein Zusammenstoß eines Petersburger Personenzuges mit acht leeren Wagen eines Güterzuges statt. Der Radfahrer wurde getötet und der Gehilfe verwundet; auch sieben Fahrgäste erlitten leichte Verletzungen.

In Udine sind am Sonnabendnachmittag die Opfer des Eisenbahn-Unglücks auf Kosten der Stadt beerdigt worden. Der Feier wohnten die Civil- und Militärbehörden und eine große Menschenmenge bei. Die Geschäfte waren geschlossen.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. September 1903. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und kühleren westlichen Winden, später aufklarend, aber kühl.

Berliner Wetterbureau.